

Stenographischer Bericht

4. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 26. März 1996

Inhalt:

1. Angelobung eines Abgeordneten (97).
2. a) Zuweisungen (98).
b) Anträge (100).
c) Mitteilungen (101).
3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, betreffend die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nichtrückzahlbare Beihilfen von insgesamt 12,125.973,38 Schilling zum 31. Dezember 1994 zu Lasten des Rechnungsjahres 1995.
Berichtersteller: Abg. Straßberger (102).
Redner: Abg. Wiedner (103), Abg. Mag. Zitz (105), Abg. Gennaro (106), Abg. Mag. Hartinger (108), Abg. Mag. Zitz (109), Abg. Purr (110), Abg. Dr. Wabl (111), Abg. Günther Prutsch (112), Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (114).
Beschlussfassung (116).
4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1614, bestehend aus dem Grundstück 653/4 mit darauf befindlichem Wohnhaus Übersbachgasse 32, Grundstück 62212 Fürstenfeld, zu einem Kaufpreis von 1,090.000 Schilling für den Erweiterungsbau des Schülerheimes der Landesberufsschule Fürstenfeld.
Berichtersteller: Abg. Majcen (116).
Beschlussfassung (116).
5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 232 und 467, Grundbuch 60403 Mariazell, an Gerald Weißenböck, Jutta und Paul Höller sowie Margarethe Weißenböck, alle wohnhaft in 8630 Mariazell, Heinschildweg 5.
Berichtersteller: Abg. Günther Prutsch (116).
Beschlussfassung (116).
6. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 6/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1994.
Berichtersteller: Abg. Tasch (117).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Vesko (117), Abg. Tasch (121), Abg. Vollmann (123), Abg. Dr. Karisch (126), Abg. Keshmiri (127), Abg. Purr (127), Abg. Dr. Wabl (129), Abg. Alfred Prutsch (141), Abg. Dietrich (142), Abg. Riebenbauer (143), Abg. Mag. Zitz (143), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (144), Landesrat Dr. Hirschmann (145).
Beschlussfassung (146).
7. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse (151).
8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling – auszahlfähig nach Maßgabe des Anfalls in den Jahren 1996 bis 2000 – im Zusammenhang mit der Herstellung der Infrastruktur für das Thermenprojekt Blumau sowie die Gewährung einer Förderung in Form einer rückzahlbaren Beihilfe in der Höhe von 90 Millionen Schilling an die Firma Kurzentrum Therme Blumau Ges. m. b. H. & Co. KG.
Berichtersteller: Abg. Majcen (146).
Redner: Abg. Ing. Schreiner (148), Abg. Dr. Brünner (148), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (150), Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (150).
Beschlussfassung (151).

Dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Ing. Peinhaupt (131).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (132).

Redner: Abg. Mag. Bleckmann (133), Abg. Dr. Brünner (134), Abg. Dr. Lopatka (136), Abg. Dr. Wabl (137), Abg. Ussar (139), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (139), Abg. Dr. Flecker (140), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (140).

Beschlussfassung (141).

Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die vierte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze. Die Damen und Herren des Bundesrates sind heute wegen ihrer eigenen Sitzung nicht da.

Entschuldigt sind Herr Landesrat Ing. Ressel und die Abgeordneten Korp und Monika Kaufmann.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Angelobung eines Abgeordneten.

Landtagsabgeordneter Dr. Manfred Ebner hat mit Wirksamkeit vom 5. März 1996 sein Mandat als Mitglied des Steiermärkischen Landtages zurückgelegt.

Für die Nachbesetzung wurde von der Wahlbehörde Herr Major Kurt List von der Freiheitlichen Partei Österreichs berufen.

Herr Kurt List ist heute erschienen und kann die gemäß Paragraph 11 Absatz 3 der Landesverfassung vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach namentlichem Aufruf Herr List mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten hat.

Abg. Purr: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Kurt List: Ich gelobe.

Präsident: Ich begrüße Sie als neuen Abgeordneten im Hohen Haus, bitte Sie um Ihre Mitarbeit für unser Bundesland und lade Sie gleichzeitig ein, Ihren Sitz einzunehmen.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Zuweisungen zu verlesen.

Abg. Purr:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 14/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung von Ausländer/inne/n (Schwarzarbeit);

den Antrag, Einl.-Zahl 17/1, der Abgeordneten Heibl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Maßnahmen des Landes Steiermark für das Grenzland infolge der wirtschaftlichen Öffnung nach Süden und Osten und des EU-Beitrittes;

den Antrag, Einl.-Zahl 18/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen;

den Antrag, Einl.-Zahl 19/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend den umfassenden Ausbau von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 20/1, der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Günther Prutsch und Dr. Reinprecht, betreffend die Förderung privater Kindergruppen durch das Land Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 21/1, der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Günther Prutsch und Dr. Reinprecht, betreffend die Novellierung der Kindergartenbeihilfeverordnung;

den Antrag, Einl.-Zahl 22/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbemaутung („Autobahnpickerl“) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbemaутungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 23/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend Maßnahmen für einen umwelt- und sozialverträglichen Verkehr in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 24/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend Maßnahmen zur Erreichung von mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr;

den Antrag, Einl.-Zahl 25/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Heibl, Dipl.-Ing. Getzinger, Schleich und Vollmann, betreffend die Verbesserung der Schienenverkehrsverbindung Graz-Maribor;

den Antrag, Einl.-Zahl 26/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Schuster und Vollmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1964;

den Antrag, Einl.-Zahl 27/1, der Abgeordneten Vollmann, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner und Schleich, betreffend die Erlassung eines einheitlichen Steiermärkischen Abwasserwirtschaftsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 29/1, der Abgeordneten Gennaro, Vollmann, Schrittwieser und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Novellierung des Parkgebührengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Verhandlungen zur Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 32/1, der Abgeordneten Herrmann, Huber, Schleich und Vollmann, betreffend die Förderung aus den Einnahmen aus der Feuerchutzsteuer;

den Antrag, Einl.-Zahl 33/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Korp und Dr. Strenitz, betreffend eine Befristung für die Erledigung von Vorlagen an den Landtag;

den Antrag, Einl.-Zahl 34/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gross, Gennaro und Vollmann, betreffend die Stenographischen Berichte des Landtages;

den Antrag, Einl.-Zahl 35/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Dr. Reinprecht und Schuster, betreffend die Novellierung des Berggesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 36/1, der Abgeordneten Herrmann, Vollmann, Schleich und Huber, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen (Steiermärkisches Katastrophenhilfegesetz);

den Antrag, Einl.-Zahl 39/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Politikerpensionen, Bezahlung der Ausschußvorsitzenden und Fahrtkostenpauschale;

den Antrag, Einl.-Zahl 40/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dirnberger, Purr, Posch, Riebenbauer, Tasch und Tschernko, betreffend die Ermöglichung der Bürgermeisterdirektwahl;

den Antrag, Einl.-Zahl 41/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Purr und Riebenbauer, betreffend die rasche Aufnahme von Verhandlungen für ein „Verfassungspaket“;

den Antrag, Einl.-Zahl 43/1, der Abgeordneten Beutl, Riebenbauer, Alfred Prutsch und Schleich, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung

in Feldbach – Kornberg zum Thema „Die Landwirtschaft im Wandel der Zeiten“ im Jahr 2001.

Zuweisungen an den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

den Antrag, Einl.-Zahl 37/1 der Abgeordneten Heibl, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner und Herrmann, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 62/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Zuweisungen an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

den Antrag, Einl.-Zahl 15/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Dr. Strenitz, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit bei Jugendlichen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 60/1, Beilage Nr. 1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird.

Zuweisung an den Ausschuß für Europäische Integration:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 49/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das letzte Vierteljahr 1995.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 47/1, betreffend den Abverkauf von 20 Landeswohnungen an die Mieter in verschiedenen Objekten in Graz und Hartberg;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 51/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1994;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56/1, betreffend Grund- sowie Objektseinslösung Maria Vallant, Graz, Stiftingtalstraße 32, für das BV. „Riesplatz, Verlegung der Stiftingtalstraße“ der L 324, Stiftingtalstraße/B 65, Gleisdorfer Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 57/1, betreffend Grundeinlöseendabrechnung für das BV. „Beigütl-Rohrbach“ der L 405, Vorauer Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 58/1, betreffend Grundtausch der Firma Automobiltechnik Blau Ges. m. b. H., 8160 Krottendorf, und dem Land Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, betreffend die Österreichring-Ges. m. b. H., Finanzierung des Ausbaues der Rennstrecke für die Formel I und die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 235,28 Millionen Schilling für den restlichen Landesanteil;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling für das Thermenprojekt Blumau;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 63/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1995 (6. Bericht für das Rechnungsjahr 1995);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 64/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1996).

Zuweisung an den Gemeinde-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 28/1, der Abgeordneten Vollmann, Herrmann, Huber und Schleich, betreffend die Verhandlungen zur Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung.

Zuweisungen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 48/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1994;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 50/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1994 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Zuweisung an den Sozial-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 30/1, der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Vollmann, betreffend die Novellierung des Sozialhilfegesetzes.

Zuweisung an den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

den Antrag, Einl.-Zahl 38/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Kaufmann und Kröpfl, betreffend eine Novellierung des Naturschutzgesetzes.

Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 13/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross, Vollmann, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Kröpfl, Korp, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar, betreffend zielstrebig geführte Verhandlungen zu einer Verfassungsreform;

den Antrag, Einl.-Zahl 42/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Purr und Riebenbauer, betreffend die Erweiterung der Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer;

den Antrag, Einl.-Zahl 44/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dr. Wabl und Dr. Brunner, betreffend eine Neuregelung des Steiermärkischen Bezügegesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 45/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Dr. Ebner, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend eine Neuregelung des Steiermärkischen Bezügegesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 46/1, der Abgeordneten Dr. Ebner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Mag. Hartinger, Wiedner, Ing. Schreiner und Dietrich, betreffend die Abänderung des Landesverfassungsgesetzes.

Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

den Antrag, Einl.-Zahl 16/1, der Abgeordneten Genaro, Dr. Flecker, Gross, Günther Prutsch, Vollmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar; betreffend ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Beschäftigungsförderungsgesetz erlassen wird.

Präsident: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche wiederum den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Purr:

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Vogelfängervereine im steirischen Salzkammergut;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Naturschutzgesetz;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend den Einsatz zukunftsorientierter Technologien für die steirische Industrie und Wirtschaft;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend Privilegienabbau;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Gegenmaßnahmen zur Schwarzarbeiterbeschäftigung;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend kalte Progression;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Förderungsmaßnahmen für Saisonbetriebe zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung;

Antrag der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Chibidziura und Wiedner, betreffend Arbeitsplatzbeschaffung in der Region Aichfeld;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Arbeitsplatzverluste durch die Budgetsanierung der Bundesregierung;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Solidaritätsbeitrag der Kamern zur wirtschaftlichen Rezessionslage;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Einführung des Luxemburger Modells;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Jahr der Bildung;

Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Schinnerl, Wiedner, Ing. Schreiner, Dietrich und Ing. Peinhaupt, betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen;

Antrag der Abgeordneten Ing. Schreiner, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, Wiedner, Dipl.-Ing. Chibidziura, Ing. Peinhaupt, Schinnerl und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Ganzjahresarbeitsmodell für die Bauwirtschaft;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Senkung der Mehrwertsteuersätze;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Ing. Peinhaupt, Wiedner, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger, Dietrich und Schinnerl, betreffend die Aufteilung der jährlichen Bedarfszuweisungen des Bundes auf die steirischen Gemeinden;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger und Schinnerl, betreffend Abschaffung der Getränkesteuer;

Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Bürokratiereform;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Gemeindeverbandsorganisationsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Dipl.-Ing. Getzinger und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend eine vorzeitige Schließung des grenznahen Kernkraftwerkes Krško (Gurkfeld) in Slowenien;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Riebenbauer, Pußwald und Wicher, betreffend die Einstufung der Glycerinphase aus der Biodieselerzeugung als Wirtschaftsgut;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch und Pußwald, betreffend Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Dr. Lopatka, Pußwald und Wicher, betreffend den Ersatz von Tierversuchen durch neue tierversuchsfreie Versuchsmethoden;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Dr. Lopatka und Pußwald, betreffend die Aufnahme von Haftungsbestimmungen in das Gentechnikgesetz;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker und Korp, betreffend die umfassende Novellierung und Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1985;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Dipl.-Ing. Grabner und Kröpfel, betreffend eine energiebewußte Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz;

Antrag der Abgeordneten Gennaro, Günther Prutsch, Dr. Flecker, Gross, Heibl und Vollmann, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Gennaro, Heibl und Günther Prutsch, betreffend eine Initiative „Arbeitsplätze durch Umweltschutz“;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend die Trinkwasserpolitik in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Dr. Reinprecht und Günther Prutsch, betreffend Richtlinien für ein Frauenförderungsprogramm;

Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross, Kaufmann, Dr. Reinprecht und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Gleichbehandlungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Flecker und Dr. Reinprecht, betreffend die Einrichtung einer Interventionsstelle zum Schutz von Frauen vor Gewalt;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Flecker, Mag. Erlitz und Herrmann, betreffend eine tierschutzgerechte Novellierung der Intensivtierhaltungsverordnung, LGBl. Nr. 19/1987;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Flecker, Mag. Erlitz und Herrmann, betreffend Tierversuche;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Beschlußfassung über ein Landesgesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Herstellung der Geschlechterparität im Landes- und Gemeindedienst (Steiermärkisches Landes-Gleichbehandlungsgesetz – Stmk. L-GBG);

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages;

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete des Steiermärkischen Landtages, betreffend eine Reform des Steiermärkischen Landesverfassungsgesetzes 1960;

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Novellierung der Gemeindeordnung 1967, des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, der Gemeindevahlordnung 1960, der Gemeindevahlordnung Graz 1992 und des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes 1986 (Wahlrechtsänderungsgesetz 1996);

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend eine Entschließung in Sachen Gentechnologie;

Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Wabl und Dr. Brünner, betreffend Gentechnologie;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Errichtung der 380-kV-Leitung;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Einrichtung einer Mamma-Ambulanz im LKH Graz;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Beginn der Verhandlungen zum Steiermärkischen Gleichbehandlungsgesetz;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Finanzierungsvertrag zwischen dem Land Steiermark und dem Grazer Frauenhaus.

Präsident: Gemäß Paragraph 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, daß der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß in seiner Sitzung am 12. März 1996 die Anzeige, Einl.-Zahl 52/1, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Peter Schachner-Blazizek, die Anzeige, Einl.-Zahl 53/1, des Herrn Landesrates Günter Dörflinger und die Anzeige, Einl.-Zahl 54/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Franz Schreiner, beraten und genehmigend beschlossen hat.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Kaufmann und Kröpfel, betreffend die Einreichung von Naturschutzprojekten bei der Europäischen Union, schriftlich beantwortet hat.

Auch die Anfrage der Abgeordneten Herrmann, Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl und Kaufmann, betreffend die Chancen der Ausweisung der Lafnitz als RAMSAR-Schutzgebiet, wurde von Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann schriftlich beantwortet.

Weiters teile ich dem Hohen Haus mit, daß der SPÖ-Landtagsklub die Abgeordneten Barbara Gross, Monika Kaufmann und Dipl.-Ing. Günter Getzinger als Mitglieder dieses Klubs nachnominiert hat.

Frau Abgeordnete Barbara Gross ist gleichzeitig stellvertretende geschäftsführende Klubobfrau.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und

Mag. Zitz an Herrn Landesrat Ing. Hans Joachim Ressel, betreffend den STEWEAG-Vorstand.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann in diesem Fall vom Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben.

Wer dieser Anfrage der Liberalen und der Grünen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Diese Anfrage hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend Universitäten.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann in diesem Fall vom Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben.

Wer dieser Anfrage der Liberalen und der Grünen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Diese Anfrage hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (Protestrufe im Zuschauerraum!)

Ich bitte die Damen und Herren im Zuschauerraum um Aufmerksamkeit. Es ist laut Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nicht gestattet, Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen aus dem Zuschauerraum dem Landtag mitzuteilen. Ich ersuche Sie, sich an diese Bestimmungen zu halten.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling für das Thermenprojekt Blumau, wurde heute dem Finanz-Ausschuß zugewiesen, für deren Behandlung eine Dringlichkeit besteht.

Aus diesem Grunde unterbreche ich nunmehr die Landtagssitzung, um dem Kontroll-Ausschuß Gelegenheit zu geben, über die laufende Nummer 1, betreffend Stellungnahme des Landesrechnungshofes zum Projekt Therme Blumau, zu beraten und sodann dem Finanz-Ausschuß die Möglichkeit zu geben, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, ebenfalls zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend berichten zu können.

Ich ersuche daher die Mitglieder des Kontroll-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben. Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 10.25 Uhr bis 12.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und möchte nachträglich die Frau Landesrat Dr. Rieder, die in Vertretung des Herrn Finanzreferenten an der Landesfinanzreferentenkonferenz teilnimmt, entschuldigen. Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Finanz-Ausschuß über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling für das Thermenprojekt Blumau, beraten hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, als Tagesordnungspunkt 8 auf die heutige Tagesordnung zu setzen, jedoch vor dem Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Tagesordnungspunkt wird somit auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Ich gehe zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, betreffend die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nichtrückzahlbare Beihilfen von insgesamt 12,125.973,38 Schilling zum 31. Dezember 1994 zu Lasten des Rechnungsjahres 1995.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (12.35 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nichtrückzahlbare Beihilfen von insgesamt 12,125.973,38 Schilling zum 31. Dezember 1994 zu Lasten des Rechnungsjahres 1995.

Nach einem Gespräch zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzlandesrat am 25. November 1996 wurden die Vorstände der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung und der Rechtsabteilung 10 beauftragt, das Problem der Abschreibung uneinbringlicher Forderungen zu besprechen und einen Lösungsvorschlag auszuarbeiten.

Als Lösungsmöglichkeit wurde vorgeschlagen, die Abschreibungsfälle während des jeweiligen laufenden Haushaltsjahres durch die Wirtschaftsabteilung zu sammeln und nach Würdigung der jeweiligen Sachverhalte der Rechtsabteilung 10 bekanntzugeben. Die Rechtsabteilung 10 konnte daraufhin zur Vorbereitung des Rechnungsabschlusses des ausgelaufenen Haus-

haltsjahres den Landtag in Form einer zusätzlichen Darlehensaufnahmeermächtigung befassen.

In der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung wurden während der Jahre 1994 und 1995 die nachstehend angeführten Fälle geprüft und erfaßt, die im Zuge des nächsten Rechnungsabschlusses in nicht-rückzahlbare Beihilfen umgewandelt werden sollen.

Es handelt sich um acht Fälle: erstens die Firma AVL/DDr. List, Graz, zweitens die Firma Paletten- und Holzindustrie (früher Lehner & Putz), drittens die Firma Stahlcord Betriebsgesellschaft m. b. H. Fürstentfeld, viertens die Firma Franz und Anna Aumüller, fünftens die Firma Roman Bauernfeind, sechstens die Firma Adolf Schröck beziehungsweise Nachlaß nach Adolf Schröck, siebentens die Firma Gottfried Puff, achtens die Firma Arpat Katona.

Es wird vorgeschlagen, die erforderlichen Ausgaben bei der Voranschlagsstelle 1/782915-7480 hinsichtlich der in der Anlage ausgewiesenen, bereits fälligen Forderungen aus gewährten Darlehen in Höhe von 3.394.647,55 Schilling sowie für die Abschreibung von bereits fälligen Zinsen und Spesen in der Höhe von 463.393,60 Schilling, somit insgesamt 3.858.041,15 Schilling, durch Darlehensaufnahmen beziehungsweise sonstige Kredit- und Finanzoperationen zu bedecken. Über die endgültig mögliche Bedeckung kann erst bei Vorliegen des tatsächlichen Rechnungsergebnisses des Wirtschaftsjahres 1995 entschieden werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 15. Jänner 1996 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Umwandlung gewährter Investitionsdarlehen in nicht-rückzahlbare Beihilfen mit insgesamt 3.858.041,15 Schilling zum 31. Dezember 1994 wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Es wird genehmigt, daß die Bedeckung der für die Umwandlung der bereits fälligen Tilgungsanteile gewährter Darlehen in nicht-rückzahlbare Beihilfen erforderlichen überplanmäßigen Ausgabe bei der Voranschlagsstelle 1/782915-7490 in Höhe von 3.858.041,15 Schilling durch Darlehensaufnahmen beziehungsweise sonstige Kredit- und Finanzoperationen zu erfolgen hat. Für den Fall, daß im Zusammenhang mit der Abschreibung bereits fälliger Forderungen eine zusätzliche Kreditaufnahmeermächtigung durch den Steiermärkischen Landtag erforderlich ist, weil dadurch der vom Landtag mit Beschluß Nr. 694 vom 15. Dezember 1994 bereits erteilte Ermächtigungsrahmen überschritten wird, wird eine solche zusätzliche Ermächtigung vom Landtag erteilt. (12.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichtserstattung. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (12.39 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn jemand wegen des Geldes, auch wenn es in der Zeitung steht, wie gut die Politiker verdienen, in die Politik geht oder wenn ein Mann auf Grund einer zu erwartenden Mitgift eine Frau heiratet oder wegen einer Subventionsmöglichkeit Unternehmer wird, ist

er gescheitert. Wir reden heute über das Thema Wirtschaft, wir reden wieder davon, daß heute 12 Millionen abgeschrieben werden sollen, und wir sollen davon reden, wie es mit unserer Wirtschaft, mit der Wirtschaftsfreundlichkeit in unserem Lande weitergehen sollte.

Schade, daß er nicht da ist, der Herr Landesrat. Ich habe hier einen kleinen Ausschnitt seines Interviews in der „Kleinen Zeitung“. Er sagt hierbei: „Ich schaffe keine Arbeit, der Politiker muß den Unternehmern so günstige Rahmenbedingungen wie möglich bereitstellen.“ Das ist richtig. Nur bitte, wie schauen die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft in unserem Lande wirklich aus? Ein weiteres Zitat des Herrn Landesrates Paierl im „Kurier“ vom 29. Februar 1996, er meint dabei: „Auf meinem Schreibtisch stapeln sich kiloweise Studien und Konzepte.“ Sein Dilemma ist, daß in den vergangenen sieben Jahren wenig in der Wirtschaft umgesetzt wurde. Wirtschaftslandesrat dieser Zeit war Waltraud Klasnic. Ich gestehe dem Herrn Landesrat zu, daß er sich darum kümmert, daß in unserem Lande wirtschaftlich etwas weitergeht. Er hat jetzt zaghafte Versuche unternommen, eine Gründerwelle auszulösen, mit seiner Subvention Unternehmer zu schaffen. Diese Gründerwelle ist natürlich schon die xte Ankündigung von Gründerwellen, egal, ob im Koalitionsübereinkommen oder jetzt hier im Steiermärkischen Landtag. Diese Ankündigungen, ich glaube, die nimmt fast keiner mehr ernst. Sie sind nur gut für Schlagzeilen in der Presse. Ich selbst komme aus dem Bereich der Angestellten, ich war lange als Beamter tätig und bin jetzt Selbständiger. Ich bin wahrscheinlich einer der letzten hier im Hause, der selbstständig ist, wir sind ja nur mehr fünf, und wenn es so weitergeht, sind es bald keine mehr. Der Kollege Tasch, der Kollege Löcker werden mir wahrscheinlich recht geben in dieser Richtung.

Wie schaut es aus? Die Selbständigenquote in Österreich ist gesunken, wir sind von 6,4 auf 6,3 Prozent gesunken. Und das neue Sparpaket, das im Endeffekt ja nur ein Belastungspaket ist, weil es ja keine Strukturereformen bringt, schafft auch keine Anreize für unser Unternehmertum. Zum Beispiel: Die Gen. m. b. H.-Körperschaftssteuer automatisch 50.000 Schilling, geringere Abschreibung für die Unternehmerschaft, jedes Jahr steigern wir den Pleitenrekord. Wo ist hier der Sinn für ein gutes Wirtschaften? Wo sind die Ankündigungen, oder wo sind die Auswirkungen der Ankündigungen geblieben, daß uns der EU-Beitritt Wirtschaftsplätze schafft? Wir haben leider noch große Anpassungsprobleme, wir haben, wie wir schon oft gesagt haben, unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Die EU-Wirtschaft schaut so aus, daß die Großen kommen und die Kleinen sterben.

Ich möchte hier noch einmal ganz konkret darauf hinweisen: Subventionen schaffen keine Unternehmer! Es ist die Freude, es ist das Verantwortungsbewußtsein, daß die Unternehmerschaft vielleicht oft für weniger Geld Arbeitsplätze und Mitarbeiter schafft. Subventionen sind eher dazu da, den Wettbewerb – wir haben das heute schon des öfteren gehört in den Ausschüssen – zu verzerren. Sie haben es auch an sich, daß sie sogar Unternehmen, die vielleicht jetzt noch gesund sind, mit in den wirtschaftlichen Ruin schicken. Das wollen wir nicht haben, wir

wollen nicht mit Subventionen, mit staatlichen Förderungen noch gesunde kleine Unternehmen ins Aus schicken. Wir haben heute in den Ausschüssen zwar über ein Darlehen gesprochen, aber im Endeffekt ist es eine Subvention, es wird heute noch ein Tagesordnungspunkt sein: Therme Blumau. Auch das ist eine Subvention im Endeffekt, die wir uns ganz genau überlegen müssen. Der Herr Landesrat ist nicht da, daß ich ihn in der Öffentlichkeit fragen kann, ob das Land mit dieser Subvention von 90 Millionen aus dem Schneider ist, oder geht das weiter? Daß es regionalpolitisch eine andere Sache darstellt, ist vollkommen klar.

Nur bitte, wir handeln hier mit 90 Millionen an öffentlichem Geld, und im Endeffekt gehen wir da her, und mit der Infrastrukturmasse schieben wir da relativ kurz 300 Millionen über den Tisch, was auch eine ganz, ganz große Größenordnung für unser Land ist.

Wir lesen auch in den letzten Tagen in den Zeitungen, daß man einem großen Subventionsnehmer des Landes den Prozeß gemacht hat oder ihn macht. Ich hoffe, daß wir mit diesen Subventionen etwas vernünftiger umgehen.

Was müssen wir unserer Meinung nach in der Wirtschaftspolitik dieses Landes ändern, damit wir auskommen? Ich glaube, einer der größten Punkte ist es, die Selbständigkeit des Menschen zu fördern.

Wir müssen zweitens ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen.

Und wir müssen drittens von der Produktion in die Dienstleistung und in den Handel gehen.

Erstens: Selbständigkeit des Menschen!

Ich glaube, das ist eine große Aufgabe, das geht nicht von heute auf morgen, in der Ausbildung dem Menschen zur Selbständigkeit zu verhelfen. Wir machen ihn momentan abhängig. Abhängig von den staatlichen Institutionen. Ich habe das einmal Schulbusgesellschaft genannt, wo das Kleinkind bereits in die Abhängigkeit kommt, in Organisationen, das geht hinauf bis zum Pensionistenverband. Wie wollen wir diesen Leuten dann zumuten, selbständig zu werden? Wie wollen wir diesen Leuten zumuten, Verantwortung zu tragen? Wir müssen dazu auch für die Selbständigkeit mehr Anreize schaffen. Es ist einfach kein Anreiz da, heutzutage Selbständiger zu werden. Wir müssen es auch schaffen, dem Facharbeiter einen höheren gesellschaftlichen Standard, einen höheren gesellschaftlichen Wert zu geben. Es sollte auch für den AHS-Absolventen interessant sein, Facharbeiter zu werden, Meister zu werden und in weiterer Folge selbständig und Arbeitgeber zu werden. Aber dieser Anreiz ist nicht vorhanden.

Ich habe einen kleinen Auszug hier vor mir. Gesetzestexte. Bitte, ein kleiner Gastwirt muß einmal vierzehn Gesetze auflegen, nur daß er seine Leute beschäftigen kann. Da ist noch kein Steuerrecht dabei, da ist noch vieles nicht dabei, was uns auch betrifft. Das soll Motivation sein im Endeffekt, um Unternehmer zu werden?

Wir müssen auch darauf achten, wenn einer Unternehmer wird, daß er das dann auch bleiben kann und gerne ist. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, Unternehmer ständig mit Gesetzestexten, mit Arbeitsinspektoren, Lebensmittelkontrollen, in der Lehrlings-

ausbildung, Steuerprüfung und dergleichen zu ärgern. Wir müssen die ganzen bürokratischen Hemmnisse, die dazu führen, abbauen. Und hier können wir, glaube ich, Herr Landesrat, doch einiges dazu beitragen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Mir sind persönlich – das werden vielleicht einige nicht ganz gerne hören wollen – ein paar schwarze Schafe lieber als Tausende gefährdete Arbeitsplätze.

Gewinn: Gewinn soll kein Schimpfwort sein, weil nur Gewinne sichern Arbeitsplätze. Nur Gewinne machen eine bessere Kapitalausstattung und sichern im Endeffekt Betriebe.

Als Drittes glaube ich, die Zukunft, zumindest unmittelbar, liegt in der Dienstleistung, aber auch in vielen Bereichen beim Handel. In der Produktion werden wir wahrscheinlich in nächster Zeit mit den Billiglohnländern Schwierigkeiten haben, außer wir gehen in intelligente Produkte, wir gehen in jene Produktion, wo wir anderen etwas voraus haben.

Aber da haben wir wieder ein kleines Problem, das wir auch lösen müssen, wir müssen die Forschung intensivieren. Wir sind gemäß letzten Untersuchungen mit 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Letzter in unseren Forschungsausgaben. Das wird zuwenig sein, um unsere Forschung zu intensivieren. Das wird zuwenig sein, um in der Hochtechnologie Fuß zu fassen.

Somit ist die Dienstleistung wahrscheinlich der einzige Bereich in nächster Zeit, und es gibt hier noch hohen Bedarf. Nur natürlich in vielen Bereichen auch mit Problemen verbunden, wenn wir uns den Tourismus anschauen – dieser Bericht wird ja heute auch diskutiert werden –, ein niedriges Lohnniveau, schlechte Arbeitszeiten, schlechte Arbeitsqualitäten. Das wird sicherlich auch ein Problem sein, das besser in den Griff zu bekommen sein wird.

Besser in den Griff bekommen müssen wir auch die Lohnnebenkosten, sonst haben wir keine Wettbewerbsfähigkeit mehr. (Abg. Tasch: „Herr Kollege, ich habe eine Frage. Redest du zu Punkt 3 oder Punkt 10?“)

Es gibt nur drei Punkte, Herr Kollege Tasch.

Ich bin jetzt bei den Lohnnebenkosten, die bei 102 Prozent momentan liegen. Hier müßten wir ansetzen, und zwar nicht auf Kosten des Nettogehaltes, weil das würde natürlich im Endeffekt – (Abg. Tasch: „Du bist beim falschen Punkt!“) Deswegen würden wir die Steuerkraft nicht erhöhen, sondern wir würden im Endeffekt durch die Lohnnebenkostensenkung mehr Betriebe dazu animieren können, Angestellte anzustellen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Lohnnebenkosten bitte nicht auf Kürzung der Gehälter, sondern auf Kürzung der Abgaben.

Eine wichtige Sache dabei ist noch, es soll oder es muß sich die Leistung für jeden lohnen. Und ich gebe noch speziell jenen den Vorzug, die den Klein- und Mittelbetrieb unterstützen. Der Klein- und Mittelbetrieb ist die Zukunft, der Klein- und Mittelbetrieb ist weniger konjunkturanfällig, sie schaffen viele kleine Wirtschaftszellen und geben damit unserer Wirtschaft viele Arbeitsplätze. Es ist natürlich toll, einen großen Betrieb in seinem Ort zu haben – ich komme aus einem Ort, der einen großen Betrieb beheimatet. Es ist dies eine ganz gute Einnahme für die Gemeinde, jedoch

ein großes Risiko, denn wenn dieser Betrieb zusperrt, nagt die ganze Region am Hungertuch.

Die Gesetzesflut ist angezogen. Eine wichtige Sache ist noch, wir müssen bei der Ausbildung unserer Facharbeiter eine gewisse Gerechtigkeit einkehren lassen. Wenn jemand über das WIFI einen Kurs macht, muß er dafür bezahlen. Ich glaube, daß der Meister oder künftige Meister genauso kostenlos in seine künftige Funktion kommen könnte wie jeder oder wie viele andere in diesem Staat auch.

Es gehört zu den vielen Bereichen, die in nächster Zeit angegangen werden müssen, die Senkung der Mehrwertsteuer – Anträge von uns liegen hier –, die Senkung der Getränkesteuer. Es gehört dazu, die Kammerumlagen zu senken, um mehr Anreiz zu schaffen, Mitglied zu werden, und es gehört dazu, die Schwarzwirtschaft etwas einzudämmen. Es geht ja nicht darum, den einfachen Maurer zu treffen, sondern um die professionellen Schwarzarbeiterpartien, die hier der offiziellen Wirtschaft schönen Schaden anrichten.

Ich glaube daher, daß es notwendiger ist, die Wirtschaftsbelebung durch ein vernünftiges Wirtschaftsklima sicherzustellen, Firmen nicht zu Almosenempfängern oder Selbständige zu Almosenempfängern werden zu lassen. Wir müssen daher in allen Bereichen und ohne Tabus über viele Sachen reden können. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen, denn motivierte Unternehmer schaffen eine gesunde Wirtschaft und schaffen einen sicheren Arbeitsplatz. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (12.45 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, und in erster Linie Leute im Zuschauerraum, nämlich Leute, die ganz stark von etwas betroffen sind, was in dieser Landtagssitzung bis jetzt ausgeblendet worden ist!

Trotz der exzessiven Exkursionen von meinem Vorredner in Richtung Wirtschaftspolitik, die aus meiner Sicht mit der Tagesordnung nur bedingt etwas zu tun haben.

Ich möchte auf einige Themen eingehen, die heute am Vormittag bereits angesprochen worden sind, und möchte dann einen Schwerpunkt setzen zur aktuellen Lage in der Steiermark, in Österreich, bezogen auf die Einsparungen im Bildungsbereich, sprich unseren vier Universitäten und an den Hochschulen in der Steiermark. (Beifall auf der Zuschauergalerie. – Präsident Dr. Strenitz: „Frau Abgeordnete, ich unterbreche Sie kurz. Meine verehrten Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, ich begrüße es, daß Sie an der Landtagssitzung Interesse haben und auch innerlich daran teilnehmen. Ich bitte Sie aber auch zu respektieren, daß Zustimmungs- oder Mißfallenskundgebungen nicht gestattet sind!“)

Diese würde ich mir übrigens vom Landtag wünschen, und nicht darauf warten müssen, daß sie aus dem Zuschauerbereich kommen.

Aber wie man recht deutlich sieht, hat der Landtag bis jetzt es geschafft, dieses Thema komplett auszu-

blenden. Und in diesem Sinne sehe ich es auch, daß vorher weder die SPÖ, noch die ÖVP, noch die FPÖ bereit waren, bei unserer dringlichen Anfrage mitzugehen.

Gut, ich komme zurück zur Tagesordnung, komme auch zurück zu dem, was meine Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben. Es ist angesprochen worden, daß in der Steiermark zukunftsfähige Technologien entwickelt werden. Es ist angesprochen worden, daß es in der Steiermark die Möglichkeit geben soll zu investieren, in die Zukunft zu investieren, in Bereiche zu investieren, die die Steiermark weiterbringen. Und ich hoffe, daß dieser Landtag diesen Begriff nicht nur bezogen auf Wirtschaft versteht, sondern auch auf Sozialpolitik, auch auf Kreativität, auch auf Innovation. Und genau diese Bereiche – und ich bitte Sie, Herr Präsident, lassen Sie mich zu Ende reden, es ist mir ein großes Anliegen, zu diesem Thema zu sprechen, weil das bis jetzt kein einziger meiner Vorredner gemacht hat, genau zu diesen Bereichen möchte ich jetzt sprechen.

Ich habe das Gefühl, im Steiermärkischen Landtag gibt es ein ausgeprägtes „Schweigen der Lämmer“ zu dem, was auf Bundesebene derzeit im Bereich des Belastungspaketes läuft. Und speziell zu dem, wie in der Steiermark und in Österreich Universitäten finanziell ausgehungert werden. Und zwar sowohl vom Organisatorischen her, als auch vom Finanztechnischen her, als auch in dem Bereich, den ich vorher angesprochen habe, nämlich, daß man den Universitäten die Möglichkeit gibt, Leute auszubilden, die auch vernetzt denken, die auch „schräg“ denken, die auch bereit sind, sich zu Themen zu äußern, in denen sonst in der Steiermark sehr viel der Mund gehalten wird. Ich denke da auch speziell an die Protestkundgebungen, die es in der letzten Woche in der Steiermark gegeben hat, getragen – und bitte, passen Sie jetzt auf – nicht nur von Studierenden, sondern auch von Assistenten und Assistentinnen, auch von anderen Personen, die rund um die Universitäten tätig sind. Und ich hoffe, daß daraus eine soziale Bewegung entsteht, die insgesamt dieses Sparpaket und diese Einsparungsmaßnahmen ganz massiv in Frage stellen wird.

Ihnen wird auffallen, daß ich im Landtag sonst nicht so laut rede, aber ich merke einfach, daß dies das einzige Mittel ist, das wir als Opposition haben, um dieses Thema überhaupt einzubringen. Später, in ungefähr drei Minuten, wird sich zeigen, ob der Landtag bereit ist, uns in diesem Anliegen zu unterstützen. Sie wissen, daß in den letzten Tagen in Graz die Rektorenkonferenz – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Da müßt ihr euch bedanken!“)

Ich bin nicht bereit, auf Ihre Zwischenrufe einzugehen, Herr Präsident, koordinieren Sie die Zwischenrufe, wenn weitere kommen.

Was die Rektorenkonferenz betrifft und was die Position unseres Bürgermeisters – und ich sage bewußt auch als Grüne „unseres Bürgermeisters“ – Stingl betrifft: Stingl hat gesagt, er kann die Protestaktionen gegen das Sparpaket durchaus annehmen, er kann auch durchaus nachvollziehen, wenn Leute bei dieser Art von Sozialabbau auf die Straße gehen. Der Grazer Gemeinderat hat vor zwei Wochen einen dringlichen Antrag abgegeben mit Unterstützung von allen Fraktio-

nen, nämlich daß der Gemeinderat massiv gegen die Bundesregierung und gegen dieses Belastungspaket auftritt.

Unser Landtag, Stichwort „Schweigen der Lämmer“, ist nicht bereit, sich irgendwie zu positionieren.

Ich komme jetzt nicht auf den Teil, der darauf eingeht, wie der Lern-, Lehr- und Forschungsbereich an unseren Universitäten gekürzt wird, und zwar einfach deswegen, weil ich annehme, daß Sie die Medien verfolgen und daß Sie wissen, daß die Auswirkungen für alle Leute katastrophal wären. Ich möchte mich jetzt auch nicht in Zahlenspielerien verlieren, die in die Richtung gehen, daß in der Steiermark 50.000 Studierende leben, in Leoben, in Graz, in Gleisdorf, in Knittelfeld, in Radkersburg, in Aussee. Wenn sich irgendein Abgeordneter diskriminiert fühlt, weil ich seinen Bezirk nicht genannt habe, dann entschuldige ich mich hiermit und hoffe, daß Sie das annehmen.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt. Ich gehe davon aus, ich habe hier die Möglichkeit zu stehen und das zu sagen, was in den letzten paar Wochen österreichweit genau die Leute gesagt haben, die da hinten im Zuschauerraum sitzen. Ich bin vorher aus dem Landhaus hinausgegangen, und ich habe noch nie so viele grau uniformierte Männer um mich herum gesehen. Ich denke, wenn wir es nötig haben im Steiermärkischen Landtag, uns von Männern in Uniformen beschützen zu lassen, weil es nicht möglich ist, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, weil Studierende hinten, Betonung auf „hinten“, sitzen müssen, um dieses Thema einzubringen, dann ist das eine ziemlich peinliche Bestandsaufnahme. Ich sage das, wie gesagt, als eine Person, die selber die Möglichkeit hat, in Graz zu leben und zu arbeiten, und ich sage das sehr wohl auch als Grüne Abgeordnete, die es offenbar mit den Liberalen zusammen als einzige schafft, auch nur annähernd vernetzt zu denken und dieses Thema in den Landtag zu bringen.

Ich sehe deswegen das, was in den letzten Wochen in Österreich, in der Steiermark und in Graz passiert ist, als einen klaren Handlungsauftrag an den Landtag. Ich sehe, der einzig Verbliebene ist der Herr Landesrat Paierl, unser Wissenschaftsreferent Schachner ist draußen, keiner weiß wo, Soziallandsrätin Rieder ist draußen, keiner weiß wo. (Abg. Gennaro: „Sie haben vorher schlecht zugehört!“) Und es zeigt ungefähr auch den Stellenwert, den sowohl Wissenschaft als auch Sozialpolitik in diesem Landtag haben. (Bravorufe im Zuschauerraum!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Meine Damen und Herren, ich mache Sie ein zweites Mal darauf aufmerksam, und ich nehme an, Frau Abgeordnete, Sie haben auch registriert, daß ich sehr großzügig war, was die Beurteilung der Frage betroffen hat, wie weit Sie zu diesem Tagesordnungspunkt gesprochen haben!“) Ich glaube, mein Vorredner war relativ exzessiv!“ (Präsident: „Ich bitte Sie gleichermaßen um Verständnis und Respekt gegenüber dem Landtag!“)

Respekt und Verständnis vom Landtag könnte dadurch geäußert werden, nämlich gegenüber den Anliegen von Studierenden und Lehrkräften, indem der von uns vorbereitete Beschlußantrag jetzt abgestimmt wird.

Es ist der Antrag, der unterzeichnet wurde von den beiden Grünen und von den Liberalen, das heißt, er

trägt die vier notwendigen Unterschriften im Original, bitte hier. Und ich möchte jetzt den Antrag stellen, daß dieser Beschlußantrag laut Paragraph 39 der Geschäftsordnung zur Abstimmung gebracht wird. Ist das möglich, Herr Präsident? (Präsident Dr. Strenitz: „Nein, tragen Sie den Antrag einmal vor, bitte.“)

Laut letztem OECD-Bericht „Bildung bewegt“ zählt Österreich mit einem Akademikerinnen- und Akademikeranteil von 7,9 Prozent und unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben zu den Schlußlichtern innerhalb der OECD.

Der Steiermärkische Landtag bekräftigt hier sein klares Bekenntnis an der inhaltlichen und organisatorischen Qualitätssicherung von zukunftsfähigen Lern-, Lehr- und Forschungsmöglichkeiten an den Universitäten und Hochschulen. Daher betrachtet der Landtag die massiven Proteste gegen das sogenannte Sparpaket während der letzten Wochen als eindeutigen Auftrag, bei der Bundesregierung und beim Nationalrat vorstellig zu werden. Es wird somit der Antrag gestellt, der Landtag wolle folgende Petition an die Bundesregierung und an den Nationalrat beschließen:

Die geplanten Kürzungen bei Universitäten und Hochschulen sind bildungs- und sozialpolitisch untragbar. Insbesondere angeführt seien dabei die generelle Streichung der Freifahrt, die Anbindung der Familienbeihilfe an eine unrealistische Bemessung der Studiendauer (bei der 80 Prozent der Studierenden die Familienbeihilfe verlieren würden) für Studierende sowie die Kürzung der Lehraufträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Lehrverpflichtung für Lehrbeauftragte. Bei den neu zu beginnenden Verhandlungen sind jedenfalls Vertreterinnen und Vertreter der Universitäten und Hochschulen voll einzubeziehen. (13.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Haben Sie zu Ende gesprochen?

Abg. Mag. Zitz: Ja!

Präsident Dr. Strenitz: Ich werde am Schluß der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt die Unterstützungsfrage stellen.

Nunmehr am Wort ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (13.05 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nur eine Richtigstellung, Frau Kollegin Zitz, wenn Sie zugehört hätten, dann wüßten Sie, daß der Präsident berichtet hat, auf welcher Mission sich die Frau Landesrat Dr. Rieder befindet. Daß sie spazieren geht oder Tennis spielt, wie es andere machen, ist sicherlich nicht der Fall. Dann würde ich auch um Objektivierung bei Ihrer Wortmeldung bitten.

Ich möchte eingangs sagen, Frau Kollegin Zitz, das Recht einer Opposition wird sicherlich eingeräumt, aber man muß Ihnen das vor Augen führen, denn Sie betreiben ein doppelzüngiges Spiel. Sie kommen da heraus und machen dem Vorredner den Vorwurf, daß er nicht zur Sache spricht, und Sie selbst mißbrauchen das genauso und geben von sich, daß nur das, was Sie sagen, dementsprechend Richtigkeit hat. Da können Sie hinten das Blabla schon aufrollen, ich danke dafür.

Wissen Sie, meine Damen und Herren da hinten auf der Zuschauertribüne, ein Problem gibt es. 400.000 Beschäftigte haben genauso Sorgen, und die trifft das Belastungspaket genauso wie Sie als Studenten. Ich akzeptiere als Gewerkschafter, daß man protestiert, wenn man mit etwas nicht zufrieden ist. Nur, die Menschen können heute nicht herinnen sein, die müssen am Arbeitsplatz, an der Werkbank, am Zeichenbrett stehen und ihre Arbeit leisten, damit sie finanzieren, daß Sie studieren können. (Beifall bei der SPÖ.)

Man muß das einmal sagen. Treiben Sie die Emotionen bitte nicht zu weit. (Abg. Dr. Brünner: „Es ist eine Sauerei, daß Studierende als Schmarotzer bezeichnet werden!“) Treiben Sie die Emotionen nicht zu weit, denn es ist eine Leichtigkeit, mit Hunderten und Tausenden Arbeitnehmern das Landhaus zu besetzen, meine Damen und Herren. Aber damit bin ich schon fertig. (Werfen von Papierfliegern aus dem Zuschauer-raum!)

Meine Damen und Herren, wenn heute auch die Öffentlichkeit über die Medien informiert wird, und im speziellen ist es angesprochen worden, ich möchte zum Thema reden, bezüglich der Darlehen, die in Wirtschaftsbeihilfen umgewandelt werden sollten. Und wenn wir in den letzten Tagen und Stunden laufend vom Assmann-Prozeß in der Öffentlichkeit von den Medien informiert werden, und die Gerichte versuchen zu klären, ob hier fahrlässig gehandelt wird, und wenn man dann so Headlines in den Zeitungen liest, es hat das Land in eine tote Firma 51 Millionen Schilling gegeben, und sich die Beamten über die Zeitung und über die Gerichte rechtfertigen müssen, so möchte ich eines sagen, in dem Haus, natürlich hat es immer Situationen gegeben, und es scheint auch in dieser Vorlage so zu sein und sich zu bestätigen, daß diejenigen Betriebe, die den Weg zur Futterkrippe gefunden haben, ihn laufend gegangen sind, und ein Name wie der Herr Gewerke Assmann oder andere Betriebe, die auch in der Vorlage drinnen sind, ständig sich angestellt haben um Förderungen. Aber eines sage ich auch sehr objektiv dazu, trotz allem, obwohl es zu verurteilen ist, daß es manchen leichter gelingt, zu Geld zu kommen. Die Öffentlichkeit, die Bürgermeister, auch wir als Gewerkschafter und ich in meiner Person habe mit gebeten, daß das Land einspringt, wenn es darum gegangen ist, daß man einen Arbeitsplatz, bei der Motronic in Groß Sankt Florian oder sonst wo immer, erhalten kann. Und gerade das hat uns als Sozialdemokraten dazu aufgerufen, und ich bin sehr froh, daß sich viele quer über alle Parteien Gedanken machen, daß wir den derzeitigen Zustand, daß wir jetzt über 52.800 Arbeitslose in der Steiermark haben, daß dies eine sehr große Arbeitslosenzahl ist und daß wir jetzt endlich darangehen sollten, diese vielen Konzepte und Bemühungen zu koordinieren und umzusetzen, weil wir eine Beschäftigung für diese Menschen brauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es nützt den Arbeitslosen nichts, wenn nur Konzepte erarbeitet werden. Und ich behaupte, und das ist meine persönliche Meinung, es wäre besser, wenn wir die Millionen und die Milliarden Schilling, die wir für Arbeitslose zahlen müssen, auch versuchen umzuschichten, um Arbeit zu schaffen, damit der Arbeitslose das Selbstwertgefühl wieder bekommt, daß er in

der Gesellschaft benötigt, gebraucht wird und daß er seine Lebensexistenz selbst bestreiten kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Das hat uns auch veranlaßt, einen Antrag einzubringen im Zusammenhang mit unserer Arbeitsplatz- und Beschäftigungsinitiative, daß wir die Wirtschaftsförderung, das Wirtschaftsförderungsgesetz, und es ist schon angeklungen, einige Punkte decken sich sogar mit unseren Vorstellungen, daß wir hier eine Novellierung brauchen, ein Umdenken, damit Betriebe gefördert werden, wenn sie auch echte Beschäftigung bringen. Nicht, daß sie ihre Produktionen ins Ausland verlagern oder daß man nur Projekte fördert, und dahinter weiß man nicht, wie viele Beschäftigte sind. Wie war es denn in der Vergangenheit? Die Beschäftigungssituation ist bei den Wirtschaftsförderungsstücken immer ein bißchen hinten angestanden. Wir verlangen, daß in Zukunft, und bei der Novellierung müßte das drinnen sein, die Beschäftigung im Vordergrund steht, wie viele Arbeitsplätze kann einer schaffen. Man müßte auch Erleichterungen für diejenigen Unternehmer schaffen, die eine stabile Beschäftigungssituation nachweisen können. Denn was spielt sich denn am Arbeitsmarkt ab? Daß überwiegend die Leute einfach, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, über Steuergeld, über das Arbeitsmarktservice zur Verfügung gestellt werden.

Und wir glauben, daß sich das Wirtschaftsförderungsgesetz auch stärker an der Forschung und Entwicklung sich orientieren muß, daß wir auch die exportorientierten Betriebe in ihren High-tech-Produkten fördern müssen. Wir glauben auch, daß eine inländische Wertschöpfung im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung notwendig ist. Es hat da keinen Sinn, wenn gefördert wird, und – ich habe es bereits gesagt – alles wird im Ausland produziert. Auch hier sollte man die Förderung dementsprechend ansetzen.

Und denken wir um, vielleicht gelingt es uns, daß es in Zukunft nicht in der Form einfach Abschreibungen gibt, sondern ich gestehe auch ein, wenn ein Unternehmen Schwierigkeiten hat und es hat gewisse Verpflichtungen auch dem Land gegenüber, so kann es durchaus auch eine Beihilfe sein, daß man die Rückzahlung, die Tilgungsraten stundet, auf drei, fünf Jahre oder welchen Zeitraum man festlegt, aber nicht generell hergeht und sagt, jetzt schreiben wir dieses Darlehen ab, und damit ist die Sache erledigt. Weil ich glaube, daß in ein paar Jahren, wenn das Unternehmen sich erholt hat, eine Rückzahlung möglich ist. Und da gibt es ein paar auf der Vorlage oben, die sehr wohl instande wären, diesen Betrag vielleicht in zwei, drei oder vier Jahren zurückzuzahlen. Wir müssen hier in dieser Form auch tätig werden und das zum Anlaß nehmen, das Wirtschaftsförderungsgesetz dahin gehend zu novellieren.

Ich fordere auch bitte auf, alle zur Verfügung stehenden Kräfte, im Sinne des von mir am Anfang Gesagten, der Arbeitslosigkeit in der Steiermark, daß wir auch die Bauinitiative umsetzen, daß wir Gelder zur Verfügung stellen und daß wir auch das Beschäftigungsförderungsgesetz als Widerpart zum Wirtschaftsförderungsgesetz in dem Haus beraten und beschließen werden. Daß Leute, die einen Nachteil haben von der Region her, durch Schulungsmaß-

nahmen notwendig auch über ein Beschäftigungsförderungsgesetz gefördert werden. Es kann ja nicht so sein, daß, wenn ein Bauarbeiter sich, auch wenn er arbeitslos ist, dankenswerterweise höher qualifiziert und umschult, daß ihm dann die Arbeitslose gestrichen wird, daß er für diese Zeit nichts bekommt. Ich glaube, da müssen wir ansetzen, daß der sogar noch gestützt und gefördert wird, damit er schneller noch in den Beruf eingegliedert werden kann. Das wollte ich in dem Zusammenhang sagen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort. (Einige Zuschauer singen „Sparpaket, laßt das sein, spart uns nicht die Zukunft ein!“ und verlassen anschließend den Zuschauerraum. – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten!)

Meine verehrten Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich bitte Sie, Frau Abgeordnete.

Abg. Mag. Hartinger (13.15 Uhr): Danke, Herr Präsident. Herr Präsident, Hohes Haus!

Sie werden sich vielleicht wundern, wie ich jetzt als Gesundheitsprecherin, die im Gesundheitswesen tätig ist, zu dem Thema Wirtschaftsförderung oder Wirtschaft überhaupt Stellung nehme. Ich bin von der Ausbildung, wie Sie wissen, Betriebswirt und war auch eine Zeitlang Steuerberaterin und glaube, mich in der Wirtschaftspolitik auszukennen. Ich habe schon in der Ausschußsitzung gesagt, daß ich mich sehr wundere als neue Abgeordnete, wie in diesem Hohen Haus Wirtschaftspolitik betrieben wird.

Die gewohnten Muster der Vergangenheit werden nicht weiter gelten, meine ich. Der Fall der Berliner Mauer hat es ebenso gezeigt wie der Bau des Info-Highways: Der globale Wandel wird nicht nur immer schneller, sondern er passiert immer öfter in Form von Brüchen, und das, meine Damen und Herren, nicht allmählich. Die Extrapolation aus dem bestehenden System heraus ist damit nicht mehr weiter möglich. Der Wandel ist zum entscheidenden Faktor im Wettbewerb geworden. Wer sich rasch umstellen kann, der gewinnt, die anderen verlieren. Und das Tempo wird immer schneller. Das heißt schon in einem schönen Ausspruch: „Nicht der Große frißt den Kleinen, sondern die Schnellen werden die Langsamen fressen.“ Ich hoffe, daß wir im Lande Steiermark nicht alles verschlafen, sondern daß wir Aktionen setzen und etwas bewegen. Überleben werden nämlich jene Länder, die neue Break-Points erfolgreich antizipieren können. Gut überleben werden jene, die die Break-Points zu ihren Gunsten ausnützen können. Und gewinnen werden schließlich jene, die die Fähigkeiten besitzen, eigene Break-Points zu schaffen. Entscheidend dafür wird die Fähigkeit sein, sich in vier Bereichen selbst zu wandeln. Auf betriebswirtschaftlicher Ebene ebenso wie für das Unternehmen Steiermark. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Erstens die neuen Märkte zu finden, das eigene Portfolio anzupassen, das heißt eben, neue Chancen zu entdecken. Zweitens die dafür notwendigen Transformationen der Organisation zu schaffen, das heißt eben, keine Proporzbesetzung zum Beispiel in

Managementfunktionen, dazu kommen wir ja heute auch noch. Drittens den Wandel der Werte mitzuvollziehen und gleichzeitig den Wandel als Wert anzuerkennen. Darauf komme ich noch in meiner Rede. Und schließlich viertens den Erfolg oder Mißerfolg mit den richtigen Maßen zu messen. Und wenn ich mir jetzt so die Subventionen hier anschau, wundert mich schon sehr, daß zum Beispiel die Firma AVL eine Förderung bekommt unter den Vorgaben von 1986, 700 Mitarbeiter einzustellen. Alle wissen, daß sie derzeit über 1000 Mitarbeiter beschäftigen. Ich frage, ob diese Forderung dann noch adäquat ist.

Welchem Wandel unterliegt die Wirtschaft schlechthin? Ich versuche, Ihnen jetzt hier den Wandel als Wert auch darzustellen. Ich frage mich, bis ich meinen Arbeitsplatz verliere oder mir niemand mehr sagen kann, wie es mit meiner Karriere weitergeht, bis die Technologiesprünge von meinen Konkurrenten aufgegriffen werden, die Sturheit und Unflexibilität unseres Unternehmens Land, unseres Unternehmens Steiermark, sowie immer weiter zu tun hat durch hohe manövrierunfähige Kosten. Ich betone noch einmal die Sturheit und Unflexibilität, die wir hier also auch betreiben. Wirtschaften, und nicht nur wirtschaften steht nicht mehr unter der Kontrolle des Unternehmens, wie es zu Zeiten Taylors der Fall war, wenn dazumal eine Firma in sich geschlossen alles richtig machte, war der Erfolg quasi gesichert. In den neunziger Jahren sagte schon Ohmae „Strategie follows Structure“, das heißt, daß die geschaffene Infrastruktur, wie Fabriken, Anlagen, Investitionen, die alle durchwegs noch nicht abgeschrieben sind, geben uns die Strategie vor. Wer die riesigen Papiermaschinen zum Beispiel angeschafft hat, die in vielleicht fünfzehn Jahren abgeschrieben werden können, ist nicht mehr frei, von irgendwelchen Strategien zu entscheiden. Und Pasquale legt noch einen Zahn zu, denn er sagt: „Der Erfolg von gestern ist vielleicht zum Auslöser des Mißerfolges von morgen geworden, weil wir es nicht immer in den guten Zeiten gelernt haben, unsere Instinkte den Brüchen entsprechend zu schärfen. Und diesen Vorwurf, in den guten Zeiten gelernt zu haben, auf wirtschaftliche Einbrüche sich vorzubereiten, den Vorwurf muß ich vor allem den Sozialdemokraten machen. Aber auch dem Abgeordneten Majcen, der jetzt nicht hier anwesend ist, der schon im Ausschuß gesagt hat, die Wirtschaftsförderung funktioniert ja immer nach dem gleichen Schema. Es kommt irgend jemand mit einer Studie, und man sagt, die Studie sei gut, und man soll so weitermachen. Ich frage Sie, ist das bitte Wirtschaftspolitik, daß man keine genauen Kriterien hat? Unsere Welt funktioniert nicht wie eine Maschine, unsere Märkte und unser Unternehmen schon gar nicht. Der Wandel, der noch dazu immer schneller wird, ist bestimmend geworden, eben der Wandel aus Wert. Der Wandel passiert an der Front, im Markt, im Wettbewerb. Bis er erkannt wird, gemeldet und leider oft auch politisch gefiltert, und bis dann die oben in der Regierung entscheiden und die Kommandos exekutiert werden, hat sich die Situation an der Front schon wieder verändert. Die Maßnahme geht ins Leere.

Nun, was ist der Erfolgsfaktor unseres Landes? Meine Damen und Herren, es ist der Mensch. Der Mensch an der Front. Die Mitarbeiter an der Kunden-

front sind die wahren Unternehmen, und je mehr wir an der Front bringen, desto besser. Dazu müssen die Menschen mündig gemacht werden. Verantwortung dabei allein ist nicht genug. Sie müssen durch Autorität ergänzt werden. Liberation, Befreiung und Empowerment, das ist das neue Schlagwort im Management und heißt Ermächtigung. Wir sind keine Produktionsgesellschaft mehr. Im Jahr 2000 werden in Europa 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung als Gehirnarbeiter tätig sein und nur mehr 30 Prozent in manuellen Berufen. Es ist die Produktivität des Serviceworkers, die heute ausgeschöpft werden muß. Denken Sie nur an unsere öffentliche Verwaltung, das Gesundheitswesen und die Bildungsinstitutionen.

Die zentrale Frage der Wirtschaftsförderung: Wie können wir verlorene Arbeitsplätze wettmachen? Sicher nicht durch kurzfristige Produktionsmaßnahmen, sondern durch das Schaffen neuer produktiver Berufe in neuen Bereichen durch die Sicherstellung des Unternehmensstandortes Steiermark, nämlich durch Aus- und Weiterbildung, durch richtige Forschungsinvestitionen und ein modernes Portfoliomanagement, durch radikale Entfernung vor allem der behördlichen falschen sozialpolitischen und legislativen Hindernisse.

Wir sind also mit dem grotesken Phänomen konfrontiert, daß steigende Reparaturaufwendungen statistisch steigenden Wohlstand bedeuten. Es wird uns immer gesagt, wir leben im Füllhornstaat. Es stellt sich nicht die Frage, gibt es Wege daraus, sondern sie sind nämlich sehr steinig und steil und verlangen von der Politik das Eingeständnis, zu lange den falschen Weg gegangen zu sein. Die Alternative zu Reformen ist der mehr abschreckende schwedische Weg. Wollen wir ihn wirklich noch weitergehen? Was wir brauchen, ist eine Wirtschaftsoffensive in der Steiermark mit folgenden Grundsätzen: Das Land Steiermark sorgt für optimale Rahmenbedingungen, so daß die private Wirtschaft sich entfalten kann. Das heißt, Wettbewerbschutz, Proporzschutz, Leistungsfreiheit, Leistungsanreiz statt wegsteuern, Leistungspartnerschaft statt Sozialpartnerschaft.

Und vor allem, meine Damen und Herren, Vertrauen in die Wirtschaft, und keine Verunsicherungspolitik. Wenn ich draußen mit den Gastwirten rede, wie das Geschäft aussieht, dann sagen sie mir immer, die Leute sind total verunsichert. Das, was Sie betreiben, ist Verunsicherungspolitik.

Im Bundesländervergleich sind wir in vielen Belangen das Schlußlicht in Österreich. Es gehört viel Patriotismus und Vertrauen zu unserem Bundesland dazu, damit wir uns dem Wandel so flexibel und mit hoher Geschwindigkeit, das heißt so rasch als möglich, anpassen. Das heißt eben, weg mit der Parteipolitik, hin zur Sachpolitik. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Fraktion stellt daher folgenden Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Wiedner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger, betreffend Arbeitsplatzverluste durch Budgetsanierung.

Die derzeitige Rekordarbeitslosigkeit ist eine direkte Folge der jahrelangen Mißwirtschaft des öffentlichen Bereiches. Der Zustand der österreichischen

Wirtschaft ist durch Insolvenzrekorde und eine Rekordarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Um nunmehr die Arbeitslosensituation nicht noch mehr durch die Einsparungen im Landesbudget zu verschärfen, stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Landesfinanzreferent wird aufgefordert, bei Maßnahmen zur Budgetsanierung negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch eine Beschäftigungsoffensive zu verhindern. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich werde auch über diesen Antrag nach Schluß der Rednerliste abstimmen lassen.

Nunmehr ist die nächste Rednerin die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.24 Uhr): Ich wollte an und für sich auf meine Vorredner stärker eingehen als ich das jetzt machen werde, möchte aber ganz kurz zum Kollegen Gennaro sagen, weil er mich vorhin angesprochen hat: Sie haben es mit Ihrer Wortmeldung perfekt geschafft, genau das zu tun, was die Studierenden und die Leute an den Universitäten nicht tun wollen, nämlich eine Gruppe, die vom Belastungspaket betroffen ist, gegen eine andere auszuspielen. Sie haben es geschafft. Und ich sage das auch sehr bewußt als langjähriges Gewerkschaftsmitglied, und ich sage das auch sehr bewußt als Person, die genau weiß, wie viele von den Studierenden, die da hinten gesessen sind, die Sie gerade auf eine sehr ungute Art und Weise heruntergemacht haben, ebenfalls im Sommer, im Winter, in der Saison arbeiten, um sich das Studium zu finanzieren.

Ich möchte diese Gelegenheit nützen, den Appell vorzulesen, den die Studierenden, die da hinten gesessen sind, leider nicht vorbringen haben können. Und ich hoffe, Herr Präsident, und ich hoffe auch, daß die Leute von der Sicherheit, die anwesend sind, sehr zufrieden sind, wie diese letzten vier Stunden da im Landtag gelaufen sind, obwohl sie gemerkt haben, daß die Protestformen außerhalb des Landtages um einiges dynamischer waren als das, was da herinnen war.

„Appell der Studierenden und Lehrenden an den Steirischen Landtag: Spart die Uni nicht zutode! Die geplanten Sparmaßnahmen stellen eine massive Bedrohung für die universitäre Lehre und Forschung dar. Der freie Hochschulzugang wird durch sozial völlig unausgewogene Belastungen in Frage gestellt. Ein De-facto-Numerus-Clausus und Ausbildung im Schnellsiedeverfahren, würden die Universitäten als Ort gesellschaftlicher Weiterbildung und kritischer Reflexion verunmöglichen. – Und übrigens auch als Ort, wo man Fronten abschaffen kann und wo man Bündnisse schließen kann, in dem Sinn, wie es vielleicht, aber ich bin mir nicht ganz sicher, Genosse Gennaro vorher gemeint hat. Aber wie gesagt, bei ihm bin ich mir diesbezüglich nicht ganz sicher. – Zahlenmäßig kleine, aber nichtsdestotrotz wichtige Institute und Studienrichtungen sehen sich zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes nicht mehr imstande, sollte das geplante Sparpaket verwirklicht werden. – Exkurs am Rande: In Graz wäre das das Institut für Sprachwissenschaften, in Graz wäre das auch die Slawistik. Und da

möchte ich einfach den großen Ruf nach der Öffnung Richtung Osten mit einbringen. Wie sollen die Leute kommunizieren, wenn sie es nicht einmal schaffen, in Österreich Zugang zu einer guten Ausbildung für slawistische Sprachen zu haben? Das ist nur ein ganz kleiner Bereich. – Ganz allgemein würden die Kürzungen im Bereich der Lehre einen Qualitätsverlust an den Universitäten nach sich ziehen, den sich Österreich nicht leisten kann.

Wir fordern daher die Abgeordneten auf – und das ist jetzt noch einmal die außerparlamentarische Definition von dem, was wir als Beschlußantrag eingebracht haben, wenn Sie so möchten –, sich gegen einen solchen Anschlag auf die Universitäten und ihre Angehörigen zu verhalten!

Wir appellieren an die Abgeordneten, den Protest der Lehrenden und Lernenden zu unterstützen: gegen die Streichung der Freifahrt, gegen die Koppelung der Familienbeihilfe an die Mindeststudiendauer plus zwei Semester – mich würde interessieren bei den Regierungsmitgliedern mit akademischem Titel, wie viele von ihnen es geschafft haben, in der Mindeststudiendauer ihr Studium zu absolvieren“ (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich nicht!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben unsere Fahrten selber bezahlen müssen!“), – „besonders dann, wenn sie frühzeitig angefangen haben, sich politisch zu betätigen, was ich als Bürger- und Bürgerinnenrecht verstehen würde –, gegen die geplanten Einsparungen von Lehraufträgen im Umfang von einem Drittel der bisherigen Mittel, gegen die vorliegenden Entwürfe zum Gehaltsgesetz und zum Bundesgesetz zur Abgeltung der Lehr- und Prüfungstätigkeit, für die sofortige Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen mit allen Betroffenen.

Wir fordern die Abgeordneten auf, ihr Möglichstes zu tun, um die universitäre Lehr- und Forschungstätigkeit für die Zukunft zu sichern und den freien Hochschulzugang zu bewahren.“

Das waren jetzt die einleitenden Worte für den Beschlußantrag, der nachher abgestimmt wird. Und ich fordere jetzt besonders ÖVP und SPÖ auf, auf diesen Antrag draufzugehen und ihn zu unterstützen. Danke! (13.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

Abg. Purr (13.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe meinen Vorrednern sehr gut zugehört. Ich freue mich über die gelungene Jungferrede des Kollegen Wiedner, mußte aber dann feststellen, daß eigentlich die Kollegin Hartinger da anderer Meinung ist. Während er in den Vordergrund stellt die Betriebe, die kleineren und mittleren, schwebt die Frau Kollegin Hartinger wohl meiner Ansicht nach weit über den Wolken, denn es ist eines nicht zu übersehen, was wir vor allem brauchen, neben all der Bildung, sind Menschen, die in praktischen Berufen eine gute Ausbildung haben und darüber hinaus noch die Möglichkeit haben, sich ständig weiterzubilden. Ich bin in größter Sorge, wenn wir in diese praktischen Berufe blicken, daß wir eines Tages dort sind, daß wir uns den Mechaniker, den Spengler und den Dachdecker nicht

mehr leisten können, weil es nur mehr ganz wenige sind, die verständlicherweise zu höchsten Löhnen nur bereit sind, diese Arbeit zu vollführen, während mir an der Tankstelle, so es noch eine Bedienung gibt, wahrscheinlich die Frau Magister das Benzin in den Tank füllen wird. Und da, glaube ich, ist es wirklich notwendig, besonders die Bedeutung der praktischen Berufe im wirtschaftlichen Bereich hervorzuheben.

Zum anderen, was das Wirtschaftsklima betrifft, da hat das Land Möglichkeiten. Und da halte ich es mit Paierl, der sagt, der Politiker schafft die Rahmenbedingungen, ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß das Klima stimmt, soweit das Land das kann, und daß der Politiker selbst keine Arbeitsplätze schaffen kann. Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in Zukunft so sein, denn das Klima kann im Land wesentlich beitragen, aber natürlich ist dafür ausschlaggebend der Bund, denn dort werden auch die wesentlichsten Gesetze, die das Wirtschaftsleben beeinflussen, und jetzt sage ich nicht nur Abschreibmöglichkeiten, Investitionsvorhaben, sondern alles, auch sämtliche Lohnkosten, werden dort beeinflußt. Und bitte, beschränken wir uns nicht darauf, daß wir immer wieder nur von den Lohnnebenkosten reden. Das ist ein Schlagwort geworden, das ist eine Hülse. Wir müssen das Kind beim Namen nennen.

Frage eins: Stimmen die Gebietskrankenkassenbeiträge? Trotz der hohen Beiträge werden die Gebietskrankenkassen im Jahr 1996 in Österreich 3 Milliarden Schilling Defizit haben. Hier muß doch etwas geregelt werden. Hier stimmt doch etwas nicht. Wenn auf der anderen Seite wir feststellen, daß soundso viele Menschen Schwarzarbeit verrichten, nicht gemeldet sind, ja nicht deshalb, damit er etwas hintergeht, sondern deshalb, weil verschiedenes eben sehr teuer geworden ist. Ich denke auch in dem Zusammenhang an die großen Ferien, sie stehen bevor. Viele Studenten möchten arbeiten, möchten Praxis sammeln, Erfahrung sammeln. Es ist leider nicht möglich, weil es auch dort auf dem Gebiet nur starre Gesetze gibt. Ich könnte mir vorstellen, daß man zu einem Pauschalbetrag pro Monat einen Studenten sozialversichert unter der Voraussetzung einer befristeten Arbeitszeit. Aber da macht sich niemand Gedanken darüber. Das bleibt so. Und wenn wir von den Administrationen sprechen und von dem Kram, schau man sich einmal nur ein Anmeldeformular, ein Abmeldeformular der Gebietskrankenkasse an. Es ist haarsträubend, was dort abverlangt wird, obwohl die Personen von der ersten Stunde an dort ohnehin gespeichert sind und wir im Zeitalter des Computers ja uns das viel einfacher machen könnten. Keinerlei Änderungen.

Da halte ich es eben mit dem Kollegen Wiedner, daß ich sage, wir müssen Gesetze eben so ändern, daß es wieder Freude macht, in der Wirtschaft zu sein.

Eines muß aber noch hinzugefügt werden. Natürlich hängt es in einem hohen Maß davon ab, wieviel derjenige, der selbständig werden will, an Eigenkapital hat. Dort ist die Schwierigkeit römisch Eins.

Zweitens: Jeder Beginn bedeutet Risiko und bedeutet auch das Aufbringen von Risikokapital: Und das ist sehr oft viel zu teuer. Vielleicht ist das ein Ansatzpunkt, den wir sowohl auf der Bundesebene wie auch auf der Landesebene fordern müßten.

Darüber hinaus kann es ja nicht so sein, daß zum Beispiel der Insolvenzentgeltabfertigungsfonds einzig und allein von den Unternehmern gezahlt wird, selbstverständlich nur von diesen und von Tausenden kleinen Unternehmen in Österreich, die niemals darauf Anspruch erheben können, wie große Betriebe.

Und was die Wirtschaftsförderung betrifft, und da bin ich, glaube ich, beim Tagesordnungspunkt, so bedeutet sie wirklich für das Land jeweils ein großes Risiko. Egal, ob es sich dabei um einen Zinszuschuß einerseits handelt oder andererseits um einen Kredit. Das ist Risiko, und die Bereitschaft des Landes ist Gott sei Dank gegeben, vielen auf die Sprünge zu helfen, Standorte plötzlich möglich zu machen. Wie wäre sonst ein Euro-Star bitte in den Raum Graz gekommen? Wie wäre sonst Graz Österreichs Autohauptstadt geworden, wenn es nicht das Land gegeben hätte, und auch den Bund natürlich, der mitgeholfen hat, diesen Standort hier zu sichern?

Ich glaube, wir brauchen die Großen, und wir brauchen auch die vielen, vielen Kleinen, die für diese Infrastruktur landauf, landab sorgen. Schwierig ist es, und es wird die Aufgabe unseres Wirtschaftslandrates sein, der guten Mutes ist und viel Punch für diesen Job mitgebracht hat, daß man natürlich auch den Weg der Klein- und Mittelbetriebe zu gewissen Förderungen erleichtert. Es kann nicht so sein, daß es sich die Großen durch ihr Management einfach besorgen lassen und die Kleinen die Flinte ins Korn werfen.

Lassen Sie mich auch noch ein Letztes dazu sagen. Dieser Tagesordnungspunkt, um den es eigentlich geht, gewährte Darlehen, Investitionsdarlehen in nicht rückzahlbare Förderungen zu verwandeln, das ist ein typisches Zeichen eigentlich dafür, daß Wirtschaftsförderung immer Risiko ist. Das werden wir auch in Zukunft nicht ändern. Nur wenn wir die Impulse auch von Landesseite setzen, dann wird es ohne Risiko, meine Damen und Herren, auch in Zukunft nicht gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (13.35 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Gennaro!

Ich kann dir versprechen, daß ich nicht mit derselben Schärfe auf deine schon verständlichen Emotionen hier antworten werde. Aber mich deprimiert, daß du hier im Landhaus alte Klassenkampfpapieren wieder ausgräbst, von denen wir geglaubt haben, daß sie überwunden sind. Und eigentlich ist es ein Armutszeugnis, daß wir heute nicht wie selbstverständlich dieses Thema Sparpaket, dieses Thema Studenten- und Hochschuldemonstrationen hier behandeln. (Abg. Vollmann: „Martin, entschuldige, spiele nicht verrückt!“)

Bitte? Ich spiele nicht verrückt.

Wir haben eine dringliche Anfrage eingebracht über die brisante Situation auf den Hochschulen. (Abg. Vollmann: „Die einen gehen auf die Straße und schreien, die anderen ertragen es und sagen, es ist notwendig!“)

Über das Wegnehmen möchte ich dir schon etwas entgehenhalten. Ich finde halt, wenn Studenten durch

die Streichung der Fahrtenbeihilfe, durch diese Problematik der Anbindung wegen der Studiendauer, also wegen der Familienbeihilfe und, und, die Streichung für die Hochschulassistenten – mir ist schon klar, daß das für euch ein willkommener Anlaß ist, euch jetzt als Vertreter der gesamten Arbeitnehmerschaft in der Steiermark aufzuspielen. Ich kenne die Tabellen, und weißt du, was mich am meisten erschüttert? (Abg. Vollmann: „Studiendauer bei den Architekten zehn Jahre!“)

Weißt du, was mich am meisten erschüttert bei diesem Sparpaket? Daß beispielsweise die, die 100.000 Schilling im Monat haben, prozentmäßig fast am wenigsten, mit Ausnahme der ganz niedrigen Einkommensbezieher, einbüßen. Und wenn da die Sozialdemokraten sitzen, sogar der Bürgermeister Stingl hat diesen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag ist ja weit und breit diskutiert worden. Es gibt einen einstimmigen Parteitagbeschuß der SPÖ, daß man die Solidaritätsabgabe hätte einführen müssen. (Abg. Vollmann: „Da sind wir einer Meinung!“) Ja, und warum ist sie nicht gekommen? Weil die ÖVP zum Teil am Anfang gesagt hat, nein, das können wir nicht, wir wollen keine zusätzlichen Belastungen, wir wollen keine zusätzlichen Steuern. In Wirklichkeit sind ja manche Steuern eingeführt worden. Aber ich persönlich kann nicht begreifen, daß die SPÖ so leicht bereit war, diese Solidaritätsabgabe – und ich glaube, Kollege Flecker, du wirst mir da auch zustimmen –, die manches Problem gelöst hätte, weil das eine gerechte Abgabe ist, fallenzulassen. Sogar die CDU – und das muß ich den Herren der ÖVP sagen – in Deutschland war bereit, die Kosten der Wiedervereinigung mit einer zwar befristeten, aber doch festgelegten Solidaritätsabgabe zu meistern. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wiedervereinigung ist etwas anderes als Budgetlöcher zu stopfen!“)

Bitte? Nein, aber es wäre einfach eine Möglichkeit gewesen. Um die Budgetlöcher zu stopfen, wäre es das einfachste gewesen, diese Solidaritätsabgabe einzuführen. Und hier jetzt, Kollege Gennaro, so zu tun, als ob die Studenten völlig unmotiviert hier im Landtag demonstrieren. Ich habe selbst auch zwei Kinder, die studieren. Ich will jetzt hier kein Klagegedicht vorbringen, auch ich diskutiere mit meinem Sohn über die Kosten des Studiums, wobei ich sagen muß, daß ich nicht einer bin, der jetzt deswegen Probleme bekommt. Es ist ja bekannt, was wir alle verdienen. Dennoch wissen wir, und alle jene wissen es, die Kinder haben und studieren, daß das eine Belastung ist. Es gibt auch viele, die in einem Einkommensbereich sind, wo es wirklich Probleme gibt. Und eines muß man auch sagen, wir beklagen immer die mangelnde Forschungs-, Innovationsbereitschaft in der Steiermark und die mangelnde Bereitschaft, Wissenschaft, Forschung auf einen Nenner zu bringen. Ich finde halt, daß man hier bei der Jugend spart. Und das habt ihr ja selber zugegeben, bei der Jugend, bei der Familie, bei den sozial Schwächeren. Wenn ich daran denke – und das will ich nicht wieder aufwärmen –, welcher Brief vor den Nationalratswahlen ausgeschickt worden ist, der natürlich von der Strategie her und von der Wahlkampf-führung her ein Meisterstück war, indem man den Leuten Angst eingeredet hat, daß man den Pensionisten gesagt hat, wenn ihr SPÖ wählt, sind eure

Pensionen garantiert. Manche Gewerbspensionisten und Bauernpensionisten haben damals rot gewählt, weil sie den Worten des Bundeskanzlers geglaubt haben. Aber ich – und da bin ich schon fertig zu diesem Thema –, Kollege Gennaro, bin eigentlich erschüttert, wenn man hier jetzt Studenten gegen Arbeiter und Arbeiter gegen Studenten ausspielt. Ich muß dir sagen, wie ich vor ein paar Wochen durch die Herrengasse gegangen bin – (Abg. Dr. Flecker: „Martin, das tut ihr, indem ihr partikuläre Interessen vertretet!“) Du nein, wir haben nicht partikuläre Interessen vertreten. Wir haben die Situation auf den Hochschulen zum Anlaß genommen, eine dringliche Anfrage einzubringen, die ist von euch nicht unterstützt worden. Wir haben auch einen Beschlußantrag – (Abg. Gennaro: „Den Protest akzeptiere ich, es ist nur die Frage, wie. Es ist keine Kultur, hier zu singen und nicht aufzuhören, wenn der Präsident ersucht aufzuhören!“) Also mir hat es gefallen. Ich bin eben nicht so musikalisch wie du.

Aber, Kollege Gennaro, wir sind stolz darauf, daß die Studenten uns als Unterstützung hier betrachten. Wir können euch nur auffordern oder auch bitten, daß auch ihr die Anliegen der Studenten unterstützt, ohne Angst zu haben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber nicht in der Form, bitte. Da gibt es bessere Möglichkeiten!“)

Natürlich ist festzustellen, daß Studenten eine andere Form haben, sich zu artikulieren oder sich auszudrücken, als andere Berufsgruppen. Ich würde das jetzt nicht so als dramatisch empfinden. Sie haben schön gesungen, vielleicht habe ich nicht so ein geschultes Ohr wie der Kollege Gennaro oder wie andere von dieser Seite. Aber ich muß sagen, ich habe dem gerne zugehört, und ich finde, das hat zur Belebung unserer Arbeit beigetragen und auch dazu, daß ein bißchen musikalische Stimmung in die Landstube hereingekommen ist. (Abg. Riebenbauer: „Deine Meinung!“) Kollege Riebenbauer, wenn du als Bauer vielleicht nicht so gerne singst, hättest ja zuhören können. (Abg. Riebenbauer: „Singen tu ich gerne, aber dir zuhören weniger!“)

Du brauchst mir eh nicht zuhören. (Abg. Tasch: „Es hat nicht jeder so leicht vier Stunden übrig!“) Du, ich will jetzt keine Landwirtschaftsdebatte führen. Ich habe vor kurzem vor dem Schweinemastring geredet, also so weit weg bin ich nicht von den Anliegen der Bauern. Ich habe dort nicht gesungen, ich habe dort diskutiert. (Präsident Dr. Strenitz: „Darf ich die Damen und Herren wirklich bitten, zum Tagesordnungspunkt 3 zu sprechen. Das gilt auch für den Redner!“)

Herr Präsident, ich habe auf die Ausführungen des Kollegen Gennaro geantwortet. Ich entschuldige mich natürlich in aller Form, daß das vielleicht eine Minute zu lang war.

Ich möchte zum Thema noch kurz etwas sagen, es ist ja schon sehr viel behandelt worden. Ich persönlich sehe die Aufgabe der Wirtschaftsförderung darin, Menschen, die bereit sind, Unternehmer zu werden, zu helfen. Und eines stelle ich auch fest und ist festzuhalten, daß natürlich – und es war in Österreich ja auch lange durch die regierenden Vorschriften der Handelskammer eine gewisse Beeinträchtigung – ein gewisser Formalismus da ist, der zu denken gibt. Was die Lohnkosten und Lohnnebenkosten betrifft, Kollege Gennaro: Daß die Krankenkassen und Sozialversiche-

rungsträger in Österreich einen derartigen Milliarden-schuldenstand aufweisen, da kann man sich nicht darauf hinausreden, daß das die Wirtschaftssituation alleine gewesen ist. Natürlich spielen dort bei den Beiträgen wirtschaftliche Kurven eine gewisse Rolle.

Aber wie ich dann am Sonntag – und damit bin ich schon fertig – den Leuthner gehört habe, wo er mehrmals gefragt worden ist, ja, habt ihr das nicht absehen können, die letzten Jahre waren insgesamt derartige Defizite, ja, wenn das bei einem Betrieb passiert, dann seid ihr die ersten, die sagen, das war fahrlässig, das hätte man voraussehen müssen. Aber ich halte das für mehr als dramatisch und für diesen Staat mehr als beunruhigend, wenn eine zwar sozialpartnerschaftliche Einrichtung; aber das ist ja kein Unternehmen, das ein Risiko hat, die können damit rechnen, ungefähr, was kommt an Einnahmen herein, und dann weiß ich die Ausgaben, und dann sage ich, wenn drei Jahre schon das Defizit sich abzeichnet, ich kann nichts dafür, und jetzt müssen wir gegensteuern. Das ist sicherlich mehr als beunruhigend, und ich glaube halt, daß wir die ganze Frage Lohnnebenkosten, Lohnkosten, auch die Frage der Sozialversicherungsträger, wie sie derzeit geführt werden im Rahmen der Sozialpartnerschaft, überdenken muß. Und wenn das Land jetzt Förderungen in den Rauchfang schreibt, ich glaube, das wird immer passieren. Vor dem wird man sich nie schützen können, so wie es in der Wirtschaft immer passieren wird, daß Firmen pleite gehen und andere wieder neu entstehen. Es ist nur die Frage, wie viele das sind. Und eines wird halt auch nicht sein. Auf der einen Seite wird von den Lohnnebenkosten immer wieder gesprochen, und auf der anderen Seite sind wir froh, daß entsprechende Löhne gezahlt werden. Das ist halt eine Problemstellung, die nicht unbedingt so leicht zu lösen sein wird.

Und ein Letztes. Wenn man von Arbeitsplätzen spricht, die verlorengegangen sind oder die auch auf der anderen Seite wieder geschaffen werden können, warum führt man nicht endlich diese Ökosteuer ein, wo man Arbeit entlastet, das heißt also, daß der Unternehmer, der Arbeitskräfte einstellt, entlastet wird, und der, der Maschinen anschafft, wird belastet. Wir haben noch immer das umgekehrte System, daß die Arbeitskräfte von der steuerlichen Seite her zu sehr belastet sind und daß der Unternehmer im Zweifel eher in Maschinen oder Computer investiert, aber nicht umgekehrt. Daher bitte ich, wir sind nicht an der Macht, wir haben da auch nicht das entscheidende Sagen, aber daß man endlich in Wien von der Regierungsseite, von der Koalitionsseite her diesen Schritt setzt. Weil wenn wir diesen Schritt setzen – ich glaube, Kollege Vollmann, ihr werdet mir da recht geben –, daß man die Arbeit entlastet, dann bin ich sicher, daß auch für das Land manche Förderung leichter wird und insgesamt für die wirtschaftliche Situation einiges zum Besseren sich wenden könnte. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 13.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Prutsch (13.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Offensichtlich gibt es jetzt einen Tagesordnungspunkt „Buntes Allerlei“. Ich werde also versuchen, einige wenige Anmerkungen noch aus meiner Sicht zur arbeitspolitischen Situation und letztlich auch zur wirtschaftlichen Situation der Steiermark zu machen.

Die Steiermark, und das ist, glaube ich, unbestritten, hat derzeit ein reales Arbeitsplatzdefizit von rund 50.000 aufzuweisen. Uns allen ist klar und bewußt, und alle wissen es hier im Haus, daß es eine Verschärfung der Wirtschaftslage tatsächlich gibt und daß es letztlich auch zu einer gewaltigen Polarisierung am Arbeitsmarkt kommt, nicht nur zu einer Polarisierung von Meinungen hier im Hohen Haus.

Die Rationalisierungsprozesse in der Industrie werden bis zum Exzeß vorangetrieben, sehr vieles ist dort schon passiert, und sehr vieles wird noch geschehen. Naturgemäß ist damit ein Rückgang von Arbeitsplätzen zu verzeichnen, das heißt, schlichtweg auf der Strecke bleiben die Arbeitnehmer. Übrig bleiben nach einem derartigen Prozeß nur die Topqualifizierten, das heißt all jene, die bestens ausgebildet sind und auf der anderen Seite voll und ganz leistungsfähig sind. Und ein zweiter Teil ist ganz einfach ein austauschbarer Rest. Den kann ich jederzeit und beliebig austauschen, nach dem Motto „hire and fire“ werden also die Leute ganz flexibel verwaltet. Die Flexibilisierung der besonderen Art hat sich in der Steiermark bereits sehr stark durchgesetzt. Nur eine Zahl dazu: 61 Prozent aller Arbeitslosen beginnen wieder beim selben Dienstgeber. Und da würde man verlockt sein zu sagen, das sind eigentlich die Kräfte aus der Bauwirtschaft oder dem Fremdenverkehrsgewerbe. Das stimmt nicht mehr. Mittlerweile sind alle Branchen davon betroffen. Das geht vom Handel über Dienstleistung bis zu den technischen Berufen. Diese Flexibilisierung sollten wir nicht aus dem Auge verlieren. Man muß nämlich davon ausgehen, daß die Arbeitskräfte auf Kosten der öffentlichen Kassen eingeparkt werden und bei Bedarf dann wieder abgerufen werden.

Das Hoffen auf ein Wirtschaftswachstum und damit verbunden auf eine Zunahme in der Beschäftigung, das ist, glaube ich, ein hoffnungsloses Unterfangen. Wir mußten in den letzten Jahren feststellen, daß Wirtschaftswachstum nicht zugleich verbunden ist mit einer Zunahme an Beschäftigung.

Bezahlte marktfähige Arbeit wird immer weniger. Und es wird auch immer schwieriger, in den Arbeitsprozeß einzutreten, das heißt, einmal draußen, nahezu immer draußen. Ältere müssen länger arbeiten oder sollen länger arbeiten, und rationalisiert muß ohne Rücksicht auf Verluste werden, mit dem Erfolg, daß es eigentlich Junge immer schwerer haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Ich möchte ein Zitat verwenden von Hans Kaiser vom Arbeitsmarktservice Steiermark, der die Situation mit Hamstersyndrom beschrieben hat und meint, jene, die in Beschäftigung sind, arbeiten auf Teufel komm heraus, die laufen im Radl, wie der sprichwörtliche Hamster, und der Rest, der draußen ist, der kommt eigentlich nicht mehr in dieses Rad hinein. Wenn wir glauben, daß wir mit den freien Marktmechanismen diese Probleme lösen werden, dann sind wir schlecht beraten. Hier wird es notwendig sein, daß die öffentliche Hand, aber zuletzt natürlich auch das Land Steiermark, Initiativen setzt,

um diesen Prozeß zu durchbrechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jahresarbeitszeitmodelle für Saisonberufe, Arbeitsteilung, Flexibilisierung, Arbeitszeitverkürzung oder Neubewertung von Arbeit sind nur einige wenige Schlagwörter, die Lösungsmöglichkeiten ankündigen.

Fraglich ist für mich, wann tatsächlich etwas passiert, wo wir konkrete Ansätze finden, daß wir Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Ich glaube, die Zeit drängt, und die Probleme sind wirklich drückend. Kurt Gennaro hat das sehr emotional bewegt gesagt, aber er hat recht gehabt damit. Es ist ein Leichtes, betroffene Arbeitslose oder Menschen aus den Betrieben auch hierher ins Hohe Haus zu bringen – praktisch zu demonstrieren – und die Probleme aus ihrer Sicht zu unterstreichen. Wir sollten sehr sorgsam mit diesen Dingen umgehen, und wie groß die Problematik ist, das beweisen die offiziellen Statistiken.

Die Zahl der Beschäftigten ist in der Steiermark wieder zurückgegangen, um 2199 weniger Beschäftigte als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen hingegen ist mit 52.208 um sage und schreibe 8 Prozent höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote hat um 0,9 Prozent weiter zugenommen, und wir liegen bereits bei 11,7 Prozent.

Ein anderer Aspekt. Oft wird die Qualifikation, die zusätzliche Qualifikation als alleiniger Problemlöser dargestellt. Meiner Meinung ist diese Qualifikationsfrage nur bedingt gültig. Ganz einfach erklärt: Aus der täglichen Praxis heraus weiß ich das, es gibt einfach eine Vielzahl von Menschen, manche sagen gottgewollt, wo es nicht gelingen wird, sie soweit zu qualifizieren, um sie in den vielpropagierten Hightech-Produktionen beschäftigen zu können.

Es wird also eines der Hauptprobleme überhaupt sein, Beschäftigungsträger für diese Menschen zu schaffen. Momentan werden nur jene, die olympiareif sind, Beschäftigung finden und aus dem Problembereich Arbeitslosigkeit herauskommen. Die Zielsetzungen der Wirtschaftsförderung werden in Zukunft auch daraufhin abgestimmt werden müssen, daß man dem Faktor Beschäftigung besonderes Augenmerk zubilligt. Unsere Anträge und Initiativen in diese Richtung unterstreichen meine Aussage hier. Die Entwicklung der Lehrlingsausbildung, das scheint hier offensichtlich überhaupt keine Frage zu sein, zwingt uns ebenfalls zum Handeln. Nur zwei Zahlen: 1988 waren noch 26.655 junge Menschen als Lehrling in der Steiermark beschäftigt, im Vorjahr waren es nur mehr 20.358. Ich glaube, ohne umfangreiche Änderungen im Berufsausbildungssystem, ohne gesetzliche Maßnahmen wird dieser Niedergang nicht zu stoppen sein. Und das, glaube ich – und da dürften wir uns einig sein –, ist nicht gut für die Steiermark.

Lösungsansätze für verschiedene Probleme sind hinlänglich bekannt. Nur eigentlich – ich habe das gestern in einer Diskussion festgestellt – empfindet es die Bevölkerung so, daß in den letzten Jahren für die Lösung dieser Probleme nicht wirklich substanziiell etwas passiert ist. Vielen Entwicklungen am Arbeitsmarkt steht man offensichtlich ratlos und letztlich tatenlos auch gegenüber. Und aus der Ratlosigkeit heraus – und das stellen wir nicht nur am Biertisch, sondern auch in öffentlichen Diskussionen und auch in den Medien immer stärker fest – meinen manche, daß

man mit der Bekämpfung der Arbeitslosen letztlich auch möglicherweise die Arbeitslosigkeit bekämpfen würde.

Meine Damen und Herren, wir haben alle die verdammte Pflicht, hier endlich an einem Tisch zu sitzen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, und nicht nur Lösungsvorschläge zu erarbeiten, sondern auch endlich Taten zu setzen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zum FPÖ-Beschlußantrag, warum meine Fraktion diesem Beschlußantrag nicht zustimmen wird. Erstens sind wir der Meinung, daß Sie mit Ihrem Beschlußantrag eigentlich der Entwicklung hinten nach sind, die SPÖ hat in den letzten Wochen und Monaten sehr wesentliche Schritte und richtige Schritte bereits gesetzt. Ich möchte es so beschreiben, Otto Heibl hat einmal gemeint, nicht nur reden, sondern Taten setzen. Wir haben bereits in der ersten Sitzung auf eine Bauinitiative Steiermark gesetzt, wir haben eine Beschäftigungsoffensive dokumentiert, auch gegenüber der Presse, und entsprechende Schritte eingeleitet. Wir haben auch ein Beschäftigungsförderungsgesetz ausgearbeitet und auch Anträge hier im Hause eingebracht. Darüber hinaus wird das Infrastrukturprogramm mit 2,5 Milliarden sehr positive und wesentliche Beschäftigungseffekte bereits schaffen. Heute am Vormittag mußten wir zum Thema Blumau feststellen, daß das Stimmverhalten der FPÖ ein geteiltes war. Ein Teil hat gegen die Förderung gestimmt, wohl wissend, daß damit verbunden die Baueinstellung droht und daß damit weitere Arbeitsplätze, so wichtige und notwendige Arbeitsplätze, in der Steiermark gefährdet werden würden. Die FPÖ hängt sich jetzt hinten an, wir sind voraus. Daher sehen wir jetzt momentan keinen Grund dafür, diesem Beschlußantrag beizutreten. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 13.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (13.59 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte natürlich auch die Gelegenheit nutzen anlässlich einer kleinen Wirtschaftsdebatte, die sich hier – von mir auch grundsätzlich positiv bewertet – entsponnen hat, einige Dinge zu beantworten, die aufgeworfen wurden zum einen, und zum anderen auch ein paar Positionen bekanntzugeben. Ich glaube, daß Sie auch ein Recht haben darauf, daß der Wirtschaftsreferent in der Landesregierung anlässlich eines Stückes, das von der Landesregierung aus meinem Ressort hier eingebracht wurde, das eine oder andere anzumerken. Und dies insbesondere in Zeiten, wo die Frau Kollegin Zitz – und sie war hier die erste, die hier den Zusammenhang hergestellt hat, und ich sehe ihn schon auch, und ich glaube nicht, daß irgend jemand im Hohen Hause diesen Zusammenhang nicht sehen würde. Nur, meine Damen und Herren, auch Verständnis habend für die parlamentarische Emotion – und das ist gut so – eines Kurt Gennaro, wenn er sagt, hier gibt es eben gewissen klassenkämpferischen Ansatz.

Frau Kollegin Zitz, das Problem, das wir alle miteinander haben werden, und da werden wir gut beraten

sein, hier einige Besonnenheit an den Tag zu legen, ist, daß es in Richtung Auseinandersetzung des geschützten Sektors gegen den ungeschützten Sektor, den hat Kollege Gennaro angesprochen, das heißt jene Arbeiter, Angestellte, auch Manager, die im Wettbewerb stehen, die im Export stehen, die im sogenannten exponierten Sektor tätig sind und – und das wird dann in öffentlichen Verhaltensweisen durch Demonstrieren und so weiter zum Ausdruck gebracht – sich das eben nicht leisten können, aber schon auch auf die Straße gehen, wenn es darum geht, ihre Interessen wahrzunehmen. Das heißt, ich glaube, daß wir gut daran täten als Politiker, welcher Richtung wir auch hier angehören, uns darauf einzustellen, daß dieser Verteilungskampf um weniger Ressourcen, um knappere Mittel – und da sind ja auch die Hochschulprofessoren angesprochen, die da oder dort meinen, sie sind ja nicht aus Jux und Tollerei auf der Straße –, daß sie schon auch nachdenken, wo das hinführen kann, wo das hinführen wird, wenn wir solche Polarisierung von uns aus versuchen, mit politischem Kleingeld umzusetzen.

Ich habe mir deswegen erlaubt, einigen Debattenrednern hier, die mir besonders aus dem Herzen gesprochen haben – um das auch mit auf die Reise zu geben – aus dem Wirtschaftsressort fünf Grundsätze für unser Handeln relativ rasch festgelegt, und ich bin hier auch auf sehr umfangreiche Studien, zu denen ich mich – und Herr Wiedner hat vollkommen recht, wenn er mich zitiert, daß ich gesagt habe „wir werden jetzt nicht mehr weiter studieren“, und hier sehe ich mich ja auch in Übereinstimmung mit vielen Rednern hier, wir werden umsetzen! Und zwar werden wir auch schauen müssen, daß wir die Umsetzungsschnelligkeit, die Entbürokratisierung, eben diese Rahmenbedingungen, von denen jeder geredet hat, auch der Kollege Günther Prutsch zum Schluß, daß wir das schaffen. Das ist unsere Aufgabe. Nicht allein in der Landesregierung, nicht allein in diesem Hohen Haus, sondern hier wird sehr vieles auch auf bundespolitischer Ebene und zum Teil heute schon für uns auch in Brüssel zu erledigen sein. Da bitte ich um Ihre Solidarität, die geht großteils ohnedies verloren, und da sind auch einige sehr richtige praktische Hinweise gefallen, daß – Hans Kaiser ist zitiert worden mit dem Syndrom des Hamsters –, also die, die Jobs haben, die, die Arbeit haben, das immer schneller machen, immer mehr Überstunden, und die, die nichts haben, werden von denen auch ausgegrenzt. Ist auch eine große Fragestellung für die Gewerkschaft, ich habe das selbst miterlebt in einem nicht unbedeutenden Unternehmen dieses Landes, daß das ein Phänomen ist. Auch die, die Pensionszusagen haben, die bleiben darauf sitzen, und ja nichts weggeben. Und ich glaube, daß es wenig Sinn hat, in alten parteipolitischen Kanälen zu bohren. Das sind neue Fragestellungen, das sind neue Herausforderungen.

Zu Gennaro darf ich schon auch noch grundsätzlich sagen, daß das, was Sie an Veränderung gefordert haben und hier auch eingebracht haben, das findet statt, selbstverständlich. Wenn wir von der Wirtschaft, wenn wir von den Unternehmungen, auch von den Arbeitnehmern dort, die Sie als Gewerkschafter vertreten, Veränderung tagtäglich fordern, dann wird das wohl von uns im geschützten Sektor, nicht die Politiker

meine ich, sondern die Administration, auch zu verlangen sein, daß sich dort auch etwas ändert, und zwar rasch. Wir werden, ohne hier Arbeitsplätze freizusetzen oder Arbeitskräfte hier freizusetzen – das ist ja der Vorteil des öffentlichen Sektors –, doch sehr wichtige Reformen in diesem Jahr noch, nachdem ja auch die Förderungsrichtlinien der Wirtschaftsförderung per Ende dieses Jahres auslaufen, zu bewerkstelligen haben. Und auch die Bedingungen, die Sie genannt haben, Sie haben ja hier gleich als erstes AVL genannt und auch in Richtung Mag. Hartinger gesprochen. Na selbstverständlich, das ist ja ein Erfolgsfall, wo abgeschrieben wird, weil die 700 Arbeitsplätze, die bedungen wurden, die auferlegt wurden, die erreicht wurden und sogar überschritten wurden. Also da kann man guten Herzens dann von einem Darlehen auf eine nicht rückzahlbare Beihilfe gehen.

Ich würde meinen, das ist ein Erfolgsfall und ein Glücksfall einer gelungenen Wirtschaftsförderung.

Ganz grundsätzlich auch noch zu den Ausführungen des Kollegen Wiedner in seiner Jungferrede. Na selbstverständlich, das wissen wir, das haben die Materialien zum Wirtschaftsleitbild dieses Landes gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, von Frau Landeshauptmann als meiner Vorgängerin im Ressort noch beauftragt, ja ergeben. Das ist unser Arbeitskräfte- und Arbeitsplatzpotential. Hier müssen wir schauen, daß hochwertige – es geht also weniger um die unteren Chargen sozusagen, sondern um die hochwertigen – Arbeitsplätze kreiert werden können. Aber nicht die Politik und auch nicht die Verwaltung, sondern da bin ich auf, wie Sie es auch gesagt haben, tüchtige Unternehmerinnen und Unternehmer angewiesen. Und das ist auch letztlich die Aktion, die seit einigen Wochen beworben wird, bestehendes Förderungsinstrumentarium neu zu vermarkten, an unternehmungswillige junge Steirerinnen und Steirer heranzutragen, damit dort Arbeit geschaffen wird.

Ich möchte nur noch auf einen Widerspruch, der für mich im Beschlußantrag der Freiheitlichen sehr deutlich geworden ist, hinweisen. Soviel Richtiges, und insbesondere die Frau Kollegin Hartinger hat hier in ihrem ersten Teil einen fundamentalen, einen grundsätzlichen management- und betriebswirtschaftlichen Ansatz gewählt, der wichtig und richtig ist, aber dann zu sagen, man wird gewisse Budgetstrukturänderungen, auch Reformmaßnahmen im Budget nicht machen können, da sehe ich den Widerspruch vor allem dort, wo ich ja nicht mehr die alte Politik vertreten kann, der Wirtschaft, auch der Bevölkerung, das heißt den Steuerzahlern durch fiskalische Leistungen, durch Abgaben mehr zu entziehen, um dann weniger zu leisten. Das geht sich nicht aus. Wir müssen, um weniger fordern zu müssen, natürlich auch bei den Maßnahmen, bei jenen Förderungstiteln, die wir haben, uns dreimal, viermal überlegen, ob wir diese Förderung auch aufrechterhalten.

Zum Kollegen Purr: Selbstverständlich im klein- und mittelbetrieblichen Bereich Substanz sichern. Eine der wesentlichen Grundsätze der steirischen Wirtschaftspolitik und Landespolitik schlechthin.

Und zu Martin Wabl, „Menschen“, ich habe es mir aufgeschrieben – wörtliches Zitat – „die bereit sind, Unternehmer zu werden, soll geholfen werden. Denen soll geholfen werden.“ Das ist der Slogan der bewor-

benen Aktion. In der Gründerwelle werden die Unternehmer. Genau das ist es, ihnen zu helfen, daß die Gefahr, daß sie abstürzen auf dem sehr schwierigen Weg, Unternehmer zu sein und Arbeit zu schaffen, so klein wie möglich gehalten wird und sie möglichst unbehelligt und unbeschadet den Weg zu Ende gehen können.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, zu Günther Prutsch. Ich zitiere hier Prof. Maurin aus einem Vortrag letztes Wochenende vor dem Club AB in Murau, wo er genau diese Problematik, wissenschaftlich sehr detailliert untermauert, dargestellt und darauf hingewiesen hat, daß das, was wir im Moment hier in Österreich bei den Studenten, vorher auch bei den Beamten, erleben und jetzt bei den Studenten, die auf die Straße gehen, ein laues Mailüfterl sein könnte, sein wird, wenn wir es nicht schaffen, das, was von uns gar nicht steuerbar – wenn ich sage von uns, Landesregierung, die neuen Kollegen unter der Leitung der Frau Landeshauptmann, und von Ihnen 56 – wird sein können, daß wir dieses Phänomen, das auf uns zusteuert, auch bewältigen können. Die Massenarbeitslosigkeit, Arbeitslosenraten, die über die 10 Prozent hinausgehen, und in bestimmten Regionen haben wir es ja jetzt schon, wo wir als Mahner, als Rufer auftreten müssen, alle miteinander meine ich, aus allen politischen Gruppierungen, um jenen Minensatz, der auf uns zuschwimmt, jene Sprengsätze möglichst zu entschärfen. Es wird da oder dort nicht ganz gelingen. Das heißt, die Harmonisierung von sozialen Pensionssystemen beispielsweise, aber auch die Arbeitszeitfrage, die Lebensarbeitszeitfrage, die Lebenseinkommensfrage muß von uns offen und ohne parteipolitische Blicke nach links oder nach rechts verantwortungsvoll bewältigt werden.

Und weil ich gerade verantwortungsvoll bewältigen gesagt habe, zu allerletzt, ich glaube, daß es der Landesregierung gelungen ist – letzte Woche, Sie werden es erst am 16. vom Finanzreferenten hier präsentiert kriegen –, ein Budget für zwei Jahre auszuhandeln, in sehr schwierigen Verhandlungen, es war ja auch Arbeit für zwei Jahre, ein Reformpaket, ein innovatives Paket, das einerseits strukturelles Sanieren auf der Ausgabenseite bedeutet, aber auch Beschäftigungsimpulse schaffen kann. Wir haben heute hier ja bereits im Ausschuß die Debatte um Blumau gehabt. Blumau ist diesbezüglich, bei all den Risiken und bei all den Schwierigkeiten, die wir auch sehen, ein Leitprojekt, weil es auch dort um Wegräumen von Hürden, weil es auch dort um unternehmerische Initiative und um Hilfe zur Selbsthilfe geht. Wir können nicht garantieren, daß wir nicht da oder dort wiederum zu Hilfe aufgefordert werden. Ich behaupte nicht, daß ich dann als Politiker erpreßt werde, sondern es geht letztlich um Strukturen, es geht auch um Substanz im steirischen Vermögen. Und wir glauben, daß wir deswegen auch richtigerweise in das Landesvermögen Bewegung, Mobilität hineinbringen müssen, damit diese Mittel ohne eine zusätzliche Ausweitung des Nettodefizites, das heißt der Verschuldung – hier müssen wir bei einer Milliarde stehenbleiben – zu verursachen, die zweieinhalb Milliarden in den nächsten Jahren aufzubringen sind. Blumau ist also ein Beispiel einer ganzen Liste von Projekten, die wir, die Sie zum Teil hier im Hohen

Haus auch schon beschlossen haben, die aber jetzt umgesetzt werden müssen. Und da möchte ich schon zitieren, was uns ein junger Lehrling – weil auch die Lehrlingsproblematik angesprochen wurde – am Ende der großen Lehrlingsenquete im Arbeiterkammersaal zugerufen hat, als ich um ein Statement gefragt wurde, „redets nicht so viel, handelt, tut es!“ Darum geht es, und darum möchte ich Sie auch einladen und bitten, hier mitzutun. (Allgemeiner Beifall. – 14.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir sind nunmehr am Ende der Rednerliste dieses Tagesordnungspunktes 3. Es liegen in der Summe drei Anträge vor. Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen: Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters, zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wábl, Dr. Brünner und Keshmiri, wobei mir mitgeteilt wurde, daß auch die FPÖ diesem Beschlußantrag beigetreten ist, und drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Wiedner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger, betreffend Arbeitsplatzverluste durch Budgetsanierung.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Keshmiri und Mag. Bleckmann die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Wiedner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Dieser Tagesordnungspunkt ist somit erledigt.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1614, bestehend aus dem Grundstück 653/4 mit darauf befindlichem Wohnhaus Übersbachgasse 32, Grundbuch 62212 Fürstenfeld, zu einem Kaufpreis von 1,090.000 Schilling für den Erweiterungsbau des Schülerheimes der Landesberufsschule Fürstenfeld.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.14 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage Einlagezahl 7/1 der Landesregierung, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1614, bestehend aus dem Grundstück 653/4 mit darauf befindlichem Wohnhaus in der Übersbachgasse in Fürstenfeld zu einem Kaufpreis von 1,090.000 Schilling für den Erweiterungsbau des Schülerheimes der Landesberufsschule Fürstenfeld.

Die Frequenz der Landesberufsschule Fürstenfeld ist gegenüber anderen Berufsschulen stets überdurchschnittlich und derzeit wieder im Steigen begriffen. Es

werden dort die Berufe Tischler, Tapezierer, Schuhmacher und Orthopädienschuhmacher ausgebildet. Das Schülerheim der Landesberufsschule, das unmittelbar an die Schule angeschlossen ist, hat im Vorjahr 1475 Schüler untergebracht, ist überbelegt, und es mußten 137 Schüler außerhalb des Internates in verschiedenen anderen Häusern untergebracht werden.

Diese Lösung ist unbefriedigend. Jetzt bietet sich für einen Zubau dieses Grundstück an, da der Liegenschaftseigentümer jetzt erst an einem Verkauf interessiert ist.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ankauf der Liegenschaft EZ. 1614 zu den vorgenannten Bedingungen wird genehmigt. (14.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung zu diesem Antrag liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben.

Somit einstimmig angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 232 und 467, Grundbuch 60403 Mariazell, an Gerald Weißenböck, Jutta und Paul Höller sowie Margarethe Weißenböck, alle wohnhaft in 8630 Mariazell, Heinschildweg 5.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (14.16 Uhr): Besagte Liegenschaft beziehungsweise Gebäude stehen im Besitz des Landes Steiermark zu zwei Dritteln und zu einem Drittel des Sozialhilfeverbandes Bruck an der Mur.

Es gibt ein Gutachten der Baubezirksleitung Bruck an der Mur vom 15. September 1993 beziehungsweise vom 7. Oktober 1994. Als Käufer ist eine Familie vorgesehen, die bereits das Objekt bewohnt. Durch den geplanten Abverkauf bleibt die Wohnversorgung dieser Großfamilie erhalten. Bei einem anderweitigen Abverkauf wären die jetzigen Bewohner von Obdachlosigkeit bedroht, da für ihre Unterbringung mindestens drei Wohnungen für vier Generationen erforderlich wären. Würde das nicht gekauft beziehungsweise verkauft werden, müßten in absehbarer Zeit größere Investitionen für Instandsetzungsarbeiten getätigt werden. Die Kaufwerber erklärten sich bereit, einen Kaufpreis in der Höhe des von der Baubezirksleitung Bruck eruierten Schätzwertes von 1,2 Millionen Schilling zu bezahlen. Anzahlung von 400.000 Schilling und in der Folge dann mit Ratenzahlung. Der Verkauf der gegenständlichen Liegenschaft liegt auch im überwiegenden Interesse des Landes Steiermark.

Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Zustimmung. (14.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt ebenfalls nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 6/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1994.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Kurt Tasch.

Abg. Tasch (14.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Tourismusbericht ist sicherlich einer der wichtigsten, weil er auch wirtschaftlich einen der wichtigsten Faktoren in unserem Land darstellt. Darum werde ich Sie mit dem Bericht ein bißchen länger beanspruchen, als es sonst meine Art ist. Ich werde eine Kurzfassung über den Tourismusbericht bringen.

1992 war das beste Jahr für den österreichischen und steirischen Tourismus. Das Jahr 1993 war der Beginn einer bis heute anhaltenden Rezessionsphase im Tourismus, die auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen ist. Zum einen ist es die Zurückhaltung der ausländischen Gäste in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, zum anderen sind es die Auswirkungen der Hartwährungspolitik beziehungsweise die Explosion der Billigreisen in den Süden oder nach Übersee. Erschwerend kommt hinzu, daß jeder zweite Österreich-Besucher älter als 50 Jahre ist, daß Österreich also ein nicht mehr zeitgemäßes, eher langweiliges Image hat. Dazu kommt die Mobilität der jungen Urlauber, die so etwas wie Stammbindungen an Urlaubsorte oder Urlaubsländer nicht kennen. Die Entwicklung des Tourismus in der Steiermark im Jahre 1994 ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig und beträgt zirka minus 0,9 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet dies ein Nächtigungsminus von zirka 80.000. Da insgesamt die Zahl der Touristen zunahm, bedeutet dies eine Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 4,83 Tagen im Jahre 1993 auf 4,75 Tage im Jahre 1994. Im Vergleich zum österreichweiten Minus von 3,7 Prozent ist die Steiermark 1994 mit einem blauen Auge davongekommen.

Wie bedeutsam der Tourismus als Wirtschaftsfaktor ist, geht daraus hervor, daß jeder Gast im Schnitt 877 Schilling pro Aufenthaltstag ausgibt. Insgesamt kommt dem steirischen Tourismus eine Bruttowertschöpfung von zirka 9,7 Milliarden Schilling im Jahre 1994 zu. Ich wiederhole: 9,6 Milliarden im Jahre 1994. Im Kalenderjahr 1994 gab es in der Steiermark insgesamt 7451 Tourismusbetriebe, die insgesamt fast 110.000 Fremdenbetten angeboten haben. Dies entspricht 9 Prozent aller österreichischen Fremdenbetten und Betriebe. Knapp 53 Prozent dieser Betten findet man im gewerblichen Betrieb, knapp 25 Prozent in Privatquartieren. Im Kalenderjahr 1994 waren 14.469 Arbeitnehmer in Beherbergungsbetrieben und Gaststätten tätig. Davon waren 2350 Lehrlinge, wobei insgesamt die Zahl der Beschäftigten im Tourismus leicht zurückgegangen ist. Die steirischen Betriebe haben übrigens die meisten Lehrlinge Österreichs im Tourismus beschäftigt. Im Wintertourismus besitzt die Steiermark 1994 7,2 Prozent Marktanteil, bei einem Plus von 0,4 Prozent. Insgesamt war das Winterhalbjahr 1993/94 die 14. Saison, in der Zuwächse im Tourismus zu verzeichnen waren. 59 Prozent der Wintertouristen stammen aus dem Binnenreiseverkehr, der Anteil ausländischer Gäste ist gesunken.

Alle Arten von Billigquartieren mußten Verluste hinnehmen, wobei in ganz besonderem Maße ausländische Gäste Billigquartiere gemieden haben. Drei-Stern-Betriebe konnten deutliche Zuwächse verzeichnen, Vier- und Fünf-Stern-Betriebe überdurchschnittliche Zuwächse.

Generell und zusammenfassend kann festgestellt werden, daß im Vergleich der touristische Index relative Qualität zur Preisposition die Steiermark bei den Inländern an erster, bei den Ausländern an zweiter und insgesamt an dritter Stelle aller österreichischen Bundesländer liegt. Allerdings ist in diesem Index trotzdem ein Verlust im Inländersegment von 0,2 Prozentpunkten hinzunehmen. Das bedeutet, daß die Position im touristischen Wettbewerb eine Tendenz zum Schlechteren aufweist. Ich bitte um Annahme. (14.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Vesko. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben soeben die Rudimente und die wichtigen Punkte dieses Tourismusberichtes für das Jahr 1994 gehört, und es hat sich gezeigt – Kollege Tasch hat es damit formuliert, daß wir mit einem blauen Auge davongekommen sind –, daß sich diese Tendenz seit dem Hoch des Jahres 1992 stetig fortsetzt und wir auch, nicht nur im Jahre 1994, sondern auch für das Jahr 1995 eine Rate haben, die unter der des vergangenen Jahres liegt, so daß wir also damit rechnen können, daß sich die Negativserie fortsetzt.

Erlauben Sie mir, daß ich mich mehr auf die heutige Situation als auf die Situation des Berichtsjahres 1994 beschränke, die ja allen durch das Lesen des Berichtes hinlänglich bekannt ist. Wenn man das Jahr 1995 anschaut, so kann man feststellen, daß wir, bedingt durch eine relativ gute Schneelage in den Wintermonaten, schon vor Weihnachten damit rechnen können, daß einige Bereiche hier einen Zugang allein davon zu erwarten haben, daß der Schnee diesmal eher im Süden als im Norden gefallen ist, aber auch die traditionellen Wintersportgebiete der Obersteiermark, von der Dachstein-Tauern-Region bis ins Mariazeller Land und in das Steirische Salzkammergut, durchaus Anlaß zu Hoffnung geben. Auf der anderen Seite jener Träger, der eigentlich in den vergangenen Jahren die schlechte Wintersaison, bedingt durch den mangelnden Schnee, nämlich die Thermenregion, auch diesmal bereits von den Zahlen her leicht ins Trudeln kommt und der gute Wert, den wir damals gehabt haben, auf Grund der Entwicklung in der Thermenregion sich langsam aber sicher nicht mehr in dem Maße auswirkt.

Es ist unterschiedlich zu bewerten, das erste Quartal des heurigen Jahres, und wir sind ja noch nicht einmal ganz durch. Es gibt sicherlich Regionen, die sehr wesentliche Steigerungsraten 1996 haben werden, aber über das Ganze gesehen müssen wir auch hier sicherlich im ersten Halbjahr mit Einbußen rechnen.

Was können wir dagegen tun? Wie können wir uns dagegen wehren?

Mehrere Schienen kann man dabei fahren. Und in dem Zusammenhang möchte ich eine Schiene herausgreifen, die das Land Steiermark dank der umsichtigen Führung ihres Tourismusexperten und des Leiters der Steirischen Tourismusgesellschaft, dieser Posten ist jetzt mit Klaus Schrötter besetzt, gleich eine Lücke aufgetan hat – wobei ich dazusagen muß, es gibt auch einmal glückliche Umstände, entscheidend ist, daß man sie dann auch rechtzeitig nützt – und bei der ITB in Berlin es geschafft hat, als einziges Bundesland Österreichs getrennt von der ÖW dort anzutreten, wobei dazuzusagen ist, daß sich in der Zwischenzeit auch dort ein Wandel ergeben hat, den die anderen nicht bemerkt haben. Die Internationale Tourismusborse in Berlin war eine Veranstaltung für die Reiseveranstalter, für Reisebüros, für Großabnehmer, und nicht für den Individualtouristen, und hat als solches den Ruf gehabt, daß sie nur von der Österreich-Werbung und von größeren Organisationen wahrgenommen wird. Das hat sich mit der Ostöffnung sprunghaft geändert, weil die Leute den Markt direkt von dort aus verfolgen können und Berlin und das Umfeld von Berlin eine völlig neue Basis für den Tourismus in Europa darstellt. Die Steiermark hat dort einen Stand gehabt, der sich nicht nur dadurch ausgezeichnet hat, daß er hervorragend präsentiert war, sondern daß er sehr attraktiv gestaltet war in dem berühmten steirischen Holz, daß Erzherzog Johann als Leitfigur über dem Ganzen gestanden ist – ein Begriff, der vor allem den deutschen Gästen sehr bekannt ist. Und gerade in diesem Bereich haben wir auf Grund der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik und der Schwierigkeiten, die mit dem Hinzukommen der neuen Bundesländer im Bereiche der ehemaligen DDR entstanden sind, sicherlich eine Bereicherung erfahren.

Wir haben also als Steiermark dort eine Präsenz gehabt, die weit über das Ganze hinausgeht. Kollege Majcen hat ja schon heute im Ausschuß erwähnt, daß auch das Projekt Blumau dort wirklich den Vogel abgeschossen hat. Aber es war Blumau nicht als Pars pro toto, sondern die ganze Steiermark hat sich dort in einer Weise präsentiert, die einfach notwendig ist und die zeigt – und ich bin überzeugt davon, daß sich das auch auswirken wird und muß –, daß man eben den Gegebenheiten entsprechend reagieren muß und vielleicht sogar einen Schritt voraus sein muß, um etwas weiterzubringen.

Was heißt das? Das heißt, die Steiermark hat in den vergangenen Jahren, seit 1992 und auch schon zum Teil davor, zwar kleinere Wachstumsraten gehabt, auch kleinere Verluste gehabt, und sich sukzessive in die Spitze der österreichischen Fremdenverkehrsbereiche hineingearbeitet, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß wir nicht eine so große Explosion als Tourismusland haben, sondern sehr gezielt und langsam vorgehen mußten, der Not gehorchend, weil einfach die Mittel nicht vorhanden waren, um große Investitionen zu tätigen. Und vor allem deshalb, weil wir auch nicht jene großen Bereiche haben, die man touristisch so klar umsetzen kann. Die einen im Winter, die einen im Sommer, es hat nicht jeder einen See, es hat nicht jeder einen Berg, aber es hat jeder andere Dinge, die er individuell für seinen Bereich einsetzen kann.

Das heißt, wir werden diesen Weg fortsetzen müssen, und ich möchte auch ersuchen, daß man dem Herrn Schrötter dafür dankt, daß er das als Initiative getan hat, und allen, die damit arbeiten, weil ich glaube, daß Fachleute auf diesem Sektor sehr viel tun können. Und je besser diese Fachleute arbeiten, desto weniger muß sich die Politik einschalten – etwas Erfreuliches, etwas Positives. Und wenn wir uns nur darauf beschränken, wie Kollege Paierl schon gesagt hat, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dann kann dieses Instrumentarium sich relativ gut und positiv bewegen.

Allerdings waren die Begleitumstände bei dieser ITB nicht gerade die besten, was die Reklame für Österreich betrifft. Wir sind gerade zu diesem Zeitpunkt in die wohl vehementeste Diskussion um Österreich hineingekommen, nämlich in die Mautdiskussion. Und die hat die Bundesrepublik Deutschland in einem Maße bewegt, das wir nicht erwartet haben. Es war also in jedem Bericht, ob in den Printmedien oder in Rundfunk oder Fernsehen, immer wieder der Hinweis auf diese Maut. Ich bin überzeugt davon, daß diese massive Kampagne, die hier gefahren wurde, uns sicherlich entweder dazu zwingen wird, entsprechend zu handeln, oder daß damit zu rechnen ist, daß wir hier ein bißerl von dem Vorteil, den wir uns dort erarbeitet haben, wieder abgeben müssen. Vor allem die Busveranstalter, die Großveranstalter, die mit Paketen arbeiten, haben sehr intensive Sorgen, sehr große Bedenken angemeldet. Es zeigt sich auch, und gerade die Bundesrepublik reagiert in dem Zusammenhang sehr sensibel, weil sie ja vor einigen wenigen Jahren eine ähnliche Lösung, wie sie Österreich heute hat, implementieren wollte und von der EU in einer Weise gemaßregelt wurde, daß schlußendlich diese Regelung nicht zustande kam, und sie selbstverständlich alle Mittel dafür einsetzen werden, daß es nunmehr auch den Österreichern nicht möglich sein wird. Wir sollten uns langsam aber sicher daranmachen, und das ist die Bitte, die man den Regierern diesmal im Bund mit auf den Weg geben müßte, in der Wahl ihrer Mittel etwas sorgfältiger zu sein, und nicht in diesen Strudel hineinzukommen, weil zu befürchten ist, daß wir diese Maßnahmen zurücknehmen müssen, was immer mit einer gewissen Häme verbunden ist.

Was brauchen wir, um für unseren Tourismus entsprechende Voraussetzungen zu schaffen? Und da habe ich mir die Mühe gemacht, im Koalitionspapier der Bundesregierung vom März, 8. März, 4. März, 3. März, wann immer es war, ich habe das Datum nicht mehr so genau im Kopf, nachzuschauen, und da habe ich unter einem nicht sehr opulenten, aber doch sehr klaren Passus Maßnahmen zum Tourismus gefunden, die sich in etwa so anhören: „Beseitigung rigider Rahmenbedingungen, Verbesserung der Eigenkapitalbasis, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Qualitätsanhebung, gezielte Förderungspolitik, Bekenntnis zu Großveranstaltungen, verstärkte Positionierung auf den Zukunftsmärkten in Übersee“.

Und dann habe ich mich bemüht, die Maßnahmen, die dieselbe Regierung in ihrer Erklärung drinnen hat, unter einem anderen Titel allerdings, diesen Intentionen gegenüberzustellen, und siehe da, da war keine Bindung zu finden oder keine Querverweisung, wo man sagt, wenn ich hier auf der einen Seite die

Beseitigung rigider Rahmenbedingungen ins Auge fassen, daß ich sie in anderen Bereichen nicht gefunden habe.

Bleiben wir einmal zum Beispiel bei der Verbesserung der Eigenkapitalbasis. Wir haben also in dem neuen Paket drinnen Maßnahmen, wie zum Beispiel Verlustvortrag für gewisse Bereiche, gestrichen. Wir haben das Problem der Energiesteuer. Wir haben noch immer das Problem der Getränkesteuer. Wir haben noch immer das Problem, daß Österreich im internationalen Vergleich alleine bei den Getränken steuermäßig eine ungeheure Mehrbelastung gegenüber unseren Nachbarländern in den Alpen hat und dadurch natürlich einem größeren Konkurrenzdruck unterliegt, weil sie automatisch teurer sind.

Wenn ich Ihnen zum Beispiel sage, die Belastung beim Bier in Österreich steuermäßig – bedingt durch Biersteuer, Getränkesteuer und Mehrwertsteuer – liegt bei 27,8 Prozent. In der Schweiz hingegen – auch ein alpines Tourismusland – beträgt die Biersteuer 2,7 Prozent, die Umsatzsteuer 2,8 Prozent, das sind 5,5 Prozent. Das hat nicht dazu geführt, daß alle „Bieromanen“ jetzt in die Schweiz ausgewandert sind, aber es zeigt, wie weit die Spanne auseinander liegt – 22 Prozent. Das heißt, natürlich überlegt derjenige, der einen Urlaub im Winter in der Schweiz oder in einem österreichischen Wintersportort mit seiner Familie verbringen will, nicht nur, was die Pension kostet, sondern auch das alles, was an weiteren Kosten anfällt, und da machen sich solche Beträge bemerkbar.

In Italien zum Vergleich sind es 14,3 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 15,8 Prozent und in Frankreich sind es 16,3 Prozent. Beim Wein ist es ähnlich, 23,6 Prozent in Österreich, 3,8 Prozent in der Schweiz, 8,3 Prozent in Italien, 13 Prozent in der Bundesrepublik und 15,9 Prozent in Frankreich.

Das heißt also, auch dort haben wir dieselben Vergleiche, dieselben Unterschiede etwa, und bei den alkoholischen beziehungsweise nichtalkoholischen Getränken ist es gleich, wenn nicht überhaupt ärger. Da muß ich dazusagen, auch im Hinblick darauf, daß, bedingt durch Autofahren und viel Jugend, die unterwegs ist, sollte man gerade bei den nichtalkoholischen Getränken auch eine gewisse Entlastung herbeiführen. Weil wenn ein Schiwasser heute auf einer Schihütte 45 Schilling kostet, dann fördert das nicht gerade den Nichtalkoholkonsum, wenn eine Halbe Bier um einen Zehner weniger kostet. Da müßte man auch etwas tun.

Ich glaube aber, daß wir gerade bei der Getränkesteuer – und das ist ja eine Forderung, die von den einzelnen Interessenvertretungen immer wieder vorgebracht wird – endlich reagieren sollten, allerdings berücksichtigend, daß die Getränkesteuer natürlich eine Steuer ist, die von den Kommunen, von den Gemeinden eingehoben wird und dafür natürlich ein Ausgleich geschaffen werden müßte, da für die Gemeinden diese Steuern ein sehr wesentlicher Bestandteil ihres Aufbringens budgetärer Mittel ist.

Ich habe daher – und ich glaube, wir tun das jetzt zum xten Male – einen Beschlußantrag vorbereitet, der sich auf dieses Thema bezieht.

Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger und Schinnerl, betreffend die Abschaffung der Getränkesteuer. Auf Grund zahlreicher Resolutionen in den verschiedensten Gremien der Kammern sollte zur Entlastung der Tourismusbetriebe ehe baldigst eine Verbesserung der Wettbewerbssituation zum benachbarten Ausland sichergestellt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß eine Gesetzesnovelle vorgelegt wird, die den Fall der Ermächtigung der Gemeinden zur Erhebung der Getränkesteuer bei gleichzeitigem und aufkommensadäquatem Ersatz über den Finanzausgleich vorsieht.

Ich glaube, das ist die Maßnahme, wo wir sagen, ich kann hier auf der einen Seite einen Bereich entlasten, der mir eine gewisse Umsatzsteigerung bringt, und über die Umsatzsteigerung den verlorengegangenen Steueraufwand wieder zurückbringen. Nachdem wir auch eine kalte Progression haben, kann das nicht schwer sein. Wir haben den Antrag ordnungsgemäß deponiert. Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag, der ja nur mit ja oder nein zu beantworten ist, den anderen Fraktionen erst jetzt mündlich darzubringen, weil ich glaube, daß es hier keine Problemstellung gibt in Zusammenhang mit der vorgefundenen Situation.

Was heißt Arbeitszeitmodell? Wir haben im Tourismus das Problem selbstverständlich mit den witterungsbedingten Arbeitszeiten. Im Sommer ganz klar, ein schöner Tag, alles ist am See, die Wirtshäuser sind leer. Wenn es an dem Tag regnet, sind die Wirtshäuser voll und der See ist leer. Eine gewisse Flexibilität muß hier gegeben sein, die ist auch gegeben. Dasselbe gilt für den Wintersport. Nur, man muß sich irgendwann einmal dazu entschließen, dies zu tun, und ich hoffe, daß die vielen Worte, die hiezu schon gesprochen worden, endlich einmal fruchten und sich die Bundesregierung zusammen mit den Sozialpartnern, die ja immer wieder das an ihre Fahnen schreiben, dazu entschließen können, ein vernünftiges Modell zustandezubringen. Wir sind es leid, Vorschläge zu machen, sie werden, wie wir ja hören, ohnedies nicht gemacht. Weil wir haben das ja schon vorher gesagt, und damit ist es auch getan.

Die Verbesserung der Eigenkapitalbasis wird sicherlich durch eine Energiesteuer, so wie sie jetzt vorgesehen ist, nicht gegeben sein. Im Gegenteil, wenn ich mir vorstelle, daß bei einer Energiesteuer zum Beispiel ein 200-Betten-Hotel der Kategorie 3, 4 bis 5 pro Jahr in etwa 125.000 Schilling steuerliche Mehrbelastung hat, wenn ich das allerdings auf eine durchschnittliche Nächtigungszahl von 40 Prozent bei Vollbelegung umlege, wären es nur 6,7 Schilling pro Nacht. Aber nachdem die Belastungspakete sich ja nicht nur darauf beschränken, sondern auf vieles andere auch, ist damit zu rechnen, das alleine nicht ausreicht, daher zusätzliche Belastungen auf die Betriebe zukommen. Und statt ihnen zu helfen, wird man es ihnen schwieriger machen. Während andere Länder längst schon reagiert haben, ist bei uns noch immer das politische Kleinhickhack im Gange, wo man sagt, die verdienen soviel, die sollen schauen.

Die Struktur des Tourismus ist nicht schlecht. Wir haben alle Voraussetzungen dafür, wir haben kranke Betriebe, wir haben Betriebe, die Schwierigkeiten finanzieller Natur haben. Und diesen Betrieben soll man helfen. Es ist gar nicht so sehr ein touristisches Problem denn ein wirtschaftliches Problem. Und gerade hier muß man eben andere Wege gehen.

Da sind wir auch gleich bei der Förderungspolitik. Wir haben im Zuge der vorbereitenden Gespräche und im Zuge des Beschlusses des Tourismusgesetzes für die Steiermark sehr wohl zu dem Thema Förderungen gesprochen, haben auch gesagt, was wir an Förderungen haben wollen, wo unsere Intentionen liegen. Und zwar alle, die dort verhandelt haben. Wobei es im wesentlichen darum gegangen ist zu sagen, schaffen wir Bereiche, wo sich die Betroffenen selbst helfen. Im Sinne der Ortsverbände, im Sinne der regionalen Verbände, und versuchen wir, ihnen auf Grund ihrer Kapazität und Leistung, was die Nächtigungen betrifft auf der einen Seite und auch in anderen Bereichen, Zusammenschluß von mehreren Orten zu regionalen Verbänden, zusätzliche Mittel zukommen zu lassen, und lösen wir uns bitte von dem Prinzip dort 5000 Schilling, dort 10.000 Schilling und dort 15.000 Schilling einzulegen. Wenn man heute die Regierungsspiegel anschaut, und zwar in jeder Regierungssitzung, meine Damen und Herren, dann kann man feststellen, daß 10.000 Schilling ausgegeben wurden für die Bekleidung des Zwitzelberger Trios oder zum Beispiel, nur um es herauszunehmen, ganz lustige Sachen, daß man sich bemüht, für das Aufstellen von Parkbänken 10.000 Schilling herauszunehmen oder zum Beispiel für die Erstellung eines Ortsprojektes wiederum etwas zu tun.

Wir haben damals klar und deutlich gesagt, wir wollen eigentlich, daß die Tourismusverbände sich diese Instrumentarien selbst schaffen, und daß wir endlich aufhören, und daß wir die Wirtschaftsförderung, die wir für diesen Bereich brauchen, auf die Betriebe beschränken und dort wirklich echt unter die Arme greifen können, wenn es notwendig ist. Es wird soviel Geld in kleine Aktionen im wahrsten Sinne des Worte vertrantschelt, um ein steirisches Wort zu gebrauchen, weil jeder glaubt, er muß sich da ein paar Leute gefällig erhalten, indem er da und da etwas weitergibt. Das hat bitte ein Ende zu haben. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Wirtschaftsförderung nach klaren Richtlinien erfolgt und sich dort in dem Rahmen bewegt, wo sie dringend gebraucht wird. Und diese vielen kleinen, die eh zu nichts führen, weil der macht seinen Prospekt ja sowieso und seine Packeraktionen auch, das sind doch alles Windfallaktionen, die hier stattfinden, daß wir uns dort sehr rigoros auf den Standpunkt zurückziehen, wir haben euch dieses Instrumentarium geschaffen, das ihnen ausreichend Möglichkeit bietet, Aktionen in diesem Bereich zu setzen, wobei es viele Regionen bereits tun. Es hat dieser ständige Bettelgang um 5000, 10.000, 15.000 Schilling ein Ende zu haben. Da müßt ihr euch selber helfen. Dann haben wir die Möglichkeiten, in geballten größeren Aktionen geschlossen Projekte und Bereiche zu betreuen. Das ist notwendig; das brauchen wir, und damit schaffen wir uns ein besseres Instrumentarium. Selbst dann, wenn wir gezwungen sind, auf Grund der wirtschaftlichen und budgetären Situa-

tion selbst diese Mittel zurückzunehmen. Dann müssen wir eben diese Schwerpunkte setzen, und nicht immer wieder so herumgießen, dort ein bißchen, da ein bißchen, weil das ist bestenfalls Sterbehilfe, und dazu reicht auch nicht mehr. Das müssen wir tun.

Und dann möchte ich noch etwas herausnehmen, was mir gefallen hat: Qualitätsanhebung. Selbstverständlich brauchen wir Qualitätsanhebung in vielen Bereichen, in der Ausbildung des Personals – leider Gottes mußten wir feststellen, daß das Personal oder die junge Leute, die in die Gastronomie drängen, immer weniger werden, die Verdienstmöglichkeiten, die Arbeitsbedingungen und alles, was damit verbunden ist, führen ja nicht gerade dazu, daß ein wahrer Sog in diese Richtung stattfindet. Wir müssen auch dafür sorgen, daß wir mit gut ausgebildetem Personal hier arbeiten, wobei ich dazusagen muß, man muß auch den Institutionen, den Hotelfachschulen und den Institutionen, die sich mit dieser Ausbildung beschäftigen, durchaus Lob zollen, weil hier einiges getan wird.

Eines kann man dem Menschen nicht lehren, sich dem Gast gegenüber gut zu benehmen und freundlich zu sein. Es ist auch verständlich, daß es schwer ist, wenn man nach einem hektischen Acht- bis Zehnstundentag, pausenlos nach links und nach rechts und nach oben und nach unten gezerrt wird, dann noch das freundliche Gesicht zu haben. Aber das ist ein Teil dieser gastronomischen Reputation, die ein Haus hat, daß es nicht nur eine gute Küche hat, sondern auch ein freundliches Personal, gute Betten und daß das Ambiente da ist, in dem man sich wohlfühlen kann, weil man ja Urlaub macht. Weil man ja von zu Hause weg ist, sich regenerieren will, sich erholen will. Und dieses Angebot soll also gegeben sein.

Das Bekenntnis zu Großveranstaltungen hat mich überrascht. Und dann stand in Klammer, wie zum Beispiel Olympische Spiele, sonstige sportliche Großveranstaltungen, die also in diesem Koalitionspapier drinnen gestanden sind, wie gesagt im März 1996. Man höre und staune! Wenn man dann die Presse verfolgt, die sich so quer über Österreich ergeht, in bezug auf Olympische Spiele, dann stellen wir fest, daß in der Zwischenzeit das Bundesland Kärnten voll auf dem Zug drauf ist, das Bundesland Salzburg aufgesprungen ist, das Bundesland Tirol vehement in diese Richtung arbeitet. Nur wir Steirer, Herr Kollege Hirschmann, haben das Problem, daß wir nicht den Mut haben, über unseren eigenen Schatten zu springen.

Wir sollen das tun. Wir brauchen diese großen Impulse. Und in dem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal daran erinnern und meiner Empörung Ausdruck verleihen, wie der Herr Bundeskanzler in seiner Allherrlichkeit gesagt hat, die 120 Millionen Schilling, die er dem Land Steiermark zugesagt hat für den Ausbau des Ö-Ringes, wird er jetzt wöandershin verwenden. Meine Damen und Herren, er hat weder das eine getan noch das andere. Es ist nichts als heiße Luft gewesen. Er wird schon noch draufkommen, wie wichtig es ist, daß wir diesen Österreichring haben, weil wir die Einnahmen, die wir dort für den Staat Österreich erzielen, sehr dringend brauchen. Und weil dieser Impuls in dieser Region neues Leben im Bereich des Tourismus und der Fremdenverkehrswirtschaft bringen wird. Den soll man auch nicht aus den Augen

lassen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Gerade deshalb, weil die Industriebetriebe sich langsam aber sicher aus diesen Regionen verabschieden, und nicht die versprochenen Arbeitsplätze gekommen sind, von denen man immer großzügig gesprochen hat. Es tut mir leid, daß es nicht der Fall ist, aber wir müssen, wenn das eine nicht funktioniert, das andere machen. Daher ersuche ich noch einmal die Genossen der Sozialdemokratischen Fraktion zu versuchen, auch in ihrem Bereich, mit den Granden der Sozialdemokratie in Wien vielleicht einmal ein ernstes Wort zu reden und ihnen klar zu machen, daß das ein sehr wichtiger Faktor für unser Land ist.

Dann möchte ich noch den letzten Punkt, die verstärkte Positionierung auf den Zukunftsmärkten in Übersee, herausholen. Meine Damen und Herren, wir wissen ganz genau, warum der Tourismus zurückgeht, nicht nur auf der Angebotsseite, sondern deshalb, weil wir Prospekte sehen – jeden Tag, und jeder von Ihnen hat ein Postkasterl zu Hause und weiß, was an Prospekten ins Haus flattert – mit leichtbekleideten Bikinimädchen an wunderschönen palmenüberhangenen Stränden, mit strahlendem Sonnenschein und wunderschönen – (Abg. Dr. Karisch: „Sie werben für die Konkurrenz!“) bitte keine wässerigen Münder kriegen – Platten mit Fischen und Langusten und was alles dazugehört. Da geht einem das Herz über. Das ist die Konkurrenz, die wir haben. Und das für einen Apfel und ein Ei, für 5000 Schilling können Sie heute vierzehn Tage in der Türkei einen Urlaub verbringen nach dem Motto, alles inbegriffen. Da meine ich natürlich die lukullischen Genüsse, meine Damen und Herren. Aber so ist es. Daß dieser Konkurrenzdruck groß ist und auch bei unseren österreichischen Gästen, die ja ein wesentlicher Bestandteil unseres touristischen Gastpotentials darstellen, weil wir da einsame Spitze sind in Österreich, daß hier selbstverständlich diese Verlockung sehr groß ist und wir da hier sehr wesentliche Konkurrenten haben.

Und dann möchte ich zum Abschied noch eines zum Städtetourismus sagen. (Abg. Dr. Flecker: „Zum Abschied? Das ist gut!“) Zum Abschluß, ich bedanke mich für die Korrektur, verabschieden tue ich mich nicht so schnell.

Zum Abschluß möchte ich sagen, Städtetourismus, Stadt Graz. Wenn Sie heute anschauen, welche Angebote es gibt für London, Brüssel, Kopenhagen, Hamburg, Kiel, Calais, Ostende, Brügge, was immer Sie anschauen, es ist enorm. Schauen Sie einmal, ob Sie irgend etwas über die Stadt Graz finden. Da muß ich Ihnen sagen, auch dort soll man einhaken. Wir haben ein ungeheures kulturelles Angebot. Wir haben einen der schönsten historischen Stadtbereiche in Österreich. Wir haben viele Dinge, die für den Gast von Interesse sind. Wir haben auch eine gute Geschäftswelt in dieser Stadt, die durchaus ein attraktives Angebot hat. Nur, wir scheinen nirgends auf. Man kann überall hinfahren, nur nicht nach Graz. Da hat die Werbung für diese Stadt sicherlich versagt, und es ist alles zu tun, um dieses Manko zu beheben. Allerdings, meine Damen und Herren, wenn man dieses Manko beheben will, dann muß man auch dafür sorgen, daß jene Gäste, die zum Wochenende in die Steiermark kommen, nicht auf den Bahnhof fahren müssen, um dort den einzigen offenen Würstelstand zu besuchen,

weil die Restaurations- und Verpflegungsbetriebe in der Stadt sind geschlossen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (14.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein großer Redner hat zu mir einmal gesagt, „Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge!“ Lieber German, ich bin zwar – das Gefühl habe ich – ein guter Freund von dir, und ich schätze dich auch in vielen Bereichen sehr, nur war mir das ein bißchen zu lange. Ich schätze dich auch deshalb so sehr, da Populismus bei dir ja nicht so groß geschrieben ist, sondern daß du ein sehr starker Realist bist. Darum hat mich der Antrag über die Abschaffung der Getränkesteuer sehr gewundert. Das kann ich mir nur so vorstellen, daß ihr halt keine Gemeinden habt und dadurch keine Ahnung habt, wie die mit dem Geld zu-recht kommen und wie die das Geld aufbringen, um Infrastruktur zu schaffen, um also für die Gemeinden alles zu tun, um sich – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Aber rede doch nicht so einen Blödsinn!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Du hast den Antrag nicht gelesen!“) Frau Klubobfrau, du kennst dich ja auch nicht aus.

Aber auf dem Sektor, möchte ich sagen, also, wir von den Gemeinden tun alles, um die Infrastruktur zu unterstützen, um den Tourismus für die Gemeinden, für das Land attraktiver zu gestalten. Und da gehören eben die Einnahmen der Getränkesteuer dazu. Solange kein Ausgleich geschaffen werden kann (Abg. Mag. Bleckmann: „Hast du den Antrag gelesen?“), solange also nicht ein Ersatz geschaffen werden kann (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Niemand redet davon!“), haben wir überhaupt keine Chance, die Getränkesteuer in den Gemeinden abzuschaffen, weil die ganzen Gemeinden, vor allem in den touristischen Gebieten, von dieser Getränkesteuer sehr stark abhängig sind. Wir Gemeinden werden auch in Zukunft diese Getränkesteuer sinnvoll anwenden, um für den Tourismus starke und verstärkte Werbung zu betreiben.

Ich glaube, für den Tourismus ist in Zukunft wichtig, daß man flexible Arbeitszeiten hat, daß Leute, die arbeiten wollen, auch arbeiten dürfen. Das ist gerade im Tourismus ein äußerst wichtiger Faktor, daß also Menschen, die bereit sind, länger zu arbeiten, um mehr zu verdienen, auch die Möglichkeit vom Gesetz her haben, diese Art von Arbeitszeit sich selbst zu gestalten und sich selbst auszusuchen.

Der steirische Tourismus hat immer die richtige Linie verfolgt. Und da möchte ich besonders unserer jetzigen Frau Landeshauptmann Klasnic danken, die ja lange Zeit die Referentin und die Verantwortliche für den Tourismus in der Steiermark war. Nicht nur, daß es ihr gelungen ist, hervorragende Mitarbeiter am Tourismussektor zu haben. Klaus Schrötter in der Steiermark-Werbung macht seine Arbeit mit seinen Mitarbeitern sehr gut. Da, glaube ich, hat man das richtige Gespür gehabt, daß man den richtigen Mann auf den richtigen Platz gesetzt hat. Ich glaube, es ist notwendig, notwendiger als je zuvor, daß man den Tourismus stärker forciert, alles unternimmt, und da

genügen keine Einzelmaßnahmen, sondern die müssen bündelweise kommen, um für den Tourismus, also für unsere Gäste, attraktiver zu sein.

Es war auch eine ganz klare Linie und eine richtige Entscheidung, liebe Frau Landeshauptfrau, daß du mit deinen Mitarbeitern – ich sehe da den Herrn Hofrat Hermann, der einiges dazu beigetragen hat – nie den Inlandsgast vergessen hast. Wir waren immer bemüht, selbst in den höchsten Phasen des Tourismus, des Auslandsgastes, nie auf den Inlandsgast zu vergessen. Wir haben uns immer um den Inlandsgast bemüht und sind nicht umsonst die Nummer eins in Österreich bei den Inländern. Und das freut mich ganz besonders, weil ich gläube, daß gerade in der jetzigen Zeit der Rezession, vor allem von den Bundesdeutschen her, der Inlandsgast ein ganz wichtiger Faktor ist und auch ein Stabilisator ist, um den Rückgang noch einigermaßen in Grenzen zu halten. Die Rahmenbedingungen für den österreichischen und somit den steirischen Tourismus werden aller Voraussicht nach nicht einfach sein. Es sind dies ganz klar und ganz stark strukturelle Probleme. Die in Österreich getätigte Gesamtaufwendung für Tourismus und Freizeit sind 1995, ähnlich wie ein Jahr zuvor, real gesunken.

Meine Damen und Herren, es ist ganz klar, in Zeiten des Sparens sind also die Ausgaben und die Werbung für den Tourismus nicht ins Unermeßliche und verstärkt möglich. Aber ich gläube, wir müssen alles unternehmen, um Österreich noch mehr in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu rücken, noch mehr in den Staaten zu präsentieren, um also die Gäste auf Österreich und vor allem auf die Steiermark, auf diese wunderschöne vielfältige Steiermark, aufmerksam zu machen. Wir haben eine Vielfalt in der Steiermark, wie es kein anderes Bundesland hat. Ich finde es äußerst wichtig und richtig, daß wir die Thermenregion forciert haben, daß wir Murau als das nordische Zentrum forciert haben, daß wir die Dachstein-Tauern-Region als das Schigebiet immer wieder unterstützen und forcieren, und darum gläube ich, daß wir mit dieser Vielfalt dem Gast soviel anbieten können, daß er mit Begeisterung und Freude auch in Zukunft in die Steiermark fahren wird. Es ist also ganz besonders herauszustreichen, daß die Beherbergungsbetriebe, die Gastbetriebe in der Steiermark besonders freundlich auf den Gast zugehen.

Ich gläube, eines ist für die Vermietung von besonderer Bedeutung, das ist Schulung, Schulung und wieder Schulung. Vom Liftboy bis zum Marketingmanager müssen die Leute bestens geschult werden, um die richtige Umgangsform mit dem Gast auch zur richtigen Zeit bewerkstelligen zu können. Auf dem Sektor möchte ich auch Gerhard Hirschmann sehr herzlich danken, der immer wieder mit seinen Ideen – und es freut mich, daß du der jetzige Referent bist – für den Tourismus versucht hat, die Steiermark ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu rücken. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch von der Olympiade her. Ich gläube, es hat German Vesko gesagt. German, da bin ich dir wirklich dankbar. Wir dürfen nicht aufgeben, es kann doch nicht falsch gewesen sein, wenn sich Salzburg vehement bewirbt, wenn sich Vorarlberg bewirbt, wenn sich Kärnten bewirbt um die Olympiade, daß sich die Steiermark beworben hat, um Geld von ganz Öster-

reich zu bekommen. Wenn wir die Olympiade nicht bekommen, so zahlen wir mit unserem schwerverdien- ten Steuerschilling nach Vorarlberg, nach Salzburg und Tirol. Ich bin kein Kirchturmdenker, aber lieber habe ich das Geld in der Steiermark, als daß ich es in ein anderes Bundesland zahle. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hubert Neuper hat uns vorgezeigt, wie man eine Großveranstaltung professionellst vorbereitet und ausführt. Es hat alles gepaßt, die ganze Vorbereitung zwei Jahre auf das Großprojekt „Flug-WM 1996“, es hat das Wetter gepaßt, es hat die Bestform vom Goldberger gepaßt, so daß dort an die 120.000 Besucher waren. Sage und schreibe sind dem Veranstalter 10 Millionen Schilling übriggeblieben. Und, meine Damen und Herren, 150 Millionen Schilling sind mit dieser Flug-WM in dieser Region umgesetzt worden. Also, ich muß eines sagen und ich kann nur zu einem Schluß kommen, solche Großveranstaltungen, die uns in New York gezeigt haben, wo die Steiermark ist, die haben nie etwas vom Schiffliegen gehört, die haben nie etwas von der Steiermark gehört, sind mit dem Schiffliegen, das als verrückteste Idee empfunden wurde, in New York, wo man 500 Kilometer den Schnee hergeführt hat, auf die Steiermark aufmerksam gemacht worden. Es ist zwar keiner von New York herübergekommen, um bei dieser Schifflug-WM dabei zu sein, aber die wissen jetzt, wo die Steiermark ist, und nicht nur, wo Österreich ist.

Ich möchte auch von dieser Stelle aus Hubert Neuper und seinen Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön sagen, weil er hat wahnsinnig viel für unser Land getan und damit für unsere Region. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, so macht man Wirtschaft, so geht man Veranstaltungen an, und so kann man positiv den Leuten zeigen, daß es weiterhin interessant ist, in der Steiermark zu investieren und für die Steiermark einzutreten.

Persönlich, gläube ich, bin ich dem Tourismus besonders verbunden und verschrieben. Und wir alle, ganz egal, ob sie indirekt oder direkt mit dem Tourismus zu tun haben, müssen uns anstrengen, um beim Tourismus nicht weitere Einbußen hinnehmen zu müssen, um wieder in den Aufwärtstrend zu kommen. Da sind das Anstrengen und die Impulse enorm wichtig. Da ist der Österreichring eine gewaltig wichtige Veranstaltung. Hier haben wir auch die Möglichkeit, wochenlang im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu stehen, wochenlang von aller Welt besucht zu werden, die dort jede Menge an Geld ausgeben. Und hier ist es auch, gläube ich, notwendig, sich weiterhin um Olympia zu bewerben.

Und ich meine, Martin Wabl, wenn ich Richter bin und in der Woche vier Stunden da sein muß, um meine Arbeit tätigen zu können, dann brauche ich mich nicht kümmern, ob die Wirtschaft lebt. Da habe ich ein Beamtengehalt, wo ich auch so gut lebe. Aber gerade du müßtest einer sein, der weiß – zumindest als Richter –, wie man auch mit Leistung sein Geld verdient. Und Leistung heißt Initiative, voll angasen und die Wirtschaft auf Schwung bringen. Da leben wir alle gut, und da kassiert auch der Staat am allermeisten. (Abg. Dr. Wabl: „Aber keinen Ö-Ring!“)

In dem Sinne müssen wir auch sorgen, daß unsere Landschaft intakt bleibt, und das heißt, daß eine flächendeckende Landwirtschaft auch in Zukunft ein wichtiger Faktor ist für den Tourismus. Wie ich vorher gesagt habe, Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meist in die Länge. Ich komme zum Schluß. Alle vorwärts, aufwärts für den Tourismus, dann wird auch die Steiermark in der Zukunft einen Wirtschaftsstandort haben, den wir uns alle wünschen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Lieber Kollege Tasch, der berühmte Mann, den du vorher zitiert hast, der hat auch das Zitat gebracht: „Es genügt nicht nur, daß man wo drin sitzt, man muß auch zuhören und das, was gesagt wird, verstehen.“

Als nächster am Wort ist der Herr Kollege Vollmann.

Abg. Vollmann (15.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf dem Kollegen Tasch bestätigen, es war doch eine lange Rede. Also er ist nicht so kurz gewesen, wie er gemeint hat.

Aber zum Ernst der Sache zurück. Ich glaube, daß die Frage des Tourismus für uns gerade in der wirtschaftlichen Bedeutung in Österreich, besonders aber auch für die Steiermark eine besondere Rolle spielt. Nicht nur aus dem Grunde, weil der Tourismus einer der größten Devisenbringer ist, sondern sicherlich aus der Gegebenheit der Tatsache, daß ein Land wie Österreich nach außen hin dauernd und laufend dokumentieren muß, daß es ein Tourismusland ist.

Und ich gebe dir schon recht, Kollege Tasch, daß die Frage der Veranstaltung und die Vorbereitung von großer Bedeutung ist, wie es beispielsweise beim Fliegen in deinem Bezirk gewesen ist. Nur, es ist halt auch ein Glück, wenn man einen Andi Goldberger hat, der dann den Sprung tut, der von allen erwartet wird, und der dreimal hintereinander Weltcup Sieger war. Das Schifliegen zu gewinnen, das ist die größte Werbung für dieses Land, das ist das größte, was wir im Endeffekt haben. Schade, er ist kein Steirer. Ich sage das auch so dazu. Aber wir freuen uns natürlich über jeden einzelnen sportlichen Erfolg. Ein bißchen mit einem Wermutstropfen habe ich allerdings vermerkt, daß bei der Werbung in New York für dieses Schispringen nicht jener Effekt erzielt worden ist, den wir eigentlich wollten. Denn es waren in erster Linie natürlich einheimische Gäste – Gott sei Dank sind sie gekommen –, die sich dort eingefunden haben. In New York beim großen Schispringen war auch nur das österreichische Fernsehen vertreten, um es in Österreich zu übertragen. Und ganze sieben Zuschauer habe ich bei der Übertragung gesehen. Das ist natürlich etwas, was einen ein bißchen schmerzt, wenn soviel Geld dafür ausgegeben wird, um also für ein Land in diesem Zusammenhang auch Werbung zu machen.

Meine Damen und Herren, die OECD hat einen Bericht vervielfältigt und herausgegeben, der die Frage des Tourismuswachstums behandelt hat, und stellt fest, daß es weltweit langsamer geworden ist. Im OECD-Raum ergab sich also ein Trend von rund 3,8 bis 4 Prozent, was auf der ganzen Welt einen Trend

von 3,5 Prozent bedeutet hat. Das heißt also, im OECD-Raum sind wir im Durchschnitt der weltweiten Entwicklung geblieben.

Seit 1992 haben Österreich und die Schweiz ein Minus zu verzeichnen. Österreich ein Minus von 6 Prozent und die Schweiz – laut OECD-Bericht – ein Minus von 7 Prozent, was vor allem auf den Rückgang an Einreisenden aus Deutschland zurückgeführt wird. Das heißt also, daß das dort verordnete Paket natürlich auch seine Auswirkungen gehabt hat und daß dort weniger Geld ausgegeben wird.

Wir merken das natürlich auch tagtäglich bei den Gästen. Hat der Gast früher nicht so auf den Schilling geschaut, so dreht er ihn heute drei- bis viermal um. Es gibt Klagen über die zu hohen Getränkepreise, es gibt Klagen über die zu hohen Speisepreise, und es gibt auch Klagen über die zu hohen Preise für die Nächtigung.

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Telefonstunde des Landesrates Hirschmann angehört, ich habe sie mir auf Tonband aufgenommen, weil ich mir gedacht haben, ich möchte einmal feststellen, welche Anliegen haben die Leute eigentlich. Neben den, na, ich sage einmal, bestellten Anrufen, die ja sicherlich notwendig sind, um moderat zu werden und moderat zu sein bei einem solchen Gespräch, gab es auch viele Klagen über die Preise. Und es haben einzelne Beispiele gezeigt, zum Beispiel eines Ehepaares, das sagt, mit meinen zwei Kindern ein Wochenende Schifahren zu gehen, oder selbst aus einer Region kommend – aus dem Semmering –, wo ich in den Gesprächen mit den Gästen feststellen muß, daß natürlich die Preise, wie sie sich entwickeln, auch in manchen Bereichen nicht mehr leistbar sind. Eine Tageskarte kostet 390 Schilling, zwei Erwachsene, zwei Kinder, da sind bereits mehr als 1000 Schilling allein für die Liftkarte weg. Die Kinder sind dauernd hungrig und durstig. Das heißt also, jeder, der eine Familie mit Kindern hat, weiß ja selber, was es für ihn bedeutet. Und dort liegt natürlich auch eines unserer Probleme.

Eines der nachfolgenden Probleme ist natürlich auch der harte Schilling. Wir wissen, daß der harte Schilling in der Parität zum US-Dollar beispielsweise 14,28 Prozent verloren hat, was für uns Österreicher erfreulich ist, weil natürlich die Flüge, die Fahrten, die Ausflüge in die USA billiger geworden sind – den Süden der USA zu bereisen ist ja modern geworden –, aber für Österreich problematisch.

Daß die Steiermark den Anteil an Inländern halten konnte mit einem verhältnismäßig geringen Rückgang, ist sicherlich an eine gewisse Tradition gebunden. Die Wiener Gäste kommen gerne in die Steiermark, sie haben aber auch, das muß man dazusagen, die meisten Zweitwohnungen in unserem Bundesland, was wiederum heißt, daß natürlich die Frage der Ferienwohnungen, wie es auch im Bericht richtigerweise heißt, in einer großen Entwicklung ist – plus 14 Prozent. Und daß jene Gäste, die in diese Ferienwohnungen oder in ihre Zweitwohnungen gehen, natürlich in allen anderen Gastbetrieben wenig umsetzen, ist auch klar. Denn die kaufen im Supermarkt ein und bringen das, was sie brauchen, meistens aus ihrem eigenen Geschäft, aus den großen Supermärkten im Raum Wien, mit.

Meine Damen und Herren, es besteht Österreich nicht nur – und das möge mir auch mein Kollege Flecker verzeihen – aus der Dachstein-Tauern-Region und aus dem Thermenland. Ich weiß natürlich, daß jene, die dort beheimatet sind, in diesem Glauben sind. Aber andere Kollegen, die in anderen Bereichen und Regionen aufwachsen, haben natürlich auch Anliegen und brauchen auch Investitionen.

Meine Damen und Herren, wie gut sich so etwas entwickeln kann, darf ich auch am Beispiel meiner eigenen Region sagen – oder unserer, wenn ich den Kollegen Straßberger hier gerade sehe –, die Frage Schiregion Semmering, sie wächst und wächst. Denn bitte, es ist sicherlich eine Frage der Initiative des Herrn Giradoni, aber auch der Gemeinden in Spital und Semmering, daß es diese Entwicklung gibt. Und ich möchte dabei natürlich gleichzeitig ersuchen, auch jenen Bereichen zuzustimmen, die den Ausbau der Verbindungen in diesem Bereich des Stuhlecks in Zukunft nahetreten werden.

Das, was wir aber auch brauchen, ist nicht nur der Tagestourismus, sondern das ist der echte Gast, und da fehlt es bei uns an Investitionen. Es investiert heute bei uns kaum mehr einer in eine schöne größere Pension, in ein Hotel, wo das zweite Standbein Tourismus im Müürztal beispielsweise in den Bereich käme, es aufzubauen. Große Bemühungen sind vorhanden, aber es fehlt rundherum am Geld. Geld heißt aber auch, daß der, der Geld hat, sich erwartet, daß er für das Geld, das er ausgibt, Qualität bekommt.

Ich habe mir da einen Artikel des Johannes Steinbach herausgenommen, der sagt: „High quality statt Nepp.“

Ja, meine Damen und Herren, für den Konsumenten und für den, der damit zu tun hat, eine Selbstverständlichkeit. Um gutes Geld will ich gute Ware und gute Betreuung.

Und manchmal oder sogar vielfach findet der Nepp vor Ort statt. Ich versehe alle Gespräche, die man über die Frage Getränkesteuer führt, weil der, der im Endeffekt damit belastet wird, obwohl sie ein anderer bezahlt, ist nämlich der Gast. Und der Gastwirt ist in dem Fall nur der, der sie weiterzuleiten hat, und ich sage im Unterton dazu, diese oftmals schuldig bleibt und bei ihm eingetrieben werden muß. Das sage ich aber nur im Unterton dazu, weil ich um die Probleme der Wirte und um ihre finanziellen Sorgen Bescheid weiß. Aber es ist natürlich auch so, daß diese Getränke vielfach zu teuer geworden sind. Wenn Sie für ein Feigerl Wodka an einer Schihütte in Schladming 55 Schilling und 60 Schilling bezahlen müssen und für ein kleines Bier, für zwei Zehntelliter, ein Deziliter Bier, wie der deutsche Gast sich beschwert, 55 Schilling bis 60 Schilling bezahlen, dann verzeihen Sie mir bitte, das ist sage und schreibe Nepp. Das ist kein Preis- und Angebotsverhältnis mehr, wie wir es uns erwarten. (Abg. Tasch: „55 Schilling für ein Deziliter stimmt nicht!“) Lieber Kollege Tasch, du weißt selbst, wie es in dieser Situation aussieht, ich brauche es dir also nicht sagen, aber ich gestehe zu, daß das natürlich zu Unmutsäußerungen unserer Gäste führt, die ich oftmals – ich bin selber ein Schifahrer, Sie sehen es an meiner Farbe, sie kommt vom Schifahren – feststelle, daß einfach diese Bereiche zu teuer sind. (Abg. Majcen: „Wo gibt es das?“) Kollege Purr, ich lade dich

gerne ein mitzukommen, wir haben ein wunderschönes Schigebiet, das heißt Veitsch und Semmering, aber auch Bürgeralpe. (Abg. Purr: „Keine Zeit, vielleicht in der Pension!“) Ich weiß nicht, wo du deine Zeit verbringst, jeder hat halt sein Hobby, vielleicht hast du ein anderes.

Kolleginnen und Kollegen, die Probleme, die wir haben, sind sicherlich gegeben, und wir haben Rückgänge zu verzeichnen. Das heißt nicht, daß sich nicht alle gemeinsam und miteinander bemühen, um hier im Endeffekt natürlich auch etwas weiterzubringen. Aber die Gegebenheit ist eine andere. Denken wir einmal daran; daß wir gemeint haben, zu einer bestimmten Zeit, und ich könnte das in einem Protokoll nachlesen, daß die Gäste aus dem Osten billigere Quartiere suchen, die sind froh, wenn sie Zwei-, Dreisterne, na, vielleicht auch ein Einsternquartier finden. Wir stellen an der Entwicklung fest, daß dem nicht so ist, denn auch die Gäste aus Ungarn, der Slowakei und aus Tschechien bevorzugen teurere Quartiere, was sich im Endeffekt auch darin widerspiegelt, daß die Drei-, Vier-, Fünfsternehotels im Ansteigen begriffen sind, einen ausgesprochenen Zuwachs haben, die Privatquartiere, die Bauernhöfe Sommer wie Winter einen Rückgang verzeichnen.

Nun, meine Damen und Herren, das sind sicherlich gesamtösterreichische Gegebenheiten und gesamtösterreichische Probleme. Sie gelten natürlich auch mit unterschiedlicher Ausprägung für jede Region anders. Aber eines ist sicherlich klar, ob Bediensteter, ob Gastwirt, ob Gastronom, ob in irgend einem anderen Bereich tätig, alle müssen sich anstrengen, sie strengen sich auch an, nur eben in manchen Bereichen mit unterschiedlichem Erfolg und unterschiedlicher Intention.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte auch auf eines eingehen, von dem wir heute schon einmal gesprochen haben oder von dem man gesprochen hat, nämlich auf die Frage der flexiblen Arbeitszeit und auf eine Veränderung des Arbeitszeitgesetzes.

Meine Damen und Herren, versetzen Sie sich einmal in die Gegebenheit eines Arbeitnehmers, der um 9 Uhr Vormittag oder viele um 8 Uhr Vormittag beginnt mit dem Frühstück, durcharbeitet bis um 14 Uhr, dann eine Stunde Zimmerstunde geht, dann die Bedienung beim Abendessen macht und dann noch die Barbedienung bis 24 Uhr oder 1 Uhr Früh. Also, wenn dessen Arbeitstag nicht lange dauert, dann frage ich Sie, was Sie von ihm wollen? (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, davon reden manche nur. Ich war vor drei Wochen erst eine Woche auf Schiurlaub und habe dort festgestellt, wie lange die Leute arbeiten. Und ich kann Ihnen die Beispiele bringen. Es gibt auch genügend Überprüfungen, und wenn dabei gefordert wird, die Arbeitszeit für die Lehrlinge anders zu verteilen und anzupassen, mit der Begründung, daß sie halt in ihrer Freizeit ja sowieso in einer Diskothek sind, dann, verzeihen Sie mir; finde ich keinen Vergleich dabei. Denn bitte schön, ein bißchen ein Privatvergnügen hat auch ein junger Mensch, aber ich sage auch dazu, wir haben alle gemeinsam darüber nachzudenken, wie es zukünftig gelingt, Arbeit besser zu bewältigen, Arbeit besser zu verteilen, aber nicht durch verlängerte Arbeitszeiten allein, sondern durch den Einsatz mehrerer Kräfte, vielleicht auch in einem

anderen Rhythmus. (Abg. Wiedner: „Die Kräfte muß man erst bekommen!“) Da gebe ich dir recht, daher müssen wir nachdenken darüber, wie wir das also hinkriegen. Denn eines bitte ist auch klar, den Beruf des Kellners und der Köchin, der Küchenhilfe haben sich nicht die Bediensteten zusammengehaut, sondern bitte die Öffentlichkeit und alle, die damit zu tun haben. Jetzt ist man wieder dabei, seitens der Betreiber, das Image anzuheben und jene Bereiche zu flicken, die man verbrochen hat.

Aber, meine Damen und Herren, es kommt nicht von ungefähr, daß gerade das Gastgewerbe die wenigsten Leute findet, die also dort lernen wollen und die zukünftig ihren Beruf dort ausüben wollen. Verzeihen Sie mir, es ist so. Ich sage nur das, was drinnensteht und was überall drinnen ist. Wir werden uns halt gemeinsam – alle gemeinsam, sage ich – bemühen müssen, die Wertigkeit jener Menschen wieder anzuheben, nämlich, daß sie nicht in einem Bereich tätig sind, wo sie nur Diener und Dienende für andere sind, sondern wo sie als gleichwertige Leute in der Gesellschaft anerkannt werden. Leider haben sie diesen Ruf bekommen, und es tut mir fürchterlich leid, weil sie ihn nicht verdient haben und weil sie sich sehr bemühen.

Meine Damen und Herren, es hat sich die Tourismus-Ges. m. b. H. in diesem abgelaufenen Jahr '94, aber auch im fünfundneunziger Jahr – wir haben ja leider den Bericht '94 am Tisch – sehr bemüht, für den Tourismus und für das Marketing viel zu tun. Ich habe auch angenehm vermerkt, daß es ein Tourismusmarketingkonzept gegeben hat mit Unternehmensphilosophien, Marketing, Konzept und Maßnahmenplan '95, das sicherlich den Bemühungen der dort Bediensteten, aber auch dem Herrn Direktor Schrötter zuzuschreiben ist. Er ist ja von einem meiner Vorredner bereits gelobt worden. Ich bedanke mich auch bei ihm und bei allen Mitarbeitern, ich würde mich nur freuen, wenn man mehr Kontakt mit ihm hätte, denn als Tourismussprecher aller Fraktionen sollte es ja nicht nur zum zuständigen Landesrat, sondern natürlich auch zu den anderen mehr Kontakt geben.

Auf der Seite 48 des Tourismusberichtes steht „der Geschäftsbericht der Steirischen Tourismus Ges. m. b. H. ist diesem Tourismusbericht im Anhang beigefügt“. Ich finde ihn nicht, er ist nicht da, aber vielleicht wird er uns nachgeliefert. Ich frage, wo ist er, und ersuche, ihn schnellstens nachzuliefern, damit wir ihn auch anschauen können, wenn er nur beim zuständigen Landesrat liegen sollte.

Der Tourismusförderungsfonds unterliegt dem Wirtschaftsförderungsgesetz, und die Fachabteilung legt ihn vor, es wäre nur dienlich, wenn man über einen Tourismusbericht redet und dann den Bericht der Steirischen Tourismus GesmbH. bekommt, daß man auch den Förderungsfondsbericht gleichzeitig hätte, weil man dann auch über Investitionen und Förderungen reden könnte, wobei ich bemerken darf, daß im Jahr 1994 laut Bericht weit weniger Geld in den Tourismus geflossen ist als 1993. Es waren insgesamt um rund 13 Millionen weniger in den einzelnen Bereichen. Ich glaube, das liegt aber vielleicht auch daran, daß manche Dinge über das Jahr hinweggehen und halt nicht so abgerechnet werden, wie man sich das vorstellt.

Meine Damen und Herren, daß das Tourismusgesetz, das wir 1992 beschlossen haben, das 1993 erstmals in Anwendung kam und 1994 seine Auswirkungen gezeigt hat, etwas Gutes ist, freut mich, weil es waren unsere gemeinsamen Bemühungen, und es freut mich auch, daß in diesem Tourismusbericht mit Stolz darauf verwiesen worden ist, daß sich 21 Regionalverbände gegründet haben, denn das wollten wir ja seinerzeit im Paragraphen 6 des bezughabenden Gesetzes mit besonderen Förderungen drinnenhaben, weil wir glauben, daß diese Anreize wichtige Anreize sind.

Wenn im Bereich Grundlagendarbeit ein Alpinschikonzzept, ein Bäderkonzept, ein Radkonzept und ein Wanderkonzept Steiermark angeführt wird, Überlegungen zum Ausflugsverkehr, zur Umwelt und zur Landwirtschaft im Gange sind, dann freue ich mich darüber, ich hätte sie nur auch gerne gesehen. Vielleicht kann man sie uns auch in dieser Form zur Verfügung stellen.

Die Europäische Union ist sicherlich ein weiterer Prüfstein in der Frage des Tourismus für uns alle, und wir werden uns sehr, sehr bemühen müssen, wollen wir diesen hohen Level, den wir haben, auch behalten. Nur, meine Damen und Herren, es wird sehr schwierig und schwer sein, wir werden uns auch, glaube ich, damit abfinden müssen, daß wahrscheinlich die Schritte nach vor nicht mehr so groß sind. Irgendjemand hat heute gesagt, wenn wir drei Schritte nach vor tun, gehen wir vier zurück. Das glaube ich nicht. Aber im Gleichklang sollten wir versuchen, diese Schritte zu setzen, daß wir also Förderungen einerseits und Entwicklung andererseits doch im Gleichklang auch finden können.

Meine Damen und Herren, ich stimme dem Kollegen Tasch beim blauen Auge zu. Nur, es ist noch immer blau, und normalerweise schwillt ein blaues Auge in einer bestimmten Zeit ab. Es ist noch immer blau, man sieht es noch, vergessen wir es nicht. Es erinnert uns immer wieder daran, daß wir noch etwas tun müssen.

Zur Frage: „Vranitzky: 120 Millionen für die Region.“ Es gibt dazu schriftliche Zusagen, an die regionalen Abgeordneten einerseits, an die Bürgermeister andererseits, diese 120 Millionen einzusetzen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nur, die Marie ist ausgegangen!“) Es müssen nur, meine Damen und Herren, entsprechende Konzepte vorgelegt werden. (Abg. Ing. Löcker: „Über Geld spricht man nicht!“)

Verzeihen Sie bitte, auch das Land Steiermark. Lieber Kollege Peinhaupt, ich kann kein Konzept für Knittelfeld oder Judenburg vorlegen, das überlasse ich – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das haben wir gemacht!“) 120 Millionen habe ich gesagt, nicht 10 Milliarden. 10 Milliarden, von denen redest du. (Abg. Peinhaupt: „10 Milliarden, das ist richtig!“) Also ich weiß nicht, wo die 10 Milliarden sind. Aber die 120 Millionen sollen der Investition für ein Volumen von 10 Milliarden dienen, ja, da werden wohl andere auch noch etwas dazugeben müssen, das ist selbstverständlich keine Frage.

Denn 120 Millionen hingeben alleine wird man ja wahrscheinlich nicht, sie sollen ja eine Förderung zu diesen Bereichen sein.

Meine Damen und Herren, zum Letzten zu Olympia. Auch wenn es – und ich sage das ganz frei, auch ganz offen und ehrlich – zwischen der ÖVP und der SPÖ – so hoffe ich – in der Zukunft ein besseres Klima, eine Zusammenarbeit im Sinne und zum Wohle des Landes geben wird, damit wir etwas weiterbringen, bei Olympia darf ich klar und deutlich feststellen, werden wir dieser Umarmung nicht folgen. Denn wir haben ein paar andere Sorgen, wo wir 10 Milliarden Schilling hineingeben können. Da haben wir diese anderen Sorgen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Hat Vranitzky auch etwas über die Olympiade gesagt?“)

Also ich habe das nicht gehört. Es steht im Koalitionsübereinkommen irgend etwas drinnen, daß solche Dinge allgemein unterstützt werden sollen, aber das heißt noch lange nicht bei uns. Aber ich habe also in dieser Sache noch immer im Ohr, daß 72 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sagen „wir brauchen keine Olympiade“. Daher bin ich bei denen. Wir haben andere Probleme. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Vranitzky hat auch nur 35 Prozent der Bevölkerung!“)

Geben wir das Geld dorthin. Auch der Herr Vranitzky wird Geld dort hingeben, wo wir es dringender brauchen. Aber, lieber Herr Kollege, ich kann dich ja verstehen, eure Rechnung ist ja nicht aufgegangen, stark und stärker zu werden. Im Bund habt ihr zwei Mandate verloren, obwohl wir so für die Auflösung waren. Beim Land anstatt vier Mandate nur eines gewonnen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das habt ihr gedacht, daß wir 4 Prozent gewinnen, nicht wir!“) Ich kann verstehen, daß der Magen schmerzt und daß deine Erwartungen vor allem, Landesrat zu werden, nicht erfüllt worden sind, schmerzt dich, aber nicht mich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wolltest du nicht Klubobmann werden?“) Ich bitte, mein herzliches Glückauf entgegenzunehmen. Ich wünsche euch alles Gute. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Karisch. Ich erteile es ihr:

Abg. Dr. Karisch (15.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben jetzt eine Stunde über die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für unser Land gesprochen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine der Hauptsäulen des Fremdenverkehrs lenken, das ist unsere wunderschöne Landschaft. Sie ist ein Hauptkapital für den Fremdenverkehr, neben dem Fleiß und der Freundlichkeit unserer Bevölkerung. Wir Steirer leben in einem wunderschönen Land, in einem Land der Vielfalt – von den gletscherbedeckten Bergen im Norden über das grüne Mittelgebirge bis ins Weinland hinunter. Wir sind das grüne Herz Österreichs und auch Mitteleuropas. Sechzig Prozent unserer Fläche sind von Wald bedeckt, und der Wald nimmt zu. 42 Prozent unseres Landes stehen unter Landschafts- und Naturschutz. Wir müssen uns sehr darum bemühen, dieses Kapital – es ist wirklich ein Kapital – für den Fremdenverkehr der Zukunft zu erhalten.

Der WWF hat in einer Studie vor einigen Jahren festgestellt, daß jährlich 35 Hektar unserer Landes-

fläche österreichweit unter Asphalt verlorengehen oder anderweitig verbaut werden. Für Niederösterreich gibt es eine Untersuchung, wonach jährlich eine Fläche im Ausmaß von Wiener Neustadt an landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen für Bauland verlorengeht. Zurückgegeben wird der Natur relativ wenig. Darüber gibt es keine Statistiken.

Meine Damen und Herren, wir werden in wenigen Wochen eine Steuer auf die Naturentnahme beschließen, eine Steuer auf Schotter, eine Steuer auf Wasser. Fünf Schilling pro Tonne Schotter ergibt ein errechnetes Aufkommen von 100 Millionen Schilling für unser Land.

Die Steiermark war in den letzten Jahren ein Stiefkind beim Naturschutz, was die finanzielle Dotierung anbelangt. 17 Schilling pro Kopf und Jahr ist vergleichsweise wenig, bei den Vorarlbergern sind es 38 Schilling gewesen, und die Burgenländer wollen jetzt gar auf 91 Schilling hinaufgehen.

Viele Länder haben schon seit Jahren eine Schotterabgabe, und die kommt dort dem Naturschutz zugute. Unsere Bevölkerung wird nur dann Verständnis für diese Steuerbelastung, sowohl auf Schotter als auch auf Wasser, haben, wenn wir zumindest einen großen Teil davon der Natur zurückgeben, wenn wir sie für die Erhaltung der Natur in unserem Land investieren. Ich möchte Sie alle dabei um Ihre Unterstützung bitten.

Heute vormittag gibt es unten eine Demonstration der Naturschutzplattform, deren Mitglieder ich loben möchte. Die Naturschutzorganisationen in unserem Land arbeiten seit Jahren ehrenamtlich, daß heißt unentgeltlich, und haben wesentlich dazu beigetragen, daß soviel für die Natur in diesem Land geschehen ist. Die Vertreter der Plattform haben mir einen Stein übergeben – einen Schotterstein –, und ich wollte ihn eigentlich weitergeben an unseren Finanzlandesrat Ressel. Nur, ich habe gehört, er ist leider nicht da. Er ist auf Urlaub, den hat er sich sicher verdient, er ist im Roten Meer und taucht dort. Schottersteine wird er nicht finden. Dieser hier hat ein schönes rotes Mascherl, er wäre für ihn so richtig schön gewesen. Wir werden das bei der Budgetdebatte nachholen. Ich werde ihn bitten, daß ein großer Teil dieses Schotter-schillings dem Naturschutz zugute kommt.

Der Naturschutz kann es brauchen. Wir haben große Projekte, angefangen vom Tabuzonenkatalog, dem Wunsch nach Nationalparks, dem Ausbau des Vertragsnaturschutzes bis hin zum Biodigitop II. Wir haben eine ganze Reihe von großen Projekten in diesem Land, und ich wünsche mir, daß dabei etwas weitergeht.

Ich habe noch ein zweites Anliegen. Auch der Wasserschilling soll nicht nur in das Budget fließen und Budgetlöcher stopfen. (Beifall bei den Grünen.)

Ein Teil, und zwar ein beträchtlicher Teil, des Wasserschillings sollte dazu verwendet werden, unsere großen Grundwasservorräte zu sanieren. Das ist dringend notwendig. Wir haben große Belastungen im Raum Grazer Feld, im Bezirk Radkersburg, auch Feldbach hinauf. Im Bezirk Leibnitz ist manches besser geworden. Wir sollten die nötigen Sanierungsmaßnahmen, die nicht billig sind, auch in den anderen Grundwassergebieten ergreifen. Ich sage Ihnen das,

weil ich Sie heute schon bitten möchte, mich dann zu unterstützen, daß wir wirklich auch einen Teil dieses Steueraufkommens dem Zweck des Naturschutzes beziehungsweise der Wasserversanierung widmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.31 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Frau Kollegin Karisch, ich bedanke mich, daß Sie den Stein nicht anderweitig benützt haben.

Als nächstes am Wort ist die Frau Kollegin Keshmiri.

Abg. Keshmiri (15.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte gleich am Anfang sagen, ich werde mich nicht allzu lange halten, ich werde es eher kurz machen.

Der vorliegende Bericht über den Tourismus 1994 beinhaltet meiner Meinung nach sehr gute Statistiken über Nächtigungen, über Angebot und Nachfrage. Allerdings fehlt für mich ein großes Kriterium, das ist die Auslastung der einzelnen Betriebe in den Bezirken. Und gerade die Auslastung ist besonders wichtig, weil durch diese die Betriebe konkurrenzfähig bleiben und dadurch die Preise niedrig gehalten werden können.

Wenn ich mir nun diese wenigen Zahlen der Auslastung in diesem Bericht anschau, dann komme ich zu dem Schluß, daß eigentlich nur deshalb keine größeren negativen Werte aufgefallen sind, weil eben das Angebot an Betrieben in den letzten Jahren besonders drastisch zurückgegangen ist. Nebenbei möchte ich noch anmerken, daß es sehr bedeutsam ist, daß nur bei einer fünfzigprozentigen Auslastung der Betrieb auch voll kostendeckend arbeiten kann, und jeder Wert darunter bedeutet, daß die Preise in die Höhe gehen. Und gerade dadurch sind wir in Österreich ja besonders belastet. Weiters möchte ich nur anmerken, auch wir haben den Beschlußantrag über die Getränkesteuer der Freiheitlichen unterstützt. Und ich glaube, Kollege Tasch hat diesen nicht richtig gelesen, es geht auch darum, daß die Kosten, die den Gemeinden anfallen, durch den Finanzausgleich rückerstattet werden sollen.

Ich möchte noch kurz auf die Steiermark eingehen. Sie hat zwei Schwerpunkte, den Tourismus betreffend. Zum einen die Obersteiermark, da im besonderen Bezirk Liezen, Salzkammergut, oberes Murtal, zum anderen die Thermen- und Weinregion in der Südsteiermark. Diese tourismusintensiven Gebiete sollten gefördert werden, und zwar liegt mir da der Bezirk Liezen besonders am Herzen, weil im Jahre 1994 ein Minus von 73.000 Nächtigungen in der Sommersaison zu verzeichnen war. Mit Fördern meine ich jetzt allerdings nicht, neue Betten zu schaffen – das würde ja wiederum einen Wettbewerbsverzerr bedeuten –, sondern in erster Linie eine Verbesserung der Infrastruktur.

Wenn ich mir da die Infrastruktur im Süden anschau, zum Beispiel in der Gegend um Stainz, die läßt da einiges zu wünschen übrig, und gerade diese Gegend wäre ja prädestiniert dafür, als zum Beispiel Toscana von Österreich verkauft zu werden.

Wenn ich nun die Infrastruktur aufbauen möchte, dann muß ich mehrere Punkte beachten. Zum einen, welche Gäste will ich haben? Das heißt, ich soll auf die Bedürfnisse der Gäste eingehen. Zum anderen, zu welchem Preis will ich sie haben? Zum nächsten, zu welchem Zeitpunkt will ich sie haben? Und zum vierten, zu welchen gleichen Mengen will ich sie haben?

Und da könnte man sich ruhig an professionellen Betrieben orientieren, die mit ihren Angeboten die Gäste sehr zufriedenstellen und nicht selten auch Orte und Regionen in diese Maßnahmen miteinbeziehen. Nur so kann meiner Meinung nach die Steiermark längerfristig in der Tourismusbranche konkurrenzfähig bleiben und international auch mithalten. Allgemein gesehen möchte ich zum Abschluß noch sagen, daß es meiner Meinung nach wichtig ist, ein Umdenken in der Tourismusbranche herbeizuführen, und zwar, wir müssen anders sein, das heißt, gästerorientierte Qualität soll angeboten werden. Wir sollen besser sein, und zwar nicht nur die Betriebe, sondern auch die Orte und damit auch die Infrastruktur, und zum dritten, wir müssen kleiner sein, das heißt, wir sollen uns mit geringeren Umsatzerwartungen zufrieden geben und damit kostendeckend arbeiten. Danke. (Beifall beim LIF, den Grünen und der FPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster um das Wort gebeten hat der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (15.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mehrmals wurde in dieser Tourismuskonversation die Getränkesteuer angesprochen. Ich bin zwar der Überzeugung, daß es für die Getränkepreise besser wäre, es gäbe sie nicht, aber nur eines, man kann nur dann davon reden, sie abzuschaffen, wenn für die Gemeinden ein Einnahmenerersatz hundertprozentig gesichert ist, nicht nur vage und dann über den Finanzausgleich, wo wir noch nicht wissen, wie die Reaktion dort sein wird. Jetzt nehme ich meinen Bezirk heraus. 40 politische Gemeinden im Bezirk Deutschlandsberg haben im Jahr ein Getränkesteueraufkommen von 30 Millionen Schilling. Und diese 30 Millionen Schilling werden den Gemeinden fehlen. Wenn Sie konkret sagen, die Gemeinde soll dann von mir aus eine Gehsteigsteuer einführen oder was auch immer, und das ist gesichert, und das geht sich aus, dann können wir darüber gerne reden. Am Beispiel der Schweiz, wie es Kollege Vesko zitiert hat, können wir uns kein Bild machen. Denn die Schweizer sind im Gesamtniveau so teuer, daß wir uns einen Schweizer Urlaub nicht leisten können. Ich sage das sehr deutlich als Österreicher, weil eben die Schweiz trotz der niedrigen Getränkesteuer in vielen anderen Bereichen wahnsinnig teuer ist und deshalb nicht für uns als Reiseland primär in Frage kommt. Meine Damen und Herren! Eines steht, in dieser Situation, in der wir leben, fest, daß seit 1992 der Tourismus insgesamt in Österreich kaum mehr positive Zahlen aufweisen kann. Überall, ausgenommen die Steiermark, ja, aber auch dort unter größtem Einsatz, sind die Zahlen rückläufig. Wir haben 1992 noch 130 Millionen Nächtigun-

gen in Österreich gehabt, bei anhaltender Entwicklung, wie wir es nämlich 1995 schon deutlich hatten, werden wir im Jahr 2000, also in rund vier Jahren, nur mehr 100 Millionen Nächtigungen haben. Deutlicher zeigen das natürlich auch die Zahlen auf, die wir im Jahr 1995 bei den Ankünften im Vergleich zu 1990 hatten. Im Jahr 1990 hatten wir noch den Rang 6 bei den Ankünften in Österreich, im Jahr 1995 nehmen wir bereits den Rang 10 ein. Ungarn und Polen sind bereits deutlich auf der Überholspur. In diesem Zusammenhang sei auch deutlich darauf hingewiesen, daß sich das Leistungsbilanzdefizit in Österreich im Jahr 1995 verdoppelt hat. Der Tourismus ist kaum mehr in der Lage, dieses Handelsdefizit wettzumachen. Der Tourismus kann die Importüberschüsse immer weniger ausgleichen. Das ist keine Feststellung von mir, sondern das sagt auch der Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank. Am Leistungsbilanzdefizit ist vor allem die Reiseverkehrsbilanz schuld, und das ist uns allen bekannt. Es wurde auch jetzt schon so oftmals in dieser Diskussion davon gesprochen, welche Angebote an Flügen sich bieten und wie sehr wir davon auf Grund des günstigen Preises Gebrauch machen. Die Österreicher haben rund 10 Milliarden Schilling im Jahr 1994 weniger ausgegeben als 1995 oder umgekehrt, 1995 um 10 Milliarden Schilling mehr als 1994. Jetzt gibt es wieder ein wunderbares Stichwort, und da wird die Frau Kollegin Hartinger sagen, ja, Exportbelebung. Freunde, wenn wir nicht günstig sind, wenn der Preis nicht paßt, aus Liebe zu uns kauft uns niemand im Ausland etwas ab. Deshalb war auch der Schritt der einzig richtige, der nämlich in die EU. Meine Damen und Herren! Die konjunkturellen Auswirkungen spüren wir natürlich überall – auch im Tourismus. Und das Tourismusgeschehen ist ganz eng verbunden mit der konjunkturellen Lage. Wenn, meine Damen und Herren, der Wettbewerb hart geworden ist, so kommt das ja nicht zufällig, und man sagt, das ist die allgemeine Entwicklung. Übersehen wir bitte nicht die Parität Schilling – Lira. Der Lirakurs ist so günstig, daß es verständlich ist. Wir sind in Österreich im Vergleich zu unseren Nachbarländern um vieles zu teuer. Paierl, unser Wirtschaftslandesrat, sagte, und an dem Satz soll man festhalten, und ich freue mich darüber, daß er auch gleich so deutlich gekommen ist, Politiker schaffen keine Arbeitsplätze. Die sind für die Rahmenbedingungen einzig und allein verantwortlich, und nur diese. Ich sage in diesem Zusammenhang, wenn wir teuer sind, ist ja die Lohnkostenentwicklung daran schuld. Es muß doch endlich einmal jemand auf die Idee kommen, Tarifänderungen vorzunehmen, Rationalisierungen im Versicherungswesen vorzunehmen. Es ist undenkbar, daß das alles so bleibt. Und die, die ohnehin melden und ohnehin ihre Pflicht erfüllen, die zahlen von Jahr zu Jahr mehr am 1. Jänner, und alles andere links und rechts darum ist uns egal. Die Arbeitslosenzahlen schnellen ja nicht deshalb in die Höhe, weil es die Arbeit nicht gibt, sondern weil man sich verschiedenes nicht mehr leisten kann. Und die Lohnnebenkosten müssen auch für die Zukunft uns in der Wirtschaft ein Anliegen sein, auch was das Arbeitslosengeld betrifft. Wir erwarten uns von dieser Bundesregierung, und das sage ich sehr deutlich, daß auch da einmal ein Strich gezogen wird, daß es nicht mehr attraktiv ist, in der Arbeitslose zu verbleiben.

(Abg. Gennaro: „Schaffen wir den Arbeitslosenbezug ab, dann gibt es keine Arbeitslosen mehr!“)

Ich sage eine Grenze in der Höhe zu ziehen.

Jedenfalls gibt es viele, und da spreche ich aus eigener Erfahrung, die auch bei Vermittlung von Arbeitsplätzen zu mir gekommen sind und gesagt haben, ich zitiere jetzt bitte persönlich, jetzt verdiene ich dort 12.500 Schilling netto, soviel habe ich ja früher auch Arbeitslose gehabt. Dort bleibe ich nicht. Ich habe ihm leider die Auskunft gegeben, daß ich dafür nicht verantwortlich bin, daß dieses Lohnniveau dieses ist. Er muß sich mit seiner Firma in Verbindung setzen. Hoffentlich ist er seiner Firma auch noch mehr wert. Zum anderen sei eines noch gesagt, wenn wir uns hier zusammensetzen und die Tourismuszahlen beobachten: 1995 war das Rekordjahr der Pleiten. 67 Milliarden sind in den Kamin geschrieben worden. Übersehen wir das bitte nicht, denn das geht ja nicht spurlos an uns vorüber. An der Spitze nicht die BHI von Graz, sondern überraschenderweise der „soziale Konsum“, der zuerst Jahre hindurch eine harte Konkurrenz war, kleine und mittlere Betriebe zum Zuspinnen gebracht hat und dann gesagt hat, Freunde, jetzt sperren wir zu. Wir suchen aber Leute, die unsere Leute weiterbeschäftigen. (Abg. Gennaro: „Die Platte redest du schon oft genug; zähle alle auf!“)

Lieber Herr Kollege, ich bin gerne bereit, das noch öfter zu sagen, denn die Sache ist ja nicht klein. Das kann man ja nicht so einfach wegstecken. Wir können nicht so tun, als wäre nichts passiert. Das sind die Dinge, die uns beschäftigen.

Wenn du etwas hören willst, an dieser Situation im allgemeinen tragen auch die von mir oftmals zitierten Gebietskrankenkassen ihren Anteil dazu bei. 1994 waren es 340 Insolvenzen, die von der Gebietskrankenkasse in der Steiermark eingebracht wurden. 1995 waren es bereits 425 Insolvenzen. Da hat die Gebietskrankenkasse den Konkursantrag gestellt. In Summe, meine Damen und Herren, sind für die Zukunft so Pauschalforderungen zu wenig.

Und wenn der Herr Kollege Vollmann da sagt, das ist alles zu teuer, und der Preis ist ein Nepp, das ist dort eine ganz harte Arbeit, die die Leute in der Gastronomie leisten, und für die, die im Tourismus tätig sind. Sie müssen auch ordentlich bezahlt bekommen, selbstverständlich, das will ich auch hoffen. Und Samstag und Sonntag zu arbeiten heißt etwas, daß das Produkt natürlich deshalb nicht billig sein kann, das kann ich mir vorstellen, wer diese Arbeit leisten will. Es trennen uns ja hier, liebe Freunde von der SPÖ, viele, viele wirkliche Anschauungsunterschiede! Wenn jetzt noch immer verlangt wird, kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, dann stimmt etwas nicht. Ich bin der Meinung, viele Leute zu beschäftigen, kürzer zu arbeiten, aber selbstverständlich auch den Lohnausgleich nicht mehr zu gewähren. Weil wir es uns nicht leisten können.

Ein letztes Wort zu dieser so friedlichen Zusage von den 120 Millionen. Und wenn ich dann höre, daß es dafür keine Konzepte gibt, muß ich sagen, das ist eine Klasse Wirtschaftsförderung. Da geben wir einmal zuerst einen Betrag, aber wir wissen nicht für was. Ich bin der Meinung, zuerst müssen wir wissen, was wir wollen, und dann eigentlich kommt der Betrag, der erforderlich ist. Ich sage das, letzte Sache dazu ist

– glaube ich –, daß es möglich sein muß, auch wieder Investitionen für die Zukunft zu machen. Es müssen die Kosten gesenkt werden, damit wir attraktiver werden, damit unsere Angebote stimmen. Und wenn ich mich heute an die Diskussion von Blumau am Vormittag erinnere, da freue ich mich eigentlich über alle Schritte, die im Bereich Wirtschaftsförderung gemacht wurden bis dato, da freue ich mich über alles, was bisher im Tourismus in der Steiermark geschehen ist, denn mit diesen Anschauungen, die wir heute vormittag im Ausschuß kennengelernt hätten, da würde es mit den Förderungen traurig ausschauen. Da bleibt das Werkl in Blumau unten stecken. Was das für die Region bedeutet, was das für die Steiermark bedeutet, meine Damen und Herren, das werden wir erst sehen. Wir werden auch sehen, wer sich dann das Federl an den Hut heftet. (Beifall bei der ÖVP. – 15.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (15.48 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Purr, das paßt gerade, daß ich jetzt am Wort bin. Wir haben ja nachher noch eine Debatte über Blumau, aber alle jene Wortmeldungen, die im Kontroll-Ausschuß gefallen sind, auch aus Sorge um Blumau und auch wenn man den Bericht betrachtet, der nicht aus Jux und Tollerei so erstattet worden ist, wo einfach der Rechnungshof hier erklärt hat, es sind zuwenig Unterlagen vorhanden, und ich bin nicht der Verteidiger des Rechnungshofes, aber meine Meinung dazu ist bekannt. Ich bekenne mich zu diesen Förderungen in der Form, aber es muß doch möglich sein, daß man auch kritische Gedanken anhört. Und wenn Sie dann einfach so sagen, na ja, na gute Nacht, was da so geäußert worden ist, dann steht es schlecht um die Steiermark. Mir hat auch gefallen, was der Otto Heibl gesagt hat, weil er einfach gemeint hat, das wäre eine Katastrophe für die Steiermark, die Ruinen stehenzulassen. (Abg. Purr: „Er ist ja auch ein guter Mann!“) Aber es gibt ja auch einen anderen Aspekt. Und wenn jemand erklärt, es gibt kein Konzept, man muß das auch zur Kenntnis nehmen. Und wenn Sie da sagen, wenn diese Meinung sich durchsetzt, dann gute Nacht, mir kommt das schon sehr oberflächlich vor und vor allem auch sehr ungerecht gegenüber den Beamten des Rechnungshofes. Weil letzten Endes der Rechnungshof beauftragt worden ist vom Landtag, und die haben nach bestem Wissen und Gewissen ihre Arbeit gemacht und haben halt nicht die entsprechenden Unterlagen gemacht, und Sie sind möglicherweise der erste bei anderen Projekten, wenn es schief geht, der sagt, warum haben die Herrschaften nichts gesagt? Das nur dazu, ich glaube, man soll das nicht so schwarzweiß malen, obwohl auch ich der Meinung bin, daß in der Wirtschaft, auch im Tourismus, Optimismus am Platz ist, weil natürlich solche Projekte wie Blumau immer ein gewisses Risiko in sich haben, weil man nie weiß, welche wirtschaftliche Entwicklung sich ergibt, weil man nie weiß, ob das wirklich so einschlägt, und weil man auch nie genau sagen kann. Schauen Sie, der Mayreder, vor zwei Jahren war er im „Trend“ der Mann des Jahres. Ganz Österreich ist ihm zu Füßen gelegen, weil er angeblich der beste Wirt-

schaftsunternehmer war, zwei Jahre später war er pleite. So nah liegt das beieinander.

Ein Zweites: Die Kollegin Karisch ist jetzt nicht da, ich will auch gar nicht diesen Tourismusbericht hier zum Anlaß nehmen, um jetzt eine Umweltdebatte hier zu führen, obwohl mir und uns allen bewußt ist, daß eine unversehrte Landschaft unser Kapital ist. Der Vollmann ist nicht da. (Abg. Vollmann: „O ja, da bin ich!“)

Entschuldige, er steht, in seiner sportlichen Drahtigkeit, weil ich frage mich beim Vollmann, der war zweimal schifahren in letzter Zeit. Daß du so oft schifahren gehen kannst, wir müssen arbeiten in der Zeit. (Abg. Vollmann: „Mit der Figur ginge ich auch nicht schifahren!“)

Gut, er ist kein Klubobmann, daher kann er mehr schifahren.

Macht nichts, aber ich kann es mir nicht leisten, weil ich muß inzwischen arbeiten, während du schifahren gehst:

Ich bin weit entfernt davon, ein Chauvinist zu sein, und ich bin auch nicht einer, der nur an die Thermenregion denkt, und weil du gesagt hast und weil wir früher geredet haben vom Thermenland, das war und ist auch die Chance des Thermenlandes, daß dort eine einigermaßen unversehrte Landschaft ist. Und wenn ich nur an die Bedrohung denke durch die Verbrennungsanlagen, so wünsche ich mir, daß nicht das wahr wird, was der Kollege Hirschmann hier angekündigt hat, daß in der Steiermark er für das Durchziehen der Verbrennungsanlagen ist, weil wir werden ja erleben, wie das ist. Überall dort, wo die geplant sind, abgesehen davon, daß sie gesundheitsschädigend sind, wird sich der Widerstand formieren. Ich glaube nicht, daß das in Trieben gebaut wird. Da wird der Tasch der erste sein, na ja, die Triebener haben was davon, und die anderen haben den Dreck. So ist es ja in dem Fall das Problem. Aber nur zu den Großprojekten. Ich persönlich bin kein Anhänger von Großprojekten. Ich muß auch sagen, was die Olympiade betrifft, so glaube ich einfach, daß die Olympiade Graz nicht der richtige Ansatz war. Wir sehen es jetzt. (Abg. Ing. Löcker: „Zuviel Schnee in Graz!“)

Diesmal wäre es ja gegangen vielleicht vom Schnee her. Man hat ja fast bei der Schneeräumung das Gefühl gehabt, es ist in Richtung Olympiade schon angelegt, aber prinzipiell sollte uns die Erfahrung von vielen olympischen Spielen zu denken geben, daß hier Großprojekte aufgezogen werden, die viel Geld kosten und dann nachher unbenutzt im Raum stehen und ein Defizit überbleibt und dieses Geld, das hier verbraucht wird oder gebraucht wird, sehr viel besser in Kleinprojekte gesteckt wird. Wenn ich daran denke, wie sehr man oft bemüht sein muß, um eine Förderung zu bekommen, wobei ich nicht dem Gießkannenprinzip das Wort rede, was der Kollege Vesko erwähnt hat. Aber im Grunde genommen sind Olympiaden heute in erster Linie ein Fest von Professionals. Es ist noch mehr so, daß – wie früher – das Amateure waren, die dem Sportgeist gehuldigt haben und der Ertüchtigung, sondern das sind heute beinharte kapitalistische Wettspiele, wobei ich nichts gegen den Kapitalismus an sich habe. Aber in der Form ist es für mich hinausgeworfenes Steuergeld. Lillehammer ist ein Musterbeispiel. In Lillehammer stehen die Anlagen herum

und - ich glaube - der Abgang ist zig Milliarden Schilling. (Abg. Vollmann: „16 Milliarden!“) Ich bekenne - und da bin ich auf der Seite der SPÖ -, wir sollten uns vor so Großprojekten hüten, vor allem dann, wenn man woanders kein Geld hat, noch dazu, wo ich jetzt gehört habe, daß diese Schottersteuer und diese Wassersteuer zum Schließen von Budgetlöchern vorgesehen ist, und nicht für Umwelt- und Naturschutzaufgaben. Ich bitte wirklich - und der Kollegin Karisch, wenn sie hereinkommt, sage ich ihr das -, sie soll nicht den Herrn Finanzreferenten Ressel bitten, daß er das für Naturschutzzwecke verwendet, weil er kann es nicht allein entscheiden, und er ist auch keiner, den wir bitten, sondern wir Abgeordneten haben die Budgethoheit. Und die Kollegin Karisch und auch alle anderen, die naturschutz- und umweltbewußt sind, werde ich dann bei der Budgetdebatte erinnern, ob sie bereit sind, diesen Beschluß zu fassen, daß diese beiden Abgaben für den Natur- und Umweltschutz verwendet werden, und nicht zum Stopfen von Budgetlöchern. Und hier sich hinstellen und sagen, bitte, Herr Finanzreferent, tun sie das so, daß vielleicht doch ein bißchen was übrigbleibt für den Naturschutz, wo in ganz Österreich das für den Naturschutz verwendet wird, da sollten wir Steirer doch keinen eigenen Weg gehen, wo übrigens wir ohnedies das Problem haben als Landtag, daß wir in der Zeitung lesen - ihr seid besser informiert, die Großparteien -, was auf Regierungsebene schon paktiert worden ist und gepackt worden ist, bei der Post ist es packeln, beim ändern ist es paktieren, und wir als Landtag hintennach, leider Gottes, weil die Abhängigkeit sehr groß ist, dann nur mehr den Stempel daraufgeben oder die notarielle Beurkundung.

Und wenn man dann diskutiert im Finanz-Ausschuß, und dann heißt es, heuer geht es nicht mehr, weil das Budget ist schon gedrückt, dann machen wir es nächstes Jahr, und nächstes Jahr geht es wieder nicht. Zum Ö-Ring, Kollege Tasch: Der Ö-Ring ist für mich der völlig falsche Weg in die falsche Richtung. Wenn man sich dort vorstellt, das ist ein Großereignis in einem Jahr, wo ganz wenige nur verdienen. Die Autorennfahrer wohnen meistens am Wörthersee, weil ihnen das Klima dort angenehmer ist, und fliegen mit dem Helikopter dann zum Rennen in die Obersteiermark, wobei übrigens zum Thema „Fliegen“ mir manches aufstößt. Wir alle, ich selten, benützen Billigflüge, beklagen die Luftverschmutzung und die Vergrößerung des Ozonloches durch das Kerosin, aber es wird kreuz und quer in der Gegend herumgeflogen, abgesehen von den Sicherheitsfragen, die dort eine Rolle spielen. Aber das spiegelt eben die Schizophrenie unserer Zeit wider. Alle, die sich über den Tourismus beklagen, daß er zurückgeht, oder sehr viele davon fahren selbst zu Weihnachten oder wann immer es geht möglichst oft und möglichst weit zu billigen Tarifen. Und dann stellt man fest, daß die Leistungsbilanz nicht stimmt. Das ist eigentlich unser Problem. Und wenn man daran anschließt, auf das du hingewiesen hast, Karlheinz, daß man einfach sagt, die beste Antwort zur Stärkung des Tourismus und der Leistungsbilanz ist halt, daß man, wenn es irgendwo geht, im eigenen Land Urlaub macht. Das heißt nicht, daß man fremde Länder kennenlernt. Aber ich bin ein Anhänger des natürlichen Kreislaufes, daß man im Winter in Österreich oder in der Steiermark schifahren

geht und im Sommer, wenn es geht, auch bei uns zur Bildung etwas beiträgt. (Abg. Tasch: „Das ist ein natürlicher Kreislauf!“)

Das ist ja leider Gottes so, daß in der heutigen Zeit das Autofahren im Kreis der natürliche Kreislauf geworden ist. (Abg. Vollmann: „Wandern in der Steiermark und wohnen in Kärnten!“)

Baden kann man bei uns auch. Zum Letzten, damit es nicht so ist, daß eine möglichst lange Rede umgekehrt proportional in der Intensität und den Aussagen ist. Herr Landesrat Paierl, Sie sind zwar nicht für Tourismus zuständig, aber ich persönlich möchte hier deponieren, ich weiß schon, daß das Ihr Konzept ist, und darauf hinweisen, daß es nicht automatisch so ist, daß private Unternehmer erfolgreich sind und, das Land oder der Bund oder der Staat nicht erfolgreich sind. Gott sei Dank ist es nicht so, und die Pleitewelle, die verschiedene Ursachen hat, beweist, daß auch Private sehr wohl Pleite gehen können. Und das Beispiel Loipersdorf, aber auch Waltersdorf, aber vor allem Loipersdorf, zeigt, daß das Land Gott sei Dank sehr erfolgreich sein kann. Beim Beispiel Loipersdorf sieht man, daß das ein Glücksfall war. Wenn man die Nächtigungsziffern für die Region anschaut, dann muß man sagen, die ganze Region lebt davon. Und sie lebt auch davon, daß dort eine gewisse Kontinuität ist und eine gewisse Stabilität. Und das war dann ein Problem, wie man bei den Geschäftsführern einmal einen gehabt hat, der manche Probleme gebracht hat, wo Präsident Wegart gesagt hat, ein hochkarätiger Manager. Dann ist er hochkarätig oder hochkantig hinausgeschmissen worden. Aber ich warne davor, und ich sage es da hier in aller Deutlichkeit, ich werde alles daransetzen, soweit das meine bescheidenen Möglichkeiten erlauben, und ich bin mir bewußt, daß diese begrenzt sind gegenüber den mächtigen Männern und Frauen in diesem Lande, die Therme Loipersdorf zu privatisieren in der Form, daß das Land nicht mehr das Sagen hat, sondern daß das andere sind. Ich denke nur an Gleichenberg, wo ein gewisser Kölbl gekommen ist, der den ganzen Kurort in größte Bedrängnis gebracht hat, wo man vielleicht froh gewesen wäre, wenn wir dort mehr zu reden gehabt hätten. Weil es kann in Loipersdorf ja auch passieren, daß einer kommt, den Gewinn herausnimmt und weiß Gott wohin transferiert. Es sind schon gut florierende Unternehmen oder beste Unternehmen an den Rand des Abgrunds gebracht worden. Wenn es dann ums Investieren oder ums Weiterführen geht, dann kommt er wieder zum Land. Ich könnte mir vorstellen, und damit bin ich schon am Schluß, daß man hier eine Aktiengesellschaft gründet, wo das Land von mir aus nur 51 Prozent behält und daß man die anderen 41 Prozent, daß man die Einnahmen daraus verwendet für Investitionen im Tourismusbereich oder auch in anderen Bereichen, aber vor allem im Tourismusbereich. Also ich bitte Sie, diese Idee, Loipersdorf zur Gänze in private Hände zu geben, nicht zu verwirklichen. (Abg. Dr. Flecker: „Zur Gänze doch wohl nicht!“) Es ist aber irgendwo gestanden. Kollege Ressel hat das auch schon einmal gesagt. So ist das nicht. Jetzt ist er ruhiger geworden in dieser Beziehung.

Es ist gesagt worden, am besten man verkauft das. Ich weiß nicht, aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Ich bitte wirklich, daß dieses Prunkstück

des Landes so bestehen bleibt. Und wenn man daran denkt, daß einmal „Katastrophe Loipersdorf“ gesagt wurde, dann sage ich, Loipersdorf ist überhaupt keine Katastrophe. Gott sei Dank hat der Wagner Horstl damals in weiser Voraussicht nicht ein Bad für Kranke konzipiert, sondern ein Erlebnisbad für Gesunde, wodurch dann eben der entsprechende Publikumszulauf gegeben war. (Landesrat Dr. Hirschmann und Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der Wagner braucht ein Hotel!“)

Ich baue kein Hotel. Den Wagner habt ihr billig verkauft und auch noch ein schönes Gasthaus als Abschiedsgeschenk gemacht, mit dem er sich heute gesundstößt. Das war eine großartige Idee, denn er hat sie genutzt und sich damit auch saniert. Aber das war so quasi als Abschiedsgeschenk. Also, diese Bitte möchte ich all den Verantwortlichen und Mächtigen auf den Weg mitgeben, weil ich einfach glaube, daß Loipersdorf ein Paradebeispiel für erfolgreiche Tourismuspolitik in der Steiermark ist. Danke. (15.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:

Es ist 16 Uhr, und wir unterbrechen die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Es gibt dazu noch sieben Wortmeldungen. Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Ing. Peinhaupt (16.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf die dringliche Anfrage der Freiheitlichen Abgeordneten gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an Landeshauptfrau Klasnic, betreffend Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten, wie folgt begründen: „Eine weitere Personalentscheidung ist offiziell“ konnten wir heute einer Tageszeitung entnehmen. Mit dem Ausdruck der Verwunderung haben wir das zur Kenntnis genommen, daß Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, Ihre Vorstellungen über die Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten der Öffentlichkeit kundgetan haben. Verwunderung aber auch deshalb, da die Äußerungen Ihres unmißverständlichen Wunsches den Schluß zuläßt, daß Sie das zuständige Kollegium präjudiziert haben, obwohl dem dagegen gesetzliche Regelungen sprechen. Wie zum Beispiel im Paragraphen 5 des Steiermärkischen Schulaufsichts- und Ausführungsgesetzes zu entnehmen, daß ja Sie, sehr geehrte Landeshauptfrau, als Präsident des Landesschulrates auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates einen amtsführenden Präsidenten zu besetzen haben. Sie haben auf Vorschlag des Kollegiums zu besetzen. Soweit es aber unseren Informationen entspricht, ist dieses Kollegium weder bestellt und hat ergo dessen auch nicht getagt. In weiterer Folge konnte dieses Kollegium ja auch keinen Vorschlag unterbreiten. Sie haben noch dazu angekündigt, eine Doppellösung treffen zu wollen. Ich weiß nicht, Halbzeitlösung, halbe Lösung, Doppellösung. Wollen Sie jetzt diese

Funktion mit rot und schwarz besetzen oder ein bisserl rot, ein bisserl schwarz? Sie wollen es auf jeden Fall beiden recht machen, dem Herrn Stadler und dem Herrn Lattinger als Vertreter dieser beiden Parteien. Sehr geehrte Landeshauptfrau! Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn nach all dem und nach Beobachtung Ihrer Verhaltensweise es uns im Glauben bestärkt, daß in diesem Lande wieder Postenschacher und Packerlei fröhliche Urständ feiern, so frei nach dem Motto „eine Hand wäscht ja wohl die andere“ – solange sie beide noch haben.

Aber gerade in diesem Zusammenhang und in diesem Blickwinkel ergibt sich doch ein gesondertes Maß an gespannter Erwartung, wie Sie – ich meine Sie beide – bei den noch ausstehenden Bestellungen hier in diesem Lande vorgehen werden. Denn Sie wissen alle, daß hinter der vorgehaltenen Hand man ja schon munkelt, daß der Bürochef des Landeshauptmannstellvertreters Schachner, Herr Oswin Kois, Direktor der STEWEAG werden soll, denn der Pakt zwischen SPÖ und ÖVP scheint zu halten. (Abg. Gennaro: „Zum Unterschied von eurem Pakt!“) Das nachzulesen bitte in der heutigen Ausgabe der „Kronen-Zeitung“.

Sehr geehrte Landeshauptfrau! Ich wage es nicht einmal, ich wage nicht einmal daran zu glauben, daß Sie oder einer Ihrer Mitarbeiter Einfluß auf den Aufsichtsrat der STEWEAG genommen haben könnte. Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, daß man aus rein parteipolitischen Überlegungen mitunter sogar gegen die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens entscheidet, vor allem aber bewußt gegen das Aktienrecht verstößt. Will man nicht mehr mit den Rechten und Pflichten festhalten, will man autonome Entscheidungen und die damit verbundene Verpflichtung nach den Grundsätzen des Verantwortungsbewußtseins und der Eigenverantwortung eines Kaufmannes zu handeln, will man das alles unterlaufen? Wollen Sie wirklich politischen Einfluß geltend machen, um so einem Unternehmen unter Umständen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, wie es ja bereits aus den Medien bekannt wird? Und ich spreche hier die Causa Klepp an. Das geht jetzt Sie an, meine Damen und Herren aus der Sozialdemokratischen Partei. Wenn ich nämlich richtig informiert bin, so war es gerade die SPÖ, die bei der interimistischen Bestellung des ÖVP-Kandidaten, Herrn Pinter, gesagt hat, daß auch der Herr Werner Klepp sehr wohl die Qualifikation besitzt, allein das Unternehmen STEWEAG zu führen. Ich berufe mich auf eine Aussage Dr. Edlinger, „Steiermark heute“. Und nun, so scheint, daß einer, der jahrelang Erfahrung und Know How in dieses Unternehmen eingebracht hat, mit 180.000 Schilling im Monat nicht mehr arbeiten darf, natürlich bei vollem Bezug des Gehaltes, weil es anscheinend nicht in das Konzept einer rotschwarzen Postenschacherei paßt. Wenn wir so weit sind in diesem Lande, daß parteipolitische Willkür Einkehr hält, dann sollte zumindest es so geregelt werden, daß die Gage Klepp aus der Parteikassa der Sozialdemokratischen Partei bezahlt werden sollte. (Abg. Vollmann: „Zahlt er alles ein bei euch?“)

Denn, Herr Kollege Vollmann, genau durch solche Entscheidungen mutet man einem Unternehmen zu, 180.000 Schilling pro Monat zu bezahlen, ohne eine Leistung konsumieren zu müssen. Aber es kommt noch eines dazu, wenn jetzt der Herr Oswin Kois auch

in die STEWEAG kommt, dann erhöht sich ja dieser Betrag um 120.000 Schilling plus 40.000 Schilling erfolgsabhängige Tangente, und das Unternehmen wird noch mehr belastet. Das aber auf einen Nenner gebracht, müßte heißen, wenn man die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens berücksichtigt, daß der Herr Kois entweder um 180.000 Schilling besser sein muß als der Herr Klepp oder der Herr Kois dem Unternehmen STEWEAG 340.000 Schilling monatlich wert sein muß. (Abg. Vollmann: „Was kostet der Raidl?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „10.000 Schilling im Monat; kannst durch zwölf dividieren?“ – Abg. Vollmann: „Er wird noch sonst was verdienen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, er ist erfolgreicher Unternehmer; das gehört nach unserer Meinung abgeschafft!“)

Lieber Herr Kollege Vollmann, ich werde mir erlauben, einen Vergleich zu nennen. Aber wissen Sie, ein gewisses Kopfschütteln und ein Unverständnis für das Verhalten der ÖVP bringe ich schon auf, denn ich kann mir nicht vorstellen, in einer angespannten Situation, wie wir es in der heutigen Zeit haben bei laufender Privilegiendebatte, Politikergehälter, Besetzungen, Objektivierung, so zu handeln, so zu packeln, liebe Landeshauptfrau, es tut sich der Anschein auf, als hätten Sie die Absicht, Ihre ÖVP auch zu verkaufen.

Auf der andern Seite – und jetzt komme ich auf dich zu sprechen, Herr Kollege Vollmann – die 130.000 Schilling jährlich für einen Aufsichtsratspräsidenten scheinen jedoch zuviel zu sein, nur 180.000 Schilling monatlich kann man für einen bezahlen, der keine Leistung mehr bringen darf. Und wenn du jetzt genau zuhörst, dann sind das monatlich 10.000 Schilling. (Abg. Mag. Bleckmann: „Vollmann, hör zu!“) Aber dir zuliebe stelle ich auch noch den jährlichen Vergleich zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Herrn Kois auf: 130.000 Schilling zu 2.000.000 Schilling!

Meine Damen und Herren, Erlitz, horche ein bißchen zu (Abg. Mag. Erlitz: „Ich höre zu!“), vielleicht wirst du dann ein bißchen verstehen, aber vertuschen und verstecken kannst du dich jetzt nicht, weil jetzt sind die Karten auf dem Tisch, und jetzt diskutieren wir einmal darüber. (Abg. Mag. Erlitz: „Ihr habt selbst den größten Brocken sitzen!“) Es ist ja ohnedies schon traurig genug, daß die politische Meinungsbildung in der Öffentlichkeit für unwahre und meines Erachtens noch beabsichtigt unrichtig interpretierbare Schlagzeilen sorgt. Dahinter kann ich mit gutem Recht und mit Fug und Recht vermuten, daß man versucht, den Aufsichtsratsvorsitzenden der STEWEAG in bezug auf die Bestellung des neuen Direktors unter politischen Druck zu setzen. Nur, erstens einmal ist der Gerald Raidl ein Freiheitlicher, und zweitens einmal kenne ich ihn. Und der Raidl ist sicherlich ein Mann, der sich Empfehlungen, die sich gegen das wirtschaftliche Interesse des Unternehmens STEWEAG richten, sicherlich nicht beugt.

Und so wie ich Raidl kenne, glaube ich, daß er eher mit erhobenem Haupt dieses Unternehmen STEWEAG verläßt, bevor er politisches Interesse oder politisches Diktat vor wirtschaftliches Interesse stellt. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vier Jahre haben wir uns bemüht, hier in diesem Haus objektiv

und leistungsbewußt zu handeln. Und es tut sich jetzt nun doch der Anschein auf, daß all diese Bemühungen umsonst waren, daß wir vor dem Trümmerhaufen einer sicherlich objektiven und leistungsorientierten Arbeit stehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Redest du von Ebner und Rader?“) Auf dich komme ich auch noch zu sprechen!

Sehr geehrte Landeshauptfrau! Sie wissen genau, wir haben Ihnen unsere Stimme gegeben im Vertrauen auf Ihr Demokratieverständnis, Frau Landeshauptfrau, ich bitte Sie, enttäuschen Sie uns nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf nun folgende Anfrage an Sie richten:

Erstens: Entspricht es den Tatsachen, daß Sie, Frau Landeshauptmann Klasnic – entgegen den gesetzlichen Bestimmungen –, dem Kollegium des Landesschulrates die Anordnung erteilen, Ihnen als Präsident des Landesschulrates eine Halbzeitlösung (zuerst Johann Stadler, SPÖ, dann Horst Lattinger, ÖVP) vorzuschlagen?

Zweitens: Sind Sie bereit, dem Landesschulrat die Möglichkeit zu geben, diese Position öffentlich auszu-schreiben, um die Bewerber einem Hearing vor dem Kollegium zu unterziehen?

Die gefertigten Abgeordneten stellen nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, hierüber eine Wechselrede durchzuführen. (Beifall bei der FPÖ. – 16.13 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic (16.13 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage, in der es um die Besetzung des amtsführenden Landesschulratspräsidenten geht, beantworte ich folgend:

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß ich dem Kollegium des Landesschulrates eine Anordnung erteilt hätte, ich habe einen Vorschlag unterbreitet. Das Kollegium des Landesschulrates wird über diesen Vorschlag selbst entscheiden. Ich glaube aber, daß es ein guter Vorschlag ist, weil es sich bei den von mir genannten Kandidaten um zwei hervorragende Fachleute handelt. Beide Herren genießen allgemeine Anerkennung und leisten seit Jahren profilierte schulpolitische Arbeit. Ich halte daher auch gerade für diese beiden Persönlichkeiten ein Hearing sicher nicht für notwendig.

Mein Vorschlag der Doppellösung ist auch Ausdruck meines Willens zur Zusammenarbeit, da ich der Meinung bin, daß gerade in Schulfragen ein breiter Konsens besonders wichtig ist und ich auch in der Schulpolitik so wie überall das Miteinander suche. Ich möchte aber Ihre dringliche Anfrage gerne auch zum Anlaß nehmen, um hier vor dem Hohen Haus Herrn Präsidenten Universitätsprofessor Dr. Bernd Schilcher, der selbst 15 Jahre Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag und davon fünf Jahre auch Klubobmann unserer steirischen Volkspartei war, für seine großartige und über die Grenzen unseres Bundeslandes hinausreichende Arbeit als amtsführender

Präsident des Landesschulrates seit 1989 sehr herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall. – 16.15 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich als erste Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (16.16 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Wenn Sie sagen, Sie haben hier keine Anordnung erteilt, dann muß ich Sie schon daran erinnern, daß der Landeshauptmann doch, soweit ich weiß, der oberste Mann beziehungsweise die oberste Frau im Lande ist. Und wenn hier ein Wunsch geäußert wird, dann ist es doch so, daß dieser Wunsch doch halt auch für viele ein Befehl ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Du redest ja von Haider – hör auf!“) Das werden wir dann schon sehen, ob dieser Wunsch auch erfüllt wird oder nicht. Dann werden wir auch sehen, ob er als Befehl gesehen wurde oder nicht. Ich kann hier einfach nicht davon ausgehen und sagen, naja, das ist halt eine Bitte, sondern es ist hier sehr wohl ein Befehl und eine Anordnung. Da kann man nun einmal nicht drüber hinweggehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Anscheinend hat er gewünscht, daß wir euch wählen!“) Und wir haben Sie damals gewählt, ohne irgend etwas auszumachen mit der ÖVP, weil wir der Meinung waren, daß das eine richtige Entscheidung ist, objektiv richtig, den Frauen damit mehr zu eigen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Bravo!“)

Es scheint jetzt aber, wie bei allen Entscheidungen, Probleme zu geben, wer denn jetzt erster oder erste im Land ist – die ÖVP, oder ist es nicht doch schon die SPÖ, die natürlich auch ihren Anspruch gestellt hat; Sie konnten sich nie so recht entscheiden, was wir denn jetzt machen, wie gehen wir denn jetzt vor. Und hier gab es halt beim Landesschulrat, ich sehe schon ein, daß das schwierig ist, keine Einigung, es haben natürlich Gespräche stattgefunden, und hier wird dann letztendlich die salomonische Lösung – eine Halbzeitlösung – getroffen. Ich glaube, wenn man hier so vehement parteipolitisch in diesen Bereich hineinwirkt und eben nicht wartet, bis sich das Kollegium zusammensetzt – man weiß ja noch nicht einmal, wie die Zusammensetzung ausschaut – und wie dort die Personen ausgewählt werden, geschweige denn, wie der Vorschlag ausschaut, und somit hier diesem Gremium vorgreift. Dies ist ein absolut parteipolitisches Vorgehen, von dem Sie alle immer sagen und auch der Herr Präsident Schilcher immer wieder gesagt hat, daß in der Schulpolitik keine Parteipolitik gemacht werden soll. Kollege Erlitz nickt mit dem Kopf. Aber genau das, was hier passiert ist, ist parteipolitische Packelei, ich weiß schon, daß euch das aufregt, weil natürlich ihr jetzt endlich dazukommt, in einem Bereich, welcher euch ein Bedürfnis ist, hier mehr mitzureden und dort zu bestimmen, euch eure Posten dort ausmacht. Ich verstehe schon, daß das für euch jetzt etwas Schönes ist und ihr euch darüber nicht aufregt.

Aber hier werden Sie vehement in den parteipolitischen Bereich in der Schulpolitik vorgreifen. Und das ist das, wovor wir wirklich Sorge haben. Denn Sie wollen auch die Elternvertreter nicht fragen, was sie dazu sagen. (Abg. Gennaro: „Wie war es denn beim Rechnungshofpräsidenten? Wie war das Objektivierungsverfahren?“)

Was war beim Rechnungshof? Da hat es ein Hearing gegeben, dort ein Hearing vom Landtag gegeben. Für den Landesschulratspräsidenten brauchen wir kein Hearing? Ist das euer Verständnis, für solche Bereiche kein Hearing einzuführen, aber für andere Bereiche schon? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ein Hearing gab es!“ – Abg. Gennaro: „Ein scheinheiliges Hearingverfahren!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du warst ja nicht dort!“ – Beifall bei der FPÖ.)

Ich war dort. Du warst nicht dort. Die Abgeordneten haben sich ja nicht einmal dafür interessiert. Das ist ja euer Problem. Wenn ihr wo mitreden könnt, dann interessiert ihr euch nicht einmal dafür. Das ist das Problem. Wir hätten dort alle zuhören können und mitentscheiden können in der Klubsitzung. Wenn ihr nicht mitreden könnt, dann ist das euer Problem, aber nicht unseres. Hier hat es ein objektives Hearing für den Rechnungshofdirektor gegeben. Da gibt es kein Hearing, wo bleibt hier das Hearing? Wo ist hier die Forderung von euch nach einem Hearing? (Abg. Gennaro: „Mir kommen die Tränen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gib deinen Hörapparat raus, dann weinst du nicht!“) Ich weiß, es wird Zeit, daß dir einmal die Tränen kommen bei der Art und Weise, wie ihr vorgeht. Aber leider haben wir das nach wie vor zu vermissen. (Abg. Dr. Flecker: „Da müssen Sie wohl selber lachen!“)

Wir vermuten hier, und das kommt ja nicht nur von irgendwo, man liest es ja auch schon in den Zeitungen, daß es hier auf Grund der Situationen ein großes Paket gibt, Sie wissen es ja sicherlich auch schon, hier ist natürlich die STEWEAG auch mit dabei. (Abg. Dr. Flecker: „Die zur Seite gestellte Braut ist eifersüchtig!“) Und hier verstehe ich nicht, wenn wir schon von einem Sparpaket reden, finde ich es schade, daß die Frau Landeshauptmann nicht darauf eingegangen ist, wie sie zu dieser Entscheidung steht. Scheinbar – aber ich hoffe, daß es nicht so sein wird –, aber der Herr Klepp, der zum Nulltarif arbeiten würde, wenn er nicht mehr in der Position ist, würde in Pension gehen, dann müßte die Pension gezahlt werden, und er würde zu dem gleichen Preis, wie die Pension ist, hier für die STEWEAG arbeiten. Das wären einmal wirkliche Einsparungen für das Land, und die Qualifikation dazu, soweit ich weiß, hat noch niemand von Ihnen diesem Herrn abgesprochen. Das wären Einsparungen. Aber hier sehen wir keinerlei Bereitschaft, daß hier Einsparungen gemacht werden. Hier werden dann Personen genannt, die zwar in einem Hearing sind, aber wir werden sehen, ob das dann nach objektiven Kriterien vor sich geht. Und ich frage Sie, ist das jetzt ein ausgemachtes Paket oder ist es das nicht? Das würde mich wirklich interessieren. Und dann möchte ich Sie schon auch daran erinnern, wie es vor den Wahlen immer geheißt hat: Da hat es großartig geheißt, es wird der Bürgerblock kommen zwischen blau und schwarz. Schauen Sie sich an, was wir jetzt hier im Lande Steiermark haben. Bürgerblock vielleicht zwischen rot

und schwarz, aber sicherlich nicht zwischen schwarz und blau. Sie haben hier ein Gespenst an die Wand gemalt, das Sie jetzt selbst erfüllen, das wir jetzt hier bei uns im Land Steiermark haben. Sie machen sich alles aus, ohne auch irgendwie vorher objektive Kriterien zu wählen, ohne Hearings durchzuführen und ohne die Landesregierung oder den Landtag zu informieren. Hier feiert die Packelei fröhliche Urständ, wie es früher einmal war, wo noch die absolute Mehrheit war, wo ihr froh darüber gewesen seid (Abg. Gennaro: „Die gute alte Zeit!“), daß ihr habt mitreden dürfen, jetzt holt ihr euch das wieder zurück. Ich verstehe ja die Motivation von der SPÖ. Endlich habt ihr die Chance, da auch wirklich einmal mitzureden und eben euch die Dinge auszumachen. Ich verstehe das ja. Ich verstehe halt leider nur die ÖVP nicht. Und wenn es dann jetzt heißt, was ist mit Rader und was ist mit Ebner, lieber Kollege Lopatka. Der Manfred Ebner hat hier eine höchste politische Moral bewiesen, indem er verzichtet hat auf sein Mandat, weil es eben diese Umstände gegeben hat. Das muß schon bitte auch einmal gesagt werden. Und mit dem Magistrat hat hier bitte auch noch niemand gesprochen. Und das ist ja die eigentliche Schweinerei, daß hier der Arbeitgeber nicht zur Verantwortung gezogen wird, denn es weiß ja wohl jeder im Magistrat, daß der Manfred Ebner Landtagsabgeordneter war. Und da hätte von sich aus das Amt tätig werden müssen. Und er hat hier verzichtet, weil er eben gesehen hat, daß das für die Partei ein politischer Schaden ist. Und beim Ludwig Rader, weil es ja auch aufgeworfen wurde, habt ihr alle zugestimmt, und es sind alle der Meinung gewesen, daß er hier der Bestgeeignete ist. Und er macht zwei Ämter zur gleichen Gage. Und das ist ja wohl wirklich nicht zuviel verlangt, daß er das um diesen Preis macht, wenn er zwei Ämter ausführt, weil die Alternative kennen ja alle anderen, daß wir hier zwei Personen bezahlen müßten, die viel mehr als das, was der Ludwig Rader jetzt bekommt, bekommen würden. Das ist Einsparung, und das sind Möglichkeiten. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Wißt ihr, was das ist?“) Jetzt das hier nur hereinzuschreien, weil ihr meint, ihr müßt da etwas sagen, finde ich nicht in Ordnung, wenn ihr vorher dafür wart. Ihr solltet schon vorher überlegen, ob ich dafür war oder nicht, und mich schon vorher entscheiden. Und wir stellen daher auf Grund dieser Situation, daß hier viele Dinge ausgemacht und in großen Paketen abgeschlossen werden – die sich sicherlich auch bis in die Verwaltung hineinragen werden –, einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Bestellung von Spitzenpositionen. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bestellung von Spitzenpositionen im Land Steiermark dem Regierungsbeschluß vom 12. Dezember 1994 – da ging es um Auswahlverfahren beziehungsweise Hearing für Führungskräfte – voll Rechnung zu tragen, und bei der Bestellung von Aufsichtsräten der Landesregierung ist nach den gleichen objektiven Kriterien vorzugehen. Und ich würde mir wünschen, daß Sie hier mitgehen, um zu zeigen, daß

Sie hier wirklich nach objektiven Kriterien vorgehen, und nicht nach parteipolitischer Packelei. (Beifall bei der FPÖ. – 16.25 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordneter Prof. Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (16.25 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Peinhaupt, jetzt weiß ich, warum die dringliche Anfrage der Liberalen und der Grünen von den Freiheitlichen in der Früh nicht unterstützt worden ist. Sie wollten die Vorhand bei der Causa STEWEAG haben. Ich gewähre es Ihnen gerne. Ich habe mir gedacht, das war eine Bestrafungsaktion durch den Herrn Präsidenten Vesko, aber ich gewähre Ihnen gerne diese Vorhand, weil in der Sache, Herr Kollege Peinhaupt, bin ich im großen und im ganzen bei Ihnen und stimme Ihnen voll zu.

Damit keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich eingangs etwas zur Qualifikation des Herrn Vizepräsidenten Stadler und des Herrn Landesschulinspektors Lattinger festhalten. Herrn Stadler kenne ich seit 20, 30 Jahren, weil er in Mürzzuschlag Professor war, und beide Herren, nämlich Stadler und Lattinger, kenne ich aus einer vierjährigen Zugehörigkeit zum Kuratorium der Pädagogischen Akademie des Bundes in der Steiermark, und ich habe beide Herren als hochqualifizierte Schulmänner und Schulpolitiker kennengelernt, also über ihre Qualifikation ist überhaupt nichts zu sagen. Was mich bei der ganzen Geschichte stört, ist wieder diese traute Zweisamkeit von ÖVP und SPÖ bei einer Personalbestellung. Frau Landeshauptmann Klasnic, wenn du sagst, du hättest ja nicht gegen den Paragraphen 5 des Gesetzes verstoßen, weil du nur einen Vorschlag unterbreitet hast, dann möchte ich festhalten, im Paragraph 5 des Gesetzes steht auch nicht drinnen, daß der Landeshauptmann einen Vorschlag unterbreitet, sondern in diesem Gesetz steht drinnen, ein Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates, betreffend den Amtsführenden Präsidenten. Das, was mich bei all diesen Geschichten stört – ich komme dann noch auf die STEWEAG zu sprechen –, ist, daß man in diesem Land hin und wieder so tut, als ob es keine Rechtsordnung gäbe, als ob die Rechtsvorschriften, die hier erlassen sind, nur für die anderen gelten, und nicht auch für politische Spitzenfunktionäre und Landesregierungsmitglieder, und, und, und. Wie erklären wir den Leuten draußen, daß sie sich an die Rechtsvorschriften zu halten haben, und wir oder du posaunist aus, daß du einen Vorschlag machst, wobei jeder weiß, wie der Vorschlag umgesetzt wird, nämlich der wird eins zu eins selbstverständlich umgesetzt. Ich habe mir in der Causa wenigstens, Frau Landeshauptmann, erwartet, den Anschein dahin gehend, daß der Paragraph 5 eingehalten wird, nämlich, daß die ÖVP- und SPÖ-Vertreter im Kollegium des Landesschulrates die entsprechenden Vorschläge machen. (Landeshauptmann Waltraud Klasnic: „Ich habe nichts vom Paragraphen 5 gesagt!“)

Ich sage ja, mir wäre es lieber, wenn es keinen Anschein gäbe, aber wir sind ja soweit – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek:

„Es genügt dir der Anschein wie in vielen anderen Fällen!“) Herr Landeshauptmann, drehe mir bitte nicht das Wort im Mund um, ja! Wir sind soweit, daß man nicht einmal mehr den Anschein wahrhaft, daß die Rechtsvorschriften eingehalten werden sollen, sondern man setzt sich hin und posaunt aus, daß das einfach so ist, weil jeder weiß, wie die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien ausschauen werden. Unterstelle mir nicht, daß ich Anschein haben möchte. Ich möchte, daß der Paragraph 5 des Steiermärkischen Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes eingehalten wird, nämlich daß das Kollegium den Vorschlag macht, und nicht sonst irgend jemand.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt Kollege Schilcher hat im Schulbereich mitgeholfen durchzusetzen, daß sich Bewerberinnen und Bewerber um Direktorenposten einem Hearing unterziehen müssen. Das ist für die Betroffenen auch nicht sehr angenehm, bei einem solchen Hearing zu erscheinen und sich zu schlagen und die Qualifikation nachzuweisen. Wie soll man diesen Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber klar machen, Frau Landeshauptmann, daß zwar um diese Position eine Bewerbung und ein Hearing notwendig ist, aber nicht, was den Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesschulrates anbelangt? Das ist schlicht und einfach eine Ungleichbehandlung. Man müßte eher sagen, bei einer Spitzenposition ist es umso notwendiger, eine Ausschreibung und ein Hearing zu machen. Was mich bei der ganzen Geschichte auch stört, ist nicht nur, daß ein schiefer parteipolitischer Eindruck entsteht, sondern man tut den Betroffenen ja nichts Gutes. Man tut den Herren Stadler und Lattinger nichts Gutes in der ganzen Causa, wenn sie sich herumschlagen müssen mit dem Vorwurf, daß sei eine parteipolitische Bestellung gewesen. Wenn man die Geschichte ausgeschrieben hätte, und wenn man ein Hearing gemacht hätte im Kollegium des Landesschulrates, und wenn sich die beiden Herren beworben hätten, dann hätten sie sich hervorragend geschlagen und wären wahrscheinlich vorgeschlagen worden. Aber das hätte ein anderes Gesicht, das hätte einen anderen Hintergrund als das, wie es jetzt gemacht worden ist. Frau Landeshauptmann, du hast Kollegen Schilcher für seine Arbeit gedankt. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß er ein hervorragender Landesschulratspräsident war, aber Kollege Schilcher hat auch Vorschläge gemacht, gemeinsam mit den anderen Landesschulratspräsidenten, endlich die Schulverwaltung zu entparteipolitisieren. Es liegt ein kompletter Entwurf zu den entsprechenden Artikeln der Österreichischen Bundesverfassung vor, dahin gehend, die Proporzgeschichte in den Kollegien der Schulräte aufzuheben, endlich einmal ein Zeichen zu setzen, betreffend die Entparteipolitisierung der Schulverwaltung. Also, meine Bitte ist, Herrn Kollegen Schilcher nicht nur zu danken, das hat er sich verdient, sondern auch seine Vorschläge, die ich höchst unterstützungswürdig halte, umzusetzen. Und, Frau Landeshauptmann, du gestattest mir noch ein Wort zu dem Miteinander. Ich habe nichts dagegen, ich habe dich ja gewählt, weil es ein Miteinander zwischen SPÖ und ÖVP gegeben hat und gibt. Nur bitte, das Land besteht nicht nur aus ÖVP und SPÖ, wo es ein Miteinander geben sollte. Es gibt auch parteilose Kandidatinnen und Kandidaten für irgendwelche Ämter, die in ein Miteinander einbezogen werden sollten. Ich möchte dir noch etwas zu

diesem Miteinander sagen. Ich habe es nicht recherchiert, aber ich sage es hier trotzdem, weil wir als Minderheitengruppe nicht so viele Möglichkeiten im Plenum des Landtages haben. Mir ist gesagt worden, daß die ORF-Minderheitenredaktion in deinem Büro angefragt hätte um einen Termin bei dir, betreffend die slowenische Volksgruppe in der Steiermark, und man habe Auskunft gegeben, daß du keinen Termin mehr hast in diesem Jahr, diese Leute zu empfangen. Mein Vorschlag ist, Miteinander zwischen SPÖ und ÖVP schon okay, aber Miteinander auch noch mit anderen Personengruppen in diesem Land. Was mich bei der Geschichte auch so verwundert hat, jetzt komme ich auch auf die STEWEAG, meine Damen und Herren, daß es hier sehr schöne Parallelitäten gibt. Der Fall der STEWEAG im Zusammenhang mit der Bestellung der Mitglieder des Vorstandes ist ganz analog wie der Fall der Bestellung der Landesschulratspräsidenten. Wieder gibt es Rechtsvorschriften des Gesellschaftsrechtes, die hier klare Positionen ausschildern, nämlich daß der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder bestellt. Und wieder liest man aus den Zeitungen, daß die Herren Pinter und Kois bereits als Vorstandsdirektoren feststehen. Ich möchte wieder einmal festhalten, daß ich weder die Qualifikation von Herrn Pinter noch die Qualifikation von Herrn Kois beurteilen kann und auch grundsätzlich nicht in Frage stelle, weil ich das nicht weiß. Aber warum schreibt man die Position aus, bitte, wenn die Geschichte von vornherein feststeht oder festzustehen scheint? Es ist doch unfair gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern um diesen Posten, daß das alles für die Katz ist, was die in großen Bewerbungsunterlagen dort präsentieren müssen. Und dann findet in diesem Fall auch nicht einmal ein Hearing statt. Auch hier ist es so, daß man schon soweit ist, daß nicht einmal der Anschein – Herr Landeshauptmannstellvertreter –, dem Recht gemäß zu handeln, eingehalten ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dir ist immer der Anschein so wichtig!“) Nein, mir ist nicht der Anschein wichtig. Mir ist der Sachverhalt wichtig, daß das Recht eingehalten wird. Aber ich halte fest, daß wir schon soweit sind, daß man nicht einmal mehr den Anschein wahrhaft, sondern wir sind in dieser Rechtsstaatsgeschichte schon soweit, daß man so tut, als ob es diese Rechtsvorschriften überhaupt nicht gäbe. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Geschichte – Anschein – Geschichte, sonst höre ich nichts von dir!“) So ungefähr!

In diesem Zusammenhang habe ich schon vorgeschlagen, daß – um sicherzustellen, daß die bestqualifizierten Bewerberinnen und Bewerber zum Zuge kommen – ein unabhängiges Personalberatungsunternehmen zwischengeschaltet werden soll, das die Bewerbungen dahin gehend prüft, wer die bestqualifizierten Bewerberinnen und Bewerber um diese Vorstandsdirektorenposten sind, und daß dieses unabhängige Personalberatungsunternehmen dem Aufsichtsrat einen Vorschlag unterbreitet.

Und wenn in diesem Vorschlag die Herren Pinter und Kois drinnen enthalten sind, dann ist das für mich überhaupt kein Problem, auch dann nicht ein Problem, wenn die beiden Herren sehr schön die Proporzsituation zwischen SPÖ und ÖVP widerspiegeln. Dann

habe ich kein Problem damit, wenn durch ein solches Personalberatungsunternehmen sichergestellt ist, daß die beiden Herren tatsächlich die bestqualifizierten Bewerber sind, wobei ich in die Entscheidungskompetenz des Aufsichtsrates überhaupt nicht hineinfuschen möchte. Ich möchte daher folgenden Beschlusantrag stellen, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Aufsichtsrat der STEWEAG zu ersuchen, vor der Entscheidung betreffend die Bestellung der Vorstandsmitglieder eine oder mehrere Personalberatungsfirmen zu beauftragen, die Bewerbungen im Hinblick auf die ausgeschriebenen Anforderungsprofile zu bewerten und dem Aufsichtsrat Vorschläge, betreffend die bestqualifizierten Bewerberinnen und Bewerber, zu erstatten. (16.36 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (16.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die beiden Vorredner und vorher schon die Begründung der dringlichen Anfrage haben eines sehr deutlich gezeigt, daß diese dringliche Anfrage in Wirklichkeit nicht von sachlichen Erwägungen getragen ist, sondern schon rein parteipolitisch motiviert ist. (Abg. Schinnerl: „Das glaube ich nicht!“) Ich darf das begründen, Kollege Schinnerl, warum ich zu dieser Auffassung komme: Wenn der Abgeordnete Peinhaupt in seiner Begründung zur Anfrage zu mehr als 90 Prozent von der Zeit und von der Sache ja gar nicht zur Anfrage spricht, nämlich zum Landesschulrat, sondern all das unterbringt, was er an parteipolitischer Polemik unterbringen möchte, dann spricht das für sich. Denn die Anfrage, und ich nehme die Anfrage der FPÖ ernst, setzt sich ausschließlich und einzig und allein mit der Frage des Präsidenten des Landesschulrates auseinander (Abg. Mag. Bleckmann: „Haben wir recht oder nicht?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zum ersten Mal, daß die SPÖ nicht widerspricht!“), mit der Frage des geschäftsführenden Präsidenten, und hat überhaupt nichts zu tun mit der STEWEAG.

Das ist ja auch wieder nur parteipolitisch erklärbar, warum ihr euch ausschließlich mit dem Landesschulrat beschäftigt, weil eben der Kollege Brünner euch zuvorgekommen ist und es euch in euren parteipolitischen Kram nicht hineinpaßt, mit den Liberalen etwas gemeinsam zu machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Brünner hat es eingesehen, du aber nicht!“) Ihr seht alles nur aus der parteipolitischen Brille. Daher habt ihr ja nicht mitkönnen beim Kollegen Brünner. Das war das Problem, und das ist euer Problem, ob ihr es jetzt wahrhaben wollt oder nicht. Der Kollege Brünner hat das genau richtig hier festgestellt, und das muß man euch auch sagen. Ihr habt nur eine Brille, und das ist die parteipolitische Brille. Eine andere Sicht der Dinge ist euch fremd. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wenn du deine Brille aufsetzt, siehst du gar nichts mehr!“)

Ich habe nur 20 Minuten Redezeit und kann mich daher von euch nicht aufhalten lassen.

Ich habe auch dich ausreden lassen, Kollegin Bleckmann. Der zweite Punkt, den ich direkt ansprechen möchte, ist der Paragraph 5 des Steiermärkischen

Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes. Hier heißt es, und dieser Paragraph 5 ist von Prof. Brünner schon zitiert worden, daß der Präsident des Landesschulrates, das ist die Frau Waltraud Klasnic, auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates einen Amtsführenden Präsidenten, und auf Vorschlag der zweitstärksten Fraktion des Kollegiums des Landesschulrates einen Vizepräsidenten zu bestellen hat. Jetzt sagen Sie mir, wenn es 6 zu 6 zu 2 steht, wer ist dort dann die stärkste Fraktion?

Im Landtag habe ich gesetzliche Bestimmungen, zum Beispiel bei der nächsten Landtagswahl (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nicht einmal da schreien Sie heute!“), nein, wo es eindeutig geregelt ist, wer die stärkste Partei ist. Diese wird auch das nächste Mal Liste 1 sein, und das ist die steirische Volkspartei, um das sehr klar und deutlich zu sagen. Das steht in der Landtagswahlordnung, die auch Siegi Schrittwieser kennt. Eines tut der FPÖ weh, daß sie jetzt in dieser Phase nicht weit über dem, was sie an Wählerzustimmung hat, an Einfluß hat bei diesen Bestellungen. Das tut der FPÖ weh, und das ist ja die Motivation für die dringliche Anfrage.

Daher sage ich, wenn im Gesetz klar und deutlich drinnensteht, daß die zweitstärkste Fraktion den Anspruch auf den Vizepräsidenten hat, wenn die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt, und ich habe im Kollegium zwei gleich starke Fraktionen, und so ist es im Kollegium des Landesschulrates (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist nicht so!“ – Abg. Dr. Flecker: „Michi, glaubst du, wenn du da sitzt, bist du anders geworden?“), und wir werden dafür kämpfen, daß es das nächste Mal wieder anders ist, nämlich daß wir einzig und allein die stärkste Fraktion sind, nur, wir sind es zurzeit nicht, wenn wir dort sechs Vertreter haben und die SPÖ sechs Vertreter hat (Abg. Ing. Peinhaupt: „Liest du die Zeitung immer verkehrt?“), ich habe nur das Gesetz vorgelesen, und im Gesetz, Kollege Peinhaupt, ja, auf Vorschlag des Kollegiums (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Auf Vorschlag?“), oh ja, es steht genau drinnen auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates einen Amtsführenden, und auf Vorschlag der zweitstärksten Fraktion (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gibt es einen Vorschlag?“), auf Vorschlag, ja selbstverständlich (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Auf Vorschlag gibts das?“), das werden wir sehen, welchen Vorschlag es gibt vom Kollegium, aber es ist logisch, wenn ich einen Gleichstand habe, daß ich auch zu einer solchen Lösung kommen kann, die jetzt höchstwahrscheinlich im Landesschulrat gewählt wird. Dem steht das Gesetz nicht entgegen, wo ausdrücklich davon gesprochen wird, wer den ersten und wer den zweiten Präsidenten hat, die stärkste und die zweitstärkste Fraktion. Wenn ich zwei gleich starke Fraktionen habe, ist es eine mögliche Lösung, daß ich zu einer Teilzeitlösung komme. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Steht das da? – Das ist eine Interpretation!“) Nein, aber es ist eine mögliche authentische Interpretation dieses Gesetzestextes.

Auch dialogisch, weil es einen Sinn ergibt. So ist es. Ich könnte es auch anders interpretieren, aber es ist auch eine mögliche dialogische Interpretation, weil es einen Sinn macht. Ich komme zum dritten Punkt, also Ihre Anfrage war rein parteipolitisch motiviert. Wenn ich das Gesetz richtig auslege, kann ich auch zu dieser

Lösung kommen. Dritter Punkt, zu den Personen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Diese Lösung hat mit der Partei nichts zu tun!“): Überhaupt nicht.

Ich darf jetzt Prof. Brünner zitieren, weil er hat diese Frage beantwortet. Er als ein Bildungsfachmann kennt beide Persönlichkeiten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Stimmt das?“) Er hat es hier gesagt. Ich habe zugehört, Herr Landesrat Schmid. Er hat es hier gesagt, daß beide qualifiziert sind. Und das möchte ich sehr klar unterstreichen. Dr. Lattinger ist nicht nur ein qualifizierter Lehrer und Professor, er war ein sehr engagierter Elternvertreter, und er ist in der Erwachsenenbildung tätig. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist eine Diskriminierung des Kollegiums!“)

Ich möchte es nur auch der FPÖ sagen, denn ihr habt ja auch Mitglieder im Kollegium. Das wird man wohl im Landtag sagen dürfen, wie qualifiziert die beiden Bewerber sind. Das lasse ich mir nicht nehmen, daß sie hier denunziert werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hat jemand etwas gegen ihn gesagt?“) Ich sage, die beiden sind sachlich qualifiziert. Er war 1984, nicht von einer Partei gewählt, Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren der AHS und ist damals schon Mitglied des Kollegiums des Landesschulrates geworden, und er hat sich durch zahlreiche Publikationen und auch durch international anerkannte Arbeit hervorgetan. Und das gilt auch für seinen Kollegen Stadler. Er war Obmann des Landesverbandes der Elternvereine, und er hat mit Schilcher in den letzten Jahren viel zustande gebracht, was vor allem außerhalb der Steiermark beachtet worden ist. Hier ist viel passiert an Integration, an Öffnung im Schulbereich. Und das ist sehr positiv den beiden anzurechnen.

Jetzt komme ich zum Punkt bezüglich des Hearings. Herr Prof. Brünner hat die Antwort gegeben, warum eigentlich in dem Fall man sich eine Anhörung ersparen kann, nämlich weil die Mitglieder des Kollegiums beide als qualifizierte und anerkannte Fachleute kennen.

Da ein Hearing nichts anderes ergeben kann, als daß ohnehin schon (Abg. Ing. Peinhaupt: „Es geht um den Vorschlag!“) der Kollege vom Kollegium des Landesschulrates kommen wird. Und daß man vorher sich dazu äußern darf, wen man für möglich und für qualifiziert hält, das ist nicht verboten.

Der Vorschlag kommt ja nicht von der Frau Landeshauptmann, der Vorschlag kommt vom Kollegium des Landesschulrates. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt mach einen Vorschlag für den Krois, dann bekommst du einen Applaus!“)

Das ist ja völlig klar. Nein, ihr habt keine Anfrage gestellt zur STEWEAG, und ich nehme eure Anfragen ernst. Daher sage ich, weil ich niemanden langweilen möchte. Wir waren und sind immer für die Besten, ob sie Raidl, Grollitsch, Stadler oder Lattinger heißen. Die Person muß stimmen, unabhängig von der Partei. Es kann auch ein Freiheitlicher dabei sein. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (16.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Landeshauptmann!

An den Herrn Landeshauptmannstellvertreter appelliere ich hier nicht heute, weil ich davon ausgehe, daß natürlich gerade im Bereich STEWEAG er massives Interesse daran hat, hier Interessen durchzusetzen. Der Direktor Klepp ist in Ungnade gefallen, und daher soll jemand dorthin, der das Wohlwollen genießt. Aber Frau Landeshauptmann, ich habe das an dieser Stelle bei Ihrer Wahl auch deponiert, daß ich wirklich froher Hoffnung und guten Mutes war, daß mit Ihrer Wahl zum Landeshauptmann sich in diesem Lande einiges ändern wird. Und ich kenne Sie sehr lange, und ich weiß, daß Sie eine Persönlichkeit sind, die sich aus einfachen Verhältnissen durch Leistung, durch Charakterfestigkeit heute in diese Position – ich will nicht sagen – hinaufgekämpft hat, aber diese Position bekleidet, getragen von der Mehrheit dieses Hauses. Und ich selbst habe die erste Meldung in den Zeitungen gelesen, daß für den STEWEAG-Generaldirektorstellvertreter, also für einen Vorstandsposten, der Dr. Oswin Kois vorgesehen ist. Ich möchte auch eines hinzufügen. Über den Charakter und über die juristischen Fähigkeiten des Dr. Oswin Kois möchte ich hier mich gar nicht verbreiten, ich bin auch überzeugt davon, daß er seine Aufgabe als Kabinettschef des Dr. Schachner sicherlich hervorragend ausgefüllt hat. Ich habe aber, Frau Landeshauptmann, in diesen vielen Jahren, die er jetzt dort tätig ist, bis heute noch keine einzige Aussage zu Fragen der Energiepolitik oder der Wirtschaftspolitik gehört. (Beifall bei den Grünen.)

Das mag nicht unbedingt ein Ausschließungsgrund sein. Aber auf der anderen Seite bin ich der Auffassung, und ich glaube, wir sollten hier nicht im Schattenboxen verweilen, und ich habe auch mit einem Kollegen der ÖVP gerade vorher gesprochen. Ich bin überzeugt davon, und das sage ich aus tiefster Überzeugung, und deswegen bin ich so deprimiert, daß es in diesem Lande noch möglich ist, daß hier parteipolitisch was abgesprochen wird, und, Frau Landeshauptmann, Sie waren immer eine, die gesagt hat, für mich sind entscheidend die sozialen Gesichtspunkte, die Leistung. Vor allem als Frau haben Sie das immer betont. Und ich habe an das geglaubt und habe Ihnen sehr große Vorschußlorbeeren erteilt, auch in vielen Gesprächen mit den Leuten. Ich habe zwar dort nicht mitgestimmt, aber ich habe das sehr oft gesagt. Und jetzt lese ich in der Zeitung, ich habe es nicht geglaubt, und habe vielen meiner Kollegen gesagt, und ich weiß auch, daß es sehr viele von euch gibt, die der Meinung sind, angesichts dieser Anzahl von Bewerbern, wenn nicht parteipolitische Überlegungen eine Rolle spielen, ist der Kollege Kois sicherlich nicht einer, der sofort für diesen Posten bestens geeignet ist. Abgesehen davon, daß es mich stört und heute umso mehr stört, daß man sagt, die zwei Vorstandsposten bei der STEWEAG werden ungefähr auf Vorschlagsrecht der roten und schwarzen Reichshälfte vergeben. Das ist sicherlich eine Einstellung von gestern, von vorgestern, und eine Einstellung, die viele Steirerinnen und Steirer verärgert, abgesehen von der Privilegien- und Politikerbezügediskussion. Aber das sind ja auch diese Bereiche, die die Leute so verunsichern. Du kannst in diesem Land fleißig, tüchtig sein, aber wenn du nicht das richtige Bücherl hast, kommst nicht dran. Und jetzt muß ich noch eines sagen: Da lese ich in der Zeitung – und da muß ich sagen, das hat dem Faß den

Boden herausgenommen – falls es stimmt, aber bei der „Kleinen Zeitung“ nehme ich an, daß sie ausreichend informiert ist (Abg. Purr: „Nicht immer!“), da hat man gesagt, es ist ein Hearing abgelehnt worden. Ich sage dann, ein Hearing, das man bei jedem kleinen Schulleiterposten macht, hier, bei einem der größten Wirtschaftsunternehmen der Steiermark, wo es um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft geht, es hat schon wer einmal bei der STEWEAG gesagt, es ist Wurscht, wen du hinsetzt, weil es ist so ein Monopolbetrieb. Aber diese Zeiten sind längst vorbei. Es geht um europäische Herausforderungen. Ich muß sagen, ich bewundere den Kollegen Kois, und ich nehme an, daß der Landeshauptmann Schachner das schon erledigen wird, aber eines bin ich sicher. Jetzt kommt er womöglich in so ein großes Unternehmen, wo hochkarätige Leute sitzen, abgesehen vom Klepp, den man in Pension schickt, in Zeiten, wo man sparen sollte, und wir sitzen als Politiker dort in den Verhandlungen mit dem Kollegen Lopatka und machen uns Gedanken, wo wir dort einsparen, da einsparen, und dann wird der Kollege Klepp – eines muß man sagen, auch wenn er dem Kollegen Schachner nicht zu Gesichte steht, aber der seine Aufgabe bisher einigermaßen erfolgreich vollendet hat, vollendet will ich jetzt gar nicht sagen, aber zumindest ausgeübt hat –, und jetzt wird der Dr. Klepp, nur weil da Animositäten bestehen, mit 180.000 Schilling in die Pension geschickt. Was denken sich die vielen Pensionisten in Österreich, denen jetzt keine Erhöhung gegeben wird, die zum Teil möglicherweise erhöhte Sozialversicherungsbeiträge bezahlen müssen, die eine einmalige Abschlagszahlung von 2000 Schilling bekommen, wo oft Leute und auch bäuerliche Ausgleichsrentner, Tasch, du kennst sie alle, die mit 2000 Schilling, 3000 Schilling und 4000 Schilling leben müssen, oder auch in der Wirtschaft, die 40 Jahre gearbeitet haben mit 4000 Schilling, 5000 Schilling, und jetzt wird der Kollege Klepp, nur weil es nicht in die politische Landschaft paßt, mit 180.000 Schilling zum Spazieren geschickt. Wie Sie das – und ich schätze euch, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß ihr die Zeichen der Zeit besser erkennt wahrscheinlich als ich. Aber ihr seid jene, die spüren, daß die Leute draußen kein Verständnis haben. Ich werde es hoffentlich nicht in erster Linie vorgeworfen bekommen, aber wir alle sind da. Die Leute draußen unterscheiden nicht und sagen, das hat der Schachner mit der Klasnic ausgepackelt. Die Leute unterscheiden das ja nicht. Die sagen, die Politiker haben es sich wieder bei der STEWEAG so gerichtet, daß einer, dem die Arbeit in einem Politikerbüro nicht mehr taugt, in die STEWEAG geschickt wird, weil über die Frage muß man ja auch reden, was man mit den Leuten dann tut, aber das ist wieder ein eigenes Thema. Ausgerechnet in die STEWEAG, der Kollege Kois ist sicherlich qualifiziert, daß er im Lande genug Arbeiten verrichten könnte. Und dann gibt es nicht einmal ein Hearing. Und wissen Sie, was es dann gegeben hat? Gespräche über die Gehaltsverhandlungen. Wir Grüne haben jetzt den Juristenposten ausgeschrieben, weil ich heute darüber gesprochen habe. (Abg. Purr: „Wir werden es ja objektiv lösen!“) Wir haben es öffentlich ausgeschrieben in allen Zeitungen. Es hat Bewerbungen gegeben. Wir haben das sondiert, wie auch der Kollege Brünner das macht, auch die Freiheitlichen das machen bei ihren Juristen. Wir

haben sondiert auf Grund der schriftlichen Unterlagen. Dann haben wir die Damen und Herren eingeladen, und haben wir weiter gesiebt, und dabei bin ich überzeugt davon, es ist ein wichtiger Posten, aber der Vorstandsposten bei der STEWEAG, wo es um Tausende von Arbeitsplätze geht, aber wo es wichtige energiepolitische Entscheidungen gibt, dort wird einfach eine Zweiparteieneinigung fabriziert. Und ich weiß schon, daß man oben sitzen kann auf der Regierungsbank, Frau Kollegin Klasnic und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, und denken, der kann so unten reden, was er will. Das ist eh Wurscht, wir machen so das, was wir wollen. Ich persönlich bin überzeugt davon, daß es auch in der ÖVP manche gibt, die sagen, machen wir wenigstens ein Hearing. Weil ein Hearing ist oft sehr aufschlußreich. Da kann man als Aufsichtsrat sehr viele Fragen stellen, und dann stellt man fest, daß manche Menschen weniger qualifiziert sind als man glaubt, und andere, denen man das nicht angeschaut hat und von denen man nicht erwarten durfte, entpuppen sich manchmal als großartige Leute, die einiges auf dem Hut haben. Und wenn ich die Ausschreibung anschau von denen bitte, jetzt stelle ich die Frage, und damit bin ich mit dem Thema schon fertig, wahrscheinlich wird es ja nichts helfen, weil so vieles nichts hilft, was wir da reden. Das ist ja die Ohnmacht jener, die dann draußen geschimpft werden. Und wenn ich dann in der Straßenbahn von Liebenau wieder in den Landtag hereinfahre, und wenn mich wer kennt, dann wird er sagen, „ja du, Wabl, du bist auch so ein Politiker, habt wieder alles ausgepackelt in 100.000-Schilling-Posten“. Und dann werde ich sagen, ich kann zwar nichts dafür, und dann wird er sagen, „ihr seid ja alle gleich“. Und jetzt steht dort in der Ausschreibung, wirtschaftliche und energiepolitische Erfahrung muß derjenige, der sich beworben hat, vorweisen. Ich habe auch eine energiepolitische Erfahrung.

Und jetzt steht dort in der Ausschreibung „wirtschaftliche und energiepolitische Erfahrung“. Das müssen die, die sich beworben haben, vorweisen. Ich habe auch eine energiepolitische Erfahrung. Ich muß sagen, ich drehe immer das Licht auf daheim. Ihr würdet wahrscheinlich sagen, „ist ja klar, Wabl, du bist zu klein für die Sache“. Ich hätte mich nicht getraut, für diesen Posten mich zu bewerben, weil ich mich auf diesem Gebiet nicht so viel beschäftigt habe, obwohl ich von Energiepolitik auch etwas verstehe. Es ist traurig genug, daß in dem Lande Positionen so vergeben werden. Und jetzt sind wir schon beim anderen Packerl: Ich schätze den Kollegen Stadler, den ich schon seit 20 Jahren kenne, ebenso wie den Dr. Lattinger. Dort hätte man ohne weiteres dieses Hearing, das der Kollege Brünner vorgeschlagen hat, durchführen können, weil ich finde, wenn man das bei den Direktorenposten durchführt, dann sollte man das auch beim Landesschulratsposten durchführen, weil der schale Nachgeschmack bleibt. Nicht umsonst hat der sehr verehrte, heute schon plattenbesingende Altbürgermeister Zilk einmal gesagt, er hat es zwar selber nicht ernst genommen, und er hat sich dann selber geschreckt, was er gesagt hat, daß diese Parteipolitik zum Kotzen ist. Das hat der Zilk gesagt. Das ist unbestritten. (Abg. Purr: „Der Zilk hat soviel gesagt!“) Er hat zwar dann als Bürgermeister kaum etwas geändert dran. Frau Landeshauptfrau, ich appelliere an Sie,

nicht an die SPÖ, weil mir ist klar, daß man hier diese Dinge planmäßig abwickeln will, aber Sie haben hier den Schalthebel in der Hand, daß Sie bei der STEWEAG eine Lösung mitgestalten. Ich weiß schon, daß der Aufsichtsrat formal zuständig ist. Aber wenn die nicht einmal ein Hearing durchführen, dann frage ich mich, wo eine Verantwortung ist. Aber bitte, überdenken Sie vielleicht diesen Deal oder diesen Pakt oder diese Packelei noch einmal, weil es geht um die Glaubwürdigkeit von uns allen. Ich sage Ihnen eines, ich glaube nicht, daß solch eine Entscheidung, und ich bin überzeugt davon, nur dem Image der Politiker schadet. Und ich glaube und ich bin überzeugt davon, daß Sie derzeit noch eine Person sind, die Ansehen genießt, die Glaubwürdigkeit genießt in dem Land, und daß es Ihrem Ansehen und Ihrem Politikerimage nicht gut täte. Das ist nur ein Wunsch von mir. Wahrscheinlich wird er unerfüllt, unakzeptiert oder ungehört verhallen. Danke schön. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der FPÖ. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (16.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Landesschulrat für Steiermark werden wichtige Entscheidungen für Schüler, Eltern und Lehrer gefällt. Wenn ich denke, daß wir in unserer steirischen Heimat rund 18.000 Lehrer und 180.000 Schüler haben, so möchte ich als Mitglied des Kollegiums des Landesschulrates doch ganz kurz zur dringlichen Anfrage Stellung nehmen. Das Steiermärkische Bundesschulpflicht-Aufsichtsgesetz sieht vor, daß der Präsident des Landesschulrates, die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates einen amtsführenden Präsidenten und einen Vizepräsidenten zu bestellen hat. Das Kollegium des Landesschulrates, sehr geehrte Damen und Herren, wird auf Grund der in der österreichischen Bundesverfassung vorgesehenen Bestimmung nach dem Ergebnis der Landtagswahl zusammengesetzt. Es ist also meiner Ansicht nach vollkommen legitim, wenn in Vorgesprächen von seiten der SPÖ und ÖVP für die Funktion des amtsführenden Präsidenten Kandidanten genannt werden. Und ich bin einer Ansicht mit Frau Landeshauptmann Klasnic, denn ich kenne die beiden Kandidaten nicht nur persönlich, sondern auch aus meiner Tätigkeit im Landesschulrat für Steiermark. Sowohl Direktor Mag. Hans Stadler als auch Landesschulinspektor Dr. Horst Lattinger verfügen über ein umfangreiches Fachwissen im gesamten schulischen Bereich. Direktor Mag. Hans Stadler kann darüber hinaus auch, und das möchte ich hier betonen, seine Erfahrung als Vizepräsident des Landesschulrates für Steiermark einbringen. Von eventuellen Anordnungen an die Kollegiumsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, kann meiner Ansicht nach schon deshalb keine Rede sein, und ich betone das ganz besonders, weil die Mitglieder des Landesschulrates laut Gesetz weisungsfrei sind. Weiters betone ich, daß das neue Kollegium des Landesschulrates für Steiermark noch nicht bestellt wurde.

Für die offizielle Bestellung, sehr geehrte Damen und Herren, der neuen Kollegiumsmitglieder räumt das Gesetz einen Zeitraum von sechs Monaten seit der Landtagswahl ein. Von der SPÖ wurden bereits die Mitglieder für das Kollegium genannt. Wenn von seiten der ÖVP und FPÖ die offiziellen Nominierungen durchgeführt werden, wird der offizielle Formalakt von der Landesregierung durchgeführt werden. Gestatten Sie mir noch eine Feststellung: Die Funktion des amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für Steiermark ist eine politische Funktion. Bisher war es nicht üblich, politische Funktionen einer Ausschreibung zu unterziehen. Zum einen würde, sehr geehrte Damen und Herren, diese Vorgangsweise dem gesetzlich verankerten Mitwirkungsrecht des Kollegiums des Landesschulrates widersprechen, zum anderen würde auch der im Zuge der Landtagswahl abgegebene Wählerwille deutlich negiert werden. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, ich bin Ihrer Ansicht, daß der Bereich Schule ein sehr umfassender ist. Hier geht es um Schüler, Eltern und Lehrer, und eine größtmögliche Zusammenarbeit ist notwendig. Ich möchte diese Gelegenheit auch hier im Hohen Landtag nutzen, um den Tausenden Lehrern, die mit großem Einsatz, viel Engagement und Phantasie in unseren steirischen Schulen zum Wohle der Schüler und unserer Jugend arbeiten, einfach ein kleines Danke zu sagen. Ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.01 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Am 12. Dezember 1994 wurde ein Beschluß gefaßt, der, um bewertbare Erkenntnisse über die Fachsozial- und Methodenkompetenz der Bewerber um Führungspositionen des Landes zu gewinnen, den Vorschlag beinhaltet, mit allen Bewerbern, die den formalen Anforderungen entsprechen, ein Auswahlverfahren beziehungsweise Hearing durchzuführen. Die Verfahrensschritte, die dafür notwendig sind, sind in diesem Antrag klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, und dieser Antrag wurde von allen damals im Landtag vertretenen Parteien beschlossen. Es geht nicht nur um die Personen, meine Damen und Herren, die hier nominiert oder vorgeschlagen wurden, sondern es geht einfach darum, daß es einen breiteren Zugang zu Positionen in dieser Form geben soll, daß man vorerst die Erstellung eines Funktionsbildes der jeweiligen Position und die Definition des Anforderungsprofils, auf die die Basis der öffentlichen Ausschreibung erstellt sein soll, und schlußendlich nach Durchführung des Verfahrens und des Hearings die Auswertung der Ergebnisse und die Erstattung eines Berichtes das Gremium eine Entscheidung zu fällen hat. Das ist das Prozedere, das wir damals beschlossen haben, und wir sollten uns an dieses Prozedere halten. Ohne Ansehen der Person, und ich bin durchaus mit allen anderen einer Meinung, daß sowohl Stadler als auch Lattinger zwei hervorragende Schulleute sind, die in vielen Positionen und Bereichen dieses sicherlich sehr wichtigen Bereiches Schulwesen schon ihren

Mann gestanden haben, gibt es aber vielleicht noch viele andere, die das auch könnten und die auch eine Chance dazu haben möchten. Daß zur STEWEAG von beiden Fraktionen, sowohl der Volkspartei als auch der Sozialdemokratischen Partei, keine Aussage erfolgt ist, spricht für sich selbst – quod erat demonstrandum. (Beifall bei der FPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (17.04 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Präsident Vesko, ich habe mich zu Wort gemeldet, bevor Sie Ihren so schweren letzten Satz von sich gegeben haben, und ich werde auf die Frage der STEWEAG eingehen. Es gibt überhaupt keinen Grund, darüber nicht zu reden. Es hat sich damit ergeben, daß sich der Herr Peinhaupt nach seiner Decke gestreckt hat und er erwartungsgemäß klein geblieben ist. Weil sich nämlich die Freiheitliche Partei heute, wie sie es ja eigentlich nach der Wahl angekündigt hat, genau in jenem Rahmen bewegt, der ihr letztlich durch ihren Bundesparteiohmann zugewiesen ist. Und das scheint auch jener Rahmen zu sein, der Ihnen auch emotional am ehesten gegeben ist und der Ihnen auch am ehesten liegt. Und ich glaube auch, aus dieser Sicht ist das Beklagen des Trümmerhaufens einer so konstruktiven Zusammenarbeit zu sehen. Es kann offenbar keine konstruktive mit Ihnen geben. Der Weg, den Sie hier gehen, ist, auch wenn Sie das nicht zugeben, der Weg der Diskriminierung von Personen. Und diesen Weg hat Ihnen auch Ihr Bundesparteiohmann vorgezeigt. Und wenn Sie noch so oft betonen, Sie würden weder dem Herrn Lattinger noch dem Herrn Stadler die Qualifikation aberkennen, so tun Sie es dennoch, indem Sie deren Wahl, die ja erst erfolgt, von vornherein als parteipolitisches Theater abqualifizieren. Ich sage Ihnen dazu, daß es wohl logisch ist – und der Kollege Ussar hat das ja sehr eindrucksvoll dargestellt –, daß der Landesschulrat als von Wahlen abhängiges politisches Gremium ja natürlich und selbstverständlich auch nicht abgehoben werden kann von politischen Überlegungen. Das ist doch keine Frage, daß sich jene in diesen Gremien, die von Parteien delegiert sind, auch mit Parteien über Entscheidungsvorgänge den Kopf zerbrechen. Und, meine Damen und Herren, die STEWEAG ist eine Gesellschaft, deren Eigentümer Ihnen bekannt ist. Und die STEWEAG ist eine Aktiengesellschaft, und es müßte Ihnen wohl klar sein, daß die Entscheidungen einzig und allein in dieser Frage in einem Aufsichtsrat zu fallen haben, und es müßte Ihnen wohl auch klar sein, daß kein einziger Aufsichtsrat in so einer Frage an eine Weisung gebunden sein kann. Und wenn ein Aufsichtsrat, dessen Entscheidung wir noch gar nicht wissen, weil er sie noch nicht getroffen hat, wenn also ein Aufsichtsrat eine Entscheidung fällt im Interesse des Unternehmens, dann hat sich eben nicht die Politik, die sich dann entrüstet in der Form des Herrn Peinhaupt, der Frau Bleckmann, des Herrn Vesko, des Herrn Wabl oder des Herrn Brünner, zu entrüsten, sondern dann hat sie gesellschaftsrechtliche Vorgänge zu akzeptieren. Und auch dort, meine Damen und Herren, ist der Vorgang, wie man versucht, zu einer

Entscheidung zu kommen, genau jenes Prozedere, wie Sie, Herr Präsident Vesko, das auch in Ihrer Rede apostrophiert haben. Kandidaten bewerben sich, Kandidaten werden gefragt, sind sie auch geworden, und der Aufsichtsrat wird eine Sitzung abhalten und wird auf Grund dieser Befragungen, auf Grund der Überlegungen zum Wohle der Gesellschaft eine Entscheidung treffen. Ich muß Ihnen schon sagen, warum ich auch meine, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist, hier einen Mann, der jahrelang diesem Lande in höchster Position gedient hat, durch ihre parteipolitische Augenblicklichkeit diskriminieren zu wollen. Nichts anderes beabsichtigen Sie, und nichts anderes wollen Sie. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ein Kabinettschef eines Regierungsmitgliedes ist jemand, der in führender Position für dieses Land tätig ist. Und es hat niemand in diesem Hause gegeben, und es war eine einstimmige Sache, die in der Akzeptanz über die Bühne gegangen ist, als der derzeitige Wirtschaftslandesrat dieses Hauses, der Herr Dipl.-Ing. Paierl, STEWEAG-Vorstandsdirektor wurde. (Abg. Dr. Wabl: „Der muß ja beleidigt sein, der Paierl!“) Und wir stehen auch heute noch zu dieser Entscheidung, und wir wissen, daß gerade auch Paierl eine Persönlichkeit war, die, kaum als sie in diese Vorstandsposition eingerückt ist, dort die Federführung für dieses Unternehmen übernommen hat und sehr, sehr positiv entsprochen hat. Paierl ist in die Politik zurückgekommen und ist auch – soweit ich das empfinden kann – von den Herrschaften der Freiheitlichen Partei und von den Herrschaften der beiden kleineren Parteien zum Landesrat gewählt worden.

Ich sehe also überhaupt gar keine Veranlassung, jetzt – weil Sie zu Ihrem ursprünglichen Brot der Politik zurückgefunden haben – einen anderen, der aus der gleichen Ausgangslage sich um diese Position bewirbt, von vornherein schlecht zu machen, ihn zu diskriminieren und in der Öffentlichkeit als einen darzustellen, der etwas anstrebt, was ihm nicht zustehen würde. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als die übliche Menschenhatz des Herrn Dr. Haider. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.13 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.13 Uhr): Herr Präsident! Werte Kollegen! Hoher Landtag!

Sehr vieles, was der Herr Klubobmann der sozialdemokratischen Partei hier gesagt hat, ist absolut zu unterstreichen. Daß in dem Aktienrecht ein Aufsichtsrat das alleinige Sagen hat, genau das ist es, was wir hier angesprochen haben und wo wir – wie ich hoffe – rechtzeitig warnend den Finger erhoben haben, daß hier nicht anderes passiert. Es war allerdings der restliche Teil der Rede schon eher als Wahlrede für den Kabinettschef des Herrn Landeshauptmannstellvertreters zu verstehen, aber ich gehe davon aus, daß im übrigen, wie auch beim Kollegen Paierl, wobei Gott keine Einstimmigkeit im Aufsichtsrat geherrscht hat, wie hier behauptet wird, der Aufsichtsrat sich selbst ein Bild macht. (Abg. Dr. Flecker: „Von den Eigentümern!“) Ich lasse auch nicht zu, sehr geehrter Herr Klubobmann, daß auf Grund deiner Äußerun-

gen irgend jemandem hier von uns unterstellt wird, daß es zu einer Diskriminierung von Personen kommt.

Keine einzige Wortmeldung hat jeweils eine Qualifikation, ob positiv oder negativ, zum Inhalt. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist die Haltung, die wir dazu haben – in aller Deutlichkeit. (Abg. Dr. Flecker: „Dann nehme ich deine Entschuldigung zur Kenntnis!“)

Das ist keine Entschuldigung, sondern in dem Sinn eine Klarstellung. Sollte es zum Abbau deiner Feindbildpflege führen, sei das gerne auch so akzeptiert. Dann möchte ich, und das ist vor allem der Anlaß meiner Wortmeldung, an eines mich erinnern, gerade weil es heute aus den Reihen der Sozialdemokratie den einen oder anderen Zwischenruf in dieser Richtung gegeben hat: Wenn heute der Klubobmann der Sozialdemokraten und andere, die sich zu Wort gemeldet haben und sich entrüstet zeigten, von einer Diskriminierung der Personen spricht, weil man Entscheidungsfindungen kritisiert, dann darf ich auf die Wortmeldungen, und ich werde sie jedem einzelnen herauskopieren, verweisen, wie der Landesrechnungshofdirektor auf Grund eines Hearings bestellt wurde. Genau das Gegenteil von dem, was heute Hofrat Dr. Flecker hier sagt, wurde hier vorgelegt. Genau dasselbe, und heute auch noch. (Abg. Dr. Flecker: „Der Vorgang heiligt den Zweck!“) Heute in den Zwischenrufen zum Herbert Peinhaupt war dieser Hinweis über die dort objektive Hearingsvorgangsweise, wo sich gerade die aufgeregt haben, die nicht einmal die Zeit gefunden haben hinzugehen und sich das anzuhören. (Abg. Gennaro: „Ich war dort, das hat mir gereicht!“) Und dann kommt eine Viertelstunde später, zu Tränen gerührt, Kurtl Gennaro, der Kurtl Flecker heraus und sagt: „Um Gottes Willen, wir dürfen nicht darüber reden.“ Die Diskriminierung dieser Personen findet dann statt, und das jetzt in aller Deutlichkeit, wenn man über die Medien den Entscheidungsgremien ausrichtet, was sie zu entscheiden haben. Und das lehnen wir ab. Ich hätte mir gewünscht, daß zumindest diese Vorgangsweise nicht so durchgeführt wird, sondern daß man hier das, wie das in den großen Parteien ohnedies üblich war, doch etwas dezenter, etwas weniger transparent durchgeführt hätte. Es war ja bezeichnend, wenn irgendjemand noch wissen will, ob hier Einfluß genommen wird oder nicht, wenn einmal der Siegi Schrittwieser dem Herrn Abgeordneten Lopatka applaudiert, dann muß es die große Einigung hier geben. Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der FPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident: Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten der FPÖ, betreffend die Bestellung von Spitzenpositionen.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Einschaltung eines Personalberatungsunternehmens bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstandes der STEWEAG, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich überreicht wurden.

Das ist geschehen.

Diese Anträge haben die erforderliche Unterstützung.

Ich komme zur Abstimmung:

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten des Liberalen Forums und der Grünen die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir setzen nun mit der Diskussion zum Tagesordnungspunkt 6 fort.

Ich erteile Herrn Abgeordnetem Alfred Prutsch das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (17.18 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es wird sicher nicht leicht sein, wieder zurückzufinden nach dieser hitzigen Debatte zum Tourismus und speziell zum sanften Tourismus, den ich ein bißchen ansprechen möchte. Die Vorredner haben ohnehin schon anklingen lassen, daß 1994 kein gutes Tourismusjahr war. Ich nehme auch an, daß dieser Trend 1995 fortgesetzt wird. Erfreulicherweise anders verhält es sich natürlich im Bäder-, Kur- und Gesundheitstourismus, wo noch immer, und ich sage das bewußt, laut Statistik Zuwachsraten zu verzeichnen sind. Ich möchte in meiner kurzen Wortmeldung auf einige positive Aspekte eingehen, die die Parktherme in Bad Radkersburg betreffen und den Tourismus im Bezirk Radkersburg im allgemeinen. Die Steigerungsraten im Kurbereich sind der Beweis dafür, daß der Ausbau der Parktherme 1992/93 mit einer Investitionssumme von mehr als hundert Millionen Schilling mehr als gerechtfertigt und ein wichtiger Schritt auch seitens des Landes war. Ich darf hier unserer Frau Landeshauptmann herzlich danken, aber auch dem Finanzlandesrat, daß man hier diese Investition getätigt hat. Gestatten Sie mir, ein paar Kennzahlen aus dem Bereich der Parktherme zur Erläuterung zu nennen: Zur Parktherme Radkersburg gehören neben der Therme selbst das Kurzentrum, die Tagesrehabilitation, das Hotel „Kaiser von Österreich“ und der Campingplatz. An Besuchern konnten im Jahr 1995, also ich bin schon einen Schritt voraus, in der Parktherme 348.638 registriert werden. Das ist gegenüber 1994 ein Plus von 1,3 Prozent, also eine minimale Steigerung. Wie auch Herr Klubobmann Vesko schon anklingen hat lassen, sind wir auch im Thermenbereich und im Gesundheitstourismus höchstwahrscheinlich am Plafond angelangt. Wenn man dies auf die 365 Betriebstage aufrechnet, haben pro Tag 980 Personen unsere Parktherme besucht. Die Erlöse der Gesellschaft insgesamt sind auch in diesem Zeitraum um 9,5 Prozent gestiegen, also sehr positiv. Ich glaube schon, daß man aus diesen Zahlen ersehen kann, daß 1995 ein erfolgreiches Jahr für die Parktherme Bad Radkersburg war. Die Zahlen der ersten drei Monate 1996, die es schon gibt, zeigen, daß im Gesundheitstourismus es noch immer möglich ist, Steigerungsraten einzufahren. Ich

hoffe, daß das auch so anhält. Die positive Entwicklung schlägt sich auf die Tourismuswirtschaft im allgemeinen nieder. Das ist keine Frage. Nun zu den Gesamtnächtigungszahlen von Bad Radkersburg und Radkersburg-Umgebung: Im Jahr 1990 gab es 96.670 Nchtigungen, und 1995 waren es bereits 243.700 Nchtigungen. Diese gewaltige Steigerung war natürlich darauf zurückzuführen, daß auch der Ausbau der Therme getätigt wurde. Ganz, ganz wichtig ist auch, daß die Aufenthaltsdauer im gleichen Zeitraum pro Anknft von 5,8 Tagen auf 6,45 Tage gesteigert werden konnte. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Aspekt, daß der Gast länger da bleibt und auch die Wertschöpfung dadurch höher ist. Daß der Tages-tourismus auch seinen Stellenwert hat, ist überhaupt keine Frage. Aber auch der Bezirk Radkersburg im gesamten hat Nchtigungen aufzuweisen gehabt: 1993 von 309.400 gegenüber 1995 schon 329.370. Ich glaube, das ist sehr, sehr positiv, und ich hoffe, daß diese Steigerung bei uns so weitergeht, weil der touristische Höhepunkt sicherlich die Landesausstellung im Jahr 1998 sein wird unter dem Motto „Leben an der Grenze – Schicksal und Chancen“. Die Arbeitsgruppe Landesausstellung hat bereits intensiv mit den Vöarbeiten begonnen, die auch schon weit gediehen sind. Es soll ja erstmalig eine grenzüberschreitende Landesausstellung werden, mit den Partnern Slowenien, Ungarn und Kroatien. Wenn sie in der Lage sind, diese Ausstellung auf der anderen Seite selbst zu finanzieren, wird es sicherlich ein Großereignis werden.

Das haben ja alle Landesausstellungen bisher gezeigt, daß die wirtschaftlichen Erfolge für die Region im allgemeinen sehr positiv gewesen sind. Ein sehr wichtiger Faktor ist im Bezirk die Klärung der Frage „Nachnutzung des Ausstellungsgebäudes“. Und hier ist ja die Errichtung des Internationalen Alpen-Adria-Kollegs geplant. Auf Grund eingehender Untersuchungen hat sich der Standort Bad Radkersburg für diese Schule herauskristallisiert, das deshalb, weil die Nähe zu Slowenien, Ungarn und Kroatien sicherlich eine wichtige Voraussetzung für den praxisbezogenen Unterricht sein wird. Der schulische Betrieb dieses Kollegs mit 200 Schülern wäre nicht nur ein wirtschaftliches Plus für Bad Radkersburg, das wäre sicherlich eine Belebung des Tourismus auf Grund der Internationalität der Schüler und des Lehrkörpers mit ihren Angehörigen. Daher meine Bitte an die gesamte Landesregierung, dieses für den Bezirk Radkersburg so wichtige EU-Projekt auch rasch zu verwirklichen.

Abschließend möchte ich festhalten, daß gerade im Tourismus und im Freizeitbereich im Bezirk Radkersburg ein großer Schritt nach vorn gelungen ist. Was die Arbeitsplatzsituation anlangt, welche im Bezirk Radkersburg sicherlich nicht zufriedenstellend ist, konnten im Bereich um Bad Radkersburg in den letzten Jahren zirka 300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das natürlich auch dank der privaten Investoren, die investiert haben. Aber ein wichtiger Faktor, und das ist sehr, sehr gut angenommen worden, ist die Vernetzung des Tourismus mit der Landwirtschaft, ob das mit der Weinregion ist, mit den Buschenschänken, mit der Direktvermarktung, Gästezimmer oder Urlaub am Bauernhof. Ich glaube, das ist auch ein zusätzliches Einkommen für unsere Bauern im Bezirk Radkersburg.

Ich bin überzeugt, daß diese Vielfalt im touristischen Angebot, die natürlich eine großteils heile Umwelt in unserer Region sowie die freundliche Art unserer Menschen auch in Zukunft voraussetzt, eine positive Auswirkung im Tourismus haben wird. (Beifall bei der ÖVP. – 17.27 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich zu Wort meldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (17.27 Uhr): Hoher Landtag! Verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Tourismus ist für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der vielen Steirern die Existenz sichert. Frau Dr. Karisch hat schon die Schönheit unserer Landschaft angesprochen. Und ich glaube, daß viele Touristen gerade deshalb in die Steiermark kommen, weil hier die Natur noch so einigermaßen in Ordnung ist. Die Grenzen des Tourismus sind aber dort, wo die Eigentumsrechte anderer Menschen beschnitten werden, oder auch dort, wo die Natur zu Schaden kommt. Wenn der Slogan der Österreich-Werbung in etwa heißt: „Lust aufs Land“, dann sieht man, wie eng der Tourismus mit der Inanspruchnahme bäuerlichen Vermögens in Verbindung steht. Nicht allen ist klar, daß die Landschaft kein herrenloses Gut ist, sondern das Eigentum vieler Menschen. Und Eigentumsrechte müssen akzeptiert werden.

Ich möchte kurz auf die Berührungspunkte zwischen Tourismus und Wald zu sprechen kommen. In den letzten Jahren war ein starker Trend spürbar, vermehrt die Wälder als Erholungsgebiete, aber auch als Sporteinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Da viele Menschen anscheinend den Umgang mit der Natur verlernt haben, kommt es deshalb oft zu Konfliktsituationen. Würden sich alle dem Forstgesetz entsprechend verhalten, so hätten wir einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und eben den sanften Tourismus, den wir alle wollen. Aber in der Realität gibt es auch Schattenseiten. Schattenseiten gibt es dann, wenn zum Beispiel Busse voll mit Schwammerltouristen zu uns kommen und mit Funkgeräten ausgerüstet unsere Wälder Quadratmeter für Quadratmeter durchstreifen. Wenn dann die Rucksäcke und Kisten voll sind, dann fahren sie wieder zurück nach Italien, um dort die Pilze zu verkaufen. Ich glaube, von dieser Aktivität hat keiner etwas von uns. Aber auch die Mountainbiker, die trifft man zu jeder Tages- und Nachtzeit auf unseren Forststraßen, und damit nicht genug, auch quer durch unsere Wälder, hin und her. Auch hier wäre es Aufgabe der Tourismusverbände, vermehrt zu Verträgen mit den Waldbesitzern zu kommen, um eine gesetzliche Handhabe zu haben. Und wenn jemand glaubt, daß die Paragleiter nur harmlos sind und überhaupt keinen Einfluß auf die Natur haben, auch der irrt. Es gibt Untersuchungen, die eindeutig nachweisen, daß die Birkhahnpopulationen in jenen Gegenden, wo die Paragleiter ständig darüberfliegen, stark zurückgehen, wenn nicht bedroht sind. Auch etwas, was ein heikler Punkt ist, ist das Schifahren abseits der Pisten. Ich verstehe schon, daß es reizt, im Tiefschnee dahinzuziehen, aber es sind auch Gefahren damit verbunden. Nämlich dann, wenn

die Schifahrer über die Forstkulturen darüberfahren, wenn sie die Terminalspitzen mit ihren scharfen Stahlkanten abschneiden und es in weiterer Folge zu Zwieselbildungen oder zu Qualitätsminderungen bei den Bäumen kommt, wenn sie nicht sogar absterben. Aber auch das Wild, das im Winter seine Ruhe braucht und ohnehin sich in einer Notzeit befindet, wird durch die Schifahrer und Langläufer oft dazu gezwungen zu flüchten. Und schon manches Stück ist dabei auf der Strecke geblieben. Welche Auswirkungen die ständige Beunruhigung auf das Ökosystem Wald hat, ich glaube, das ist vielen Menschen überhaupt nicht bewußt. Die Beunruhigung im Wald bringt argen Streß für unser Wild. Das Rotwild reagiert so darauf, daß es anfängt, Bestände zu schälen. Und wer schon einmal so einen geschälten Baumbestand gesehen hat, der weiß, daß es oft zu spät ist und daß dieser Bestand völlig geschlägert werden muß, denn Zukunft hat er keine mehr. Was die Streßsituation für das Wild weiterhin bewirkt ist, daß es viel schwerer zu bejagen ist. Und wenn dann der Jäger den Abschlußplan nicht erfüllen kann, dann muß er mit Sanktionen rechnen. Wichtiges Ziel des Tourismus muß es in Zukunft sein, daß er in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Daß man sagt, das sind die Bereiche, wo die Bevölkerung gehen kann, und das sind die Ruhezone, die unser Wild braucht. Man kann eben nicht überall und zu jeder Tages- und Nachtzeit rennen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir müssen uns bemühen, eine funktionierende Partnerschaft zwischen Bauern und Tourismusbetreibern entstehen zu lassen. Unter einer Partnerschaft verstehe ich gemeinsame Verantwortung, aber auch gemeinsamen Nutzen. Es geht nicht, daß der eine seinen Grund zur Verfügung stellt, ohne etwas davon zu haben, und der andere nur den Nutzen hat. Bauern leisten mit ihrer Landschaftspflege Großartiges für unser Land. Die Erhaltung und Existenzsicherung unseres Bauernstandes ist die Grundlage jeglicher touristischer Aktivitäten. Aber es gibt alarmierende Zahlen. Wenn man zum Beispiel sieht, daß im Vergleichszeitraum von 1994 auf 1995 20 Prozent weniger junge Hofübernehmer auf unseren Bauernhöfen geblieben sind, dann müßten eigentlich die Alarmglocken läuten. Denn wenn die Jugend abwandert von den Bauernhöfen, dann werden die alten Menschen zurückbleiben, und die werden nicht in der Lage sein, die Landschaft zu pflegen. Und wenn die Landschaft unkultiviert ist, dann ist es auch mit dem Tourismus zu Ende. (Beifall bei der FPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordnetem Riebenbauer als nächstem Redner das Wort.

Abg. Riebenbauer (17.35 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Damen und Herren!

Ich habe den Tourismusbericht vielleicht aus der menschlichen Sicht betrachtet und möchte ein paar kurze Worte des Dankes dazu sagen. Es sind zwar nicht mehr sehr viele da, aber trotzdem möchte ich allen Menschen danken, die bei uns zu Hause in unserer Steiermark und in unserem Hartberger Land Urlaub machen. Ein herzlicher Dank an alle diese. Es gibt ein Sprichwort, das sagt: „Warum denn in die Ferne schweifen, liegt das Gute doch so nah.“ Ich möchte einen Appell an Sie alle sowie an alle Steire-

rinnen und Steirer richten: „Macht doch bei uns zu Hause Urlaub, denn die Wirtschaft würde es brauchen.“ Ich möchte mich aber auch bedanken bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihren Teil dazu leisten, daß die Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft erhalten bleiben. 15.469 Arbeitnehmer im Tourismus sind 15.469 Arbeitsplätze. Das müssen wir immer wieder bedenken. Davon sind 2315 Lehrlinge. Die steirischen Betriebe beschäftigen die meisten Tourismuslehrlinge in Österreich. Einen herzlichen Dank für die Bereitschaft, Lehrlinge auszubilden. Ich spreche noch einen Dank aus, wenn ich heute schon beim Danken bin, für die Freundlichkeit, die fast ohne Ausnahme alle im Tourismus beschäftigten Menschen ausstrahlen. Diese Menschen, vom Kochlehrling bis zum Chef, sind unsere besten Werbeträger. Deshalb, glaube auch ich, ist die Zahl der Qualitätsbetriebe im Steigen. Der nächste Dank, meine Damen und Herren, gehört allen Steirerinnen und Steirern, die unser Land tourismusgerecht schmücken. Ich bedanke mich bei allen Frauen in der Steiermark für den großartigen Blumenschmuck, der in der Steiermark immer wieder geleistet wird. (Beifall bei der ÖVP.) Hier sind wir Spitze. Einen aufrichtigen Dank auch allen, die unsere Landschaft gestalten und pflegen, ob Eigenheimbesitzer, Häuslbauer oder Bergbauer. Sie alle tragen dazu bei, daß sich unsere Steiermark in diesem Festtagskleid präsentiert. Entscheidend ist aber, daß die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb sind auch wir von der Politik, von den Tourismusmanagern und von den Mitarbeitern aufgefordert, das Beste zu machen, und ich möchte auch gleichzeitig auch diesen den Dank aussprechen. Ich hoffe nur, daß wir auch in den nächsten Jahren einen positiven Tourismusbericht präsentieren können. Voraussetzung dafür, meine geschätzten Damen und Herren, ist, daß wir Rahmenbedingungen schaffen, daß unsere Bauern ihre Landbewirtschaftung aufrechterhalten können. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 17.38 Uhr.)

Präsident: Gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.38 Uhr): Ich möchte auf zwei Themen eingehen, die, und das finde ich recht interessant, zwei Vorrednerinnen vor mir angesprochen haben, nämlich die Abgeordnete Karisch und die Abgeordnete Dietrich. Es geht um die Schotterabgabe und um die Wasserabgabe, die vor kurzem, letzte Woche, von der Landesregierung beschlossen worden sind. Aber zu meinem großen Erstaunen sieht man keine klare Zweckbindung vor. Dieses große Erstaunen wird noch größer, wenn ich merke, daß nicht wahrgenommen wird, daß Natur im Tourismusbereich eine Art von Produktionsmittel ist und daß der Infrastrukturerhalt, wie es gerade genannt worden ist, von Gästehäusern, von Hotels, Wurscht mit wie vielen Sternen, und auch die Dienstleistungen, die Leute anbieten im Tourismusbereich, relativ wenig wert sind, wenn dieses grundsätzliche Produktionsmittel Natur nicht hinhaut. Ich denke mir, bezüglich der Schotterabgabe ist für uns aus grüner Sicht klar, 100 Prozent Zweckbindung für Naturschutzmaßnahmen, die den Gemeinden zugute kommen sollen für Biotoperhalt, für Aktivitäten, die es attraktiv machen, in der Ge-

meinde zu leben. Zweitens, was die Schotterabgabe betrifft: Ich kann mir auch vorstellen, daß man eine Dynamisierung der Abgabenhöhe vorsieht, das heißt, man startet heuer mit 5 Schilling pro Tonne und könnte allmählich auf sechs, sieben oder acht Schilling gehen. Ich wundere mich, daß jetzt kein Zwischenruf kommt, möchte in die Diskussion auch einwerfen, Schotter, Sand und Kies sind nicht erneuerbare Rohstoffe, genauso wie es Kohle ist, wie es Erdgas ist, wie es Erdöl ist, bei denen sehr wohl klar ist, daß diese Begrenztheit auch eine Ökosteuer, wie es etwa im Sinne der Grünen auf Bundespolitik diskutiert wird, sinnvoll machen würde.

Beim nächsten Bereich, bezüglich der Wasserabgabe: Ich bin sehr froh, daß das Land Steiermark diesen Vorstoß gemacht hat, bin aber sehr wenig glücklich, daß das im Vorfeld sehr wenig diskutiert wurde, und bin überhaupt nicht glücklich, daß da keine eindeutige Zweckbindung vorgesehen wird, sondern daß das Ganze, wie man finanztechnisch so schön sagt, ins Budget „ad saccum“ gehen wird. Aus grüner Sicht fordern wir für die Wasserabgabe eine klare Zweckwidmung der Einnahmen für die Grundwassersanierung. Als Grazerin habe ich keine Lust, Hochschwabwasser zu beziehen, sondern ich hätte es gerne in der Gegend, wo ich wohne, nämlich aus dem Feldkirchner Wasserwerk. Aber das ist einfach derzeit nicht möglich, weil dieses Wasserwerk in einem Zustand ist, daß man von dort kein Wasser für den Trinkwasserverbrauch abzapfen kann. Das ist ein ganz aktueller Graz-Bezug. Letzter Punkt: Ich hätte mir bei dieser Abgabendiskussion gewünscht, daß der Umweltlandesrat und Landwirtschaftslandesrat, Landesrat Pörtl, und der Naturschutzlandesrat, Landesrat Hirschmann, sich sehr kräftig in einem frühen Stadium einschalten und sich dafür einsetzen, daß diese Zweckbindung vorgesehen wird. Ich glaube, daß Sie mit einer guten Erholungsphase in der Osterwoche, also nach diesen freien Tagen, wieder bereit sind, in diesem Bereich etwas mehr Kampfgeist zu zeigen. Es gibt eine Menge Naturschutzorganisationen, es gibt eine Menge Leute, die in dem Bereich aktiv sind und Ihnen helfend unter die Arme greifen würden. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 17.43 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, der letzte Redner zu sein und ein Stück Zusammenfassung machen zu können. Es war sehr deutlich, daß viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner den Zusammenhang zwischen Natur, dem Kapital Natur, und dem Tourismus erkannt und hier auch dargestellt haben. Insofern würde ich es als politischen Glücksfall bezeichnen, daß der Tourismuslandesrat zugleich der Naturschutzlandesrat ist, also beide Kompetenzen sich in einer Hand befinden. Daß die intakte Natur, die intakte Kulturlandschaft in unserem Bundesland auch das Markenzeichen der Tourismuswirtschaft ist, kann man vielleicht auch an einem kleinen Symbol erkennen, nämlich am Kuvert der

Steirischen Tourismus-Ges. m. b. H. Dieses Kuvert zielt nämlich eine Darstellung einer wirklich sehr schönen, sehr intakten Kulturlandschaft, einer Landschaft, deren Erhaltung sehr, sehr viel Arbeit und Pflege kostet, insbesondere durch die bäuerliche Bevölkerung, die, wie wir hier auch bereits mehrfach festgestellt haben, zu wenig entgolten wird für diese Arbeit. Landschaftspflege, das Anlegen von Hecken, Schutzwaldsanierung, gerade auch im Hinblick auf den Katastrophenschutz eine sehr wichtige Arbeit, wird in der Steiermark zu wenig entgolten und ist, wie wir alle wissen, sehr, sehr arbeitsintensiv. Einen weiteren Aspekt möchte ich anschneiden: Es gibt im Bereich des Naturschutzes eine Tendenz der Ergänzung des hoheitlichen Naturschutzes, das heißt Unterschutzstellung von Gebieten durch den Vertragsnaturschutz, weil man weiß, daß Naturstücke, intakte Natur nur erhalten werden kann, wenn sich Menschen um diese Naturstücke, um diese Kulturlandschaft auch wirklich kümmern. Das betrifft den Wald, das betrifft aber selbstverständlich auch die Wiesen, die Hecken und die Felder in unserem Bundesland. Meine Damen und Herren, worauf ich hinaus will ist, daß ein modernes Naturschutzverständnis ein Naturschutzverständnis ist, das davon ausgeht, daß Naturschutz arbeitsintensiv ist, daß Naturschutzpolitik auch Beschäftigungspolitik ist. Naturschutzpolitik, Vertragsnaturschutz ist somit auch eine beschäftigungspolitisch relevante Maßnahme. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich kürzlich darauf verständigt, das Naturschutzbudget um 8 Millionen Schilling zu erhöhen, also 8 Prozent der Schotter- beziehungsweise Mineralische-Rohstoff-Entnahmeabgabe dem Naturschutz zu widmen.

Ich glaube, daß angesichts der Aufgaben, die uns bevorstehen, und ich betone nochmals die beschäftigungspolitischen Chancen, die im Naturschutz liegen, diese Summe wohl zuwenig sein wird. Ich meine allerdings, daß eine Erhöhung dieses Anteils für den Naturschutz, insbesondere für den Vertragsnaturschutz, so aussehen muß, daß das Gesamtsanierungspaket für das Budget selbstverständlich nicht in Frage gestellt wird. Ich würde also meinen, daß es insgesamt nur drei Möglichkeiten gibt, hier mehr Geld für den Vertragsnaturschutz, für beschäftigungsrelevante Aktivitäten im Bereich Naturschutz zu sichern. Wenn man diese beschäftigungspolitische und auch tourismuswirtschaftliche Bedeutung des Naturschutzes anerkennt, würde ich meinen, daß auch Mittel im Bereich dieser wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Initiative, die zugleich mit dem Budget beschlossen werden soll, eingesetzt und in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollten. Ich glaube also, daß eine hohe Legitimation besteht, für den Bereich Naturschutz auch im Bereich Wirtschaft, Tourismuswirtschaft, Beschäftigungspolitik Finanzen zu reservieren. Der zweite Bereich, er ist politisch schmerzhafter, er fordert einen höheren Mut, würde erfordern, daß der Abgabensatz, der derzeit mit 5 Schilling pro Tonne diskutiert wird, erhöht wird. Eine Erhöhung von 50 Groschen pro Tonne würde eine Erhöhung um zirka 10 Millionen Schilling bedeuten. Ich glaube, daß damit, mit dieser Erhöhung um 10 Millionen Schilling, die Aufgaben, die im Bereich des Vertragsnaturschutzes aufstehen – und ich betone nochmals: des beschäftigungsintensiven Naturschutzes –, daß diese

Aufgaben richtig und korrekt erfüllt werden könnten. Und die dritte Möglichkeit, die ich im jetzigen Stadium noch sehe, wäre, daß man zumindest einen Teil des für die Gemeinden vorgesehenen Anteils von 8 Prozent der sogenannten Schotterabgabe auch für Zwecke des Naturschutzes widmet. Hier würde ich, als Begründung auch anführen, daß gerade in jenen Gemeinden, wo mineralische Rohstoffe entnommen werden, in Schottergruben, in Kiesgruben, im Bergbau, gerade dort selbstverständlich eine Notwendigkeit für Investitionen im Naturschutz, für ausgleichende Maßnahmen im Naturschutz, gegeben wäre.

Meine Damen und Herren, es scheint mir notwendig zu sein, Naturschutz und Landschaftspflege in unserem Bundesland auf finanziell gesunde Beine zu stellen. Derzeit ist das ganz sicherlich nicht der Fall. Es wurden ja auch Beispiele aus anderen Bundesländern vorgeführt. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, ist das auch deshalb notwendig, weil es darum geht, endlich bereits gefällte Beschlüsse, Landtagsbeschlüsse, im Bereich Naturschutz umzusetzen, etwa die Tabuzonenkartierung, die bereits zitiert wurde, beziehungsweise die Biotopkartierung. Auch diesbezüglich gibt es einen Landtagsbeschluß, der die Steiermärkische Landesregierung auffordert, diese beiden Projekte möglichst rasch aus den Mitteln des Naturschutzes zu realisieren. Ich glaube also, daß uns jetzt noch einige sehr verhandlungsintensive, gesprächsintensive Tage und Wochen bevorstehen. Ich würde hoffen, daß bezüglich der Schotterabgabe noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, gerade auch – und ich habe das mehrfach betont –, weil Naturschutz heutzutage auch beschäftigungspolitische Relevanz besitzt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (17.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf das kurz machen. Nachdem, beginnend vom ersten Redner, vom Herrn Präsidenten Vesko, bis zum Günter Getzinger eigentlich eine Reihe von Themen angesprochen wurden, die ja weit über das vorgelegte Thema des Tourismusberichtes hinausgehen, was sehr wichtig war und auch eine Fülle von exzellenten Anregungen gebracht hat. Insgesamt möchte ich nur auf zwei Aspekte eingehen, das eine, was der Kollege Paiarl heute schon gesagt hat. Meine verehrten Damen und Herren, das Wichtigste, wir müssen ja an die Betriebe denken, die im Fremdenverkehr tätig sind, und da gilt für beides, für die Arbeitnehmer, aber auch für die Arbeitgeber dort, meine verehrten Damen und Herren, wir leben heute im Tourismusbereich insgesamt unter Rahmenbedingungen steuerpolitisch, die einfach unerträglich sind. Es hilft auch nichts, wenn man das in Sonntagsreden immer wieder anmerkt, und ich glaube, daß das eine Sache ist, die ja parteiübergreifend, lieber Heinz Vollmann, weil du das angesprochen hast, niemand will einen Arbeitnehmer ausbeuten, und niemand will einen knechten rund um die Uhr. Faktum ist, es hat der Arbeitnehmer auch nichts davon, wenn die Betriebe

reihenweise zusperrern müssen. Ich glaube, da können wir uns auch finden in der Sache. Das ist eine Sache, die den Steiermärkischen Landtag relativ wenig angeht. Es ist aber so, daß die Lohnnebenkosten heute einfach viel zu hoch sind, und das muß großflächig auch im Interesse der Tourismuswirtschaft angegangen werden. (Abg. Vollmann: „Nicht auf dem Rücken der Bediensteten!“)

Na, ganz sicher nicht. Wobei das, was du angesprochen hast, einer näheren Durchleuchtung auch bedarf. Ein Faktum ist, und das gilt wieder für den gesamten wirtschaftlichen Bereich, warum Österreich heute international immer weniger konkurrenzfähig wird, wie halt auch viele andere westeuropäische Staaten, weil wir neben der Steuerlast natürlich auch Arbeitszeitregelungen haben, die uns in Summe in diesem Räderwerk eben nicht mehr wettbewerbsfähig machen. Ich sage, das ist jene Frage, wo wir es festhalten müssen, daß wir nicht wegschauen dürfen, das bedarf wirklich tiefergehender struktureller Reformen in den nächsten Jahren. Aber da wird ja ohnedies auf der Bundesebene das Notwendige gemacht werden müssen. Und ein bißchen etwas ist ja auch gegangen.

Das Zweite, was das Land Steiermark selber machen kann, meiner Meinung nach, wurde auch von vielen Damen und Herren angesprochen. Das, was wir tun können von Landesseite her, ist, für die Infrastruktur da oder dort zu sorgen, in den verschiedenen Regionen Leitprojekte zu unterstützen und darüber hinaus zu schauen, daß, das, was wir eben – wie es gesagt wurde – an landschaftlichem Kapital haben, das, was wir auch an menschlichen Ressourcen haben, an unternehmerischen Ressourcen haben, optimal einsetzen. Ich möchte auch allen Damen und Herren, die in diesem Zusammenhang nicht nur bei der Erstellung dieses Berichtes – das ist nicht so wichtig, will ich sagen –, sondern im steirischen Fremdenverkehr wo immer auch tätig sind, ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich möchte hier nicht eingehen auf die Dinge, die von Olympia, Ö-Ring und ähnlichen Dingen gefallen sind. Das haben wir schon so oft abgehandelt in diesem Hause. Ich meine nur, daß es bei emotionsloser Sicht der Dinge und beim zweiten wichtigen Faktor für den Fremdenverkehr, der auch von mehreren angesprochen wurde, ich glaube, auch Heinz, von dir wörtlich angesprochen wurde, daß man das Land international auch als Tourismusland darstellen muß, daß wir die Gelegenheiten, die uns sozusagen frei Haus, sprich, eben eine solche Veranstaltung wie am Ö-Ring, zur Verfügung stehen, daß wir die optimal nutzen. Dort haben wir ein Publikum, das wir sonst durch nichts haben. Zehn Jahresbudgets, lieber Heinz, der Steiermark-Werbung und ein Jahresbudget macht 37 Millionen Schilling aus, zehn, sprich 370 Millionen Schilling, bringen mir das nicht an Werbemöglichkeit, was ich dort oben am Ö-Ring in einem halben Jahr an Werbemöglichkeiten habe. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Zitz: „Austria-Ring – stand gestern in der ‚Kleinen Zeitung‘! – Ein sinnloser Machosport!“)

Liebe Frau Kollegin Zitz! Wir zwei werden uns in dem Punkt nie einigen. Macht aber nichts. Da haben Sie eine andere Meinung, da respektiere ich Sie. Ich habe eine andere Verantwortung, respektieren Sie das, soweit Sie das können, auch. Dort, wo Sie es nicht

können, macht es mir nichts, wenn Sie es nicht respektieren, ganz offen gesagt. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch einmal: Ich verstehe Sie hundertprozentig in dieser Frage; macht nichts. Lassen Sie mich meine Arbeit tun, und die ist im Interesse des steirischen Tourismus ganz wichtig. Und das ist ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang für die Steiermark von großer Werbewirksamkeit sein wird. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, das haben wir schon oft diskutiert. Daß es gescheiterte Sachen gibt, daß es ökologisch verträglichere Dinge gibt, nur, ich stehe unter Sachzwängen, ich möchte denen aber nicht entfliehen, sondern ich bin dafür, daß Entscheidungen in diesem Lande getroffen werden und daß Dinge durchgezogen werden. (Beifall bei der ÖVP.) Wir müssen ja schauen, daß in dem Land etwas weitergeht. Ich habe mit vielen Dingen auch keine Freude. (Abg. Mag. Zitz: „Im Kreis möglichst schnell!“) Richtig!

Bringen Sie mir ein interessanteres Projekt. Ich unterstütze Sie gerne, wenn es der Steiermark nur halb soviel bringt wie der Ö-Ring, damit wir uns darauf verständigen können.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend feststellen, weil Kollege Wabl daneben sitzt und gesagt hat, wir brauchen Optimismus. Da bin ich bei dir, Martin. Ich glaube, trotz dieser Tal-schwankungen, die wir im Moment im Tourismus durchleben und durchwandern, es wird auch eine Zeitlang andauern, müssen wir darauf setzen, daß das für die Steiermark insgesamt eine Zukunftsbranche ist, wo wir auf Qualität Wert legen müssen, wo wir schauen müssen, daß wir insgesamt das, was wir an Kapitalien haben, gut einsetzen. Ich darf mich am Schluß mit einer Bitte in diesem Zusammenhang an die Damen und Herren dieses Hohen Hauses wenden: Optimismus, viel Urlaub zu Hause machen in den nächsten Jahren, das wäre ein konkreter Beitrag. Daher keine Gesetze und keine sinnlosen Förderungen machen, dann wird es dem steirischen Tourismus besser gehen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsident: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ sowie von den Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Abschaffung der Getränkesteuer.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich überreicht wurden.

Das ist geschehen.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung.

Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen: erstens über den Antrag des Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner, Ing. Schreiner sowie der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri.

Ich komme zur Abstimmung:

Wer dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner, Ing. Schreiner sowie der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling – auszahlbar nach Maßgabe des Anfalls in den Jahren 1996 bis 2000 – im Zusammenhang mit der Herstellung der Infrastruktur für das Thermenprojekt Blumau sowie die Gewährung einer Förderung in Form einer rückzahlbaren Beihilfe in der Höhe von 90 Millionen Schilling an die Firma Kurzentrum Therme Blumau Ges. m. b. H. & Co. KG.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.57 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 61/1, betreffend die Bereitstellung von Landesmitteln in der Höhe von maximal 212,934.000 Schilling, auszahlbar nach Maßgabe des Anfalls in den Jahren 1996 bis 2000 im Zusammenhang mit der Herstellung der Infrastruktur für das Thermenprojekt Blumau sowie die Gewährung einer Förderung in Form einer rückzahlbaren Beihilfe in der Höhe von 90 Millionen Schilling an die Kurzentrum Therme Blumau Ges. m. b. H. & Co. KG. Wir haben heute im Finanz-Ausschuß über diese Regierungsvorlage diskutiert. Wir haben den Beschluß gefaßt – der mündliche Bericht liegt vor –, einen Antrag zu stellen, und haben auch beschlossen, daß die von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl zur Verfügung gestellte Unterlage „Aspekte zum Hundertwasser-Projekt Bad Blumau“ als Teil dieses mündlichen Berichtes angeheftet wird. Nicht zuletzt auf Grund der acht einstimmigen Grundsatzentscheidungen der Steiermärkischen Landesregierung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Therme Blumau hat die Rogner Ges. m. b. H. beziehungsweise die Firma Kurzentrum Therme Blumau Ges. m. b. H. und Co. KG. mit einem Ausbau der ersten Baustufe des Thermenprojektes begonnen. Die wesentlichen Bauverfahren sind rechtskräftig abgeschlossen. Die für die begleitende Infrastruktur zuständigen Abteilungen des Landes waren allerdings bisher nur mit Planungs- und Vorbereitungsaufgaben befaßt. Konkrete Baumaßnahmen wurden vom Land nicht in Auftrag gegeben, da bisher auch für die Infrastrukturinvestition von 212 Millionen Schilling trotz mehrfacher Grundsatzbeschlüsse noch keine Freigabe erteilt wurde. Auf Grund der bisherigen Bauenwicklung sind jedoch die Infrastrukturmaßnahmen auf jeden Fall erforderlich, das sind die Straßenverlegung, der Kanal, die Aufschließungsarbeiten und so weiter. Bisher wurden von der Rogner-Gruppe in Blumau rund 250 Millionen Schilling investiert, davon etwa 200 Millionen in bauliche Maßnahmen. Auf Grund der Stellungen der Landesstellen, wonach die vorge-

legten Bauunterlagen für eine Projektkontrolle in gewohnter Form nicht ausreichen, war am 21. November 1995 die in Aussicht genommene Beteiligung des Landes Steiermark am Thermenprojekt nicht zu verfolgen. Die Giro Credit hat ihre Finanzierungszusage in der Höhe von 340 Millionen Schilling allerdings immer vom Engagement des Landes abhängig gemacht, so daß die Fertigstellung des Vorhabens plötzlich gefährdet war. Aus diesem Grund wird ein Investitionszuschuß des Landes vorgeschlagen, der eine Fortsetzung der Baumaßnahmen sicherstellt. Vom Aufwand für den ersten Bauabschnitt mit 710 Millionen Schilling entfallen rund 570 Millionen Schilling auf die Baukosten. Für die öffentliche Hand ergibt sich dabei folgender Aspekt: Von den 570 Millionen Schilling gelangen 340 Millionen Schilling auf Lohnkosten, wovon 85 Millionen Schilling auf Steuer- und Sozialversicherungsgebühren entfallen. Beim Sachaufwand ist der Umsatzsteuereffekt mit 45 Millionen Schilling anzusetzen. Auf der Baustelle befinden sich derzeit rund 170 Arbeitnehmer, wovon etwa 60 Prozent aus der Region stammen. Entsprechend der Regionalstatistik der Arbeiterkammer beziehungsweise des Arbeitsmarktservice waren in dieser Region im Jahresdurchschnitt 709 Kräfte arbeitslos gemeldet. Diesen Arbeitslosen standen durchschnittlich 74 offene Stellen gegenüber. Bei einer Baueinstellung beziehungsweise bei Entfall der Arbeitsplätze würde sich somit die Arbeitslosenzahl schlagartig um 15 Prozent erhöhen. In diesem Sinne wurde gemäß der Budgetvereinbarung vom 21. März 1996 das Thermenprojekt Blumau in das Sonderinvestitionsprogramm des Landes bereits vorweg im Gesamtausmaß von 312 Millionen Schilling genehmigt. Das sind die Errichtung der Infrastruktur und die Gewährung eines Darlehens von 90 Millionen Schilling. Sämtliche Förderungen, die über 100.000 Ecu, das sind 1,25 Millionen Schilling, hinausgehen und in keinem notifizierten Programm enthalten sind, sind im Rahmen einer Einzelnotifizierung der EU-Kommission mitzuteilen. Diese Mitteilung der in Aussicht gestellten Förderungsmittel erfolgt an die Generaldirektion IV der Europäischen Kommission über das Bundeskanzleramt. Sollten binnen zwei Monaten keine Rückfragen erfolgen, können die Förderungsmittel ausgezahlt werden. Grundsätzlich wird in diesem Zusammenhang von der Wirtschaftsförderung, die im engsten Kontakt mit der EU in solchen Fragen steht, kein Problem erwartet, zumal der Investitionszuschuß auf das Gesamtprojekt mit 1,16 Milliarden Schilling zu beziehen ist. Der Investitionskostenzuschuß in der Höhe von 90 Millionen Schilling wird nach Vereinbarung mit Rogner und Giro Credit auf das Gesamtprojekt bezogen. Die Beihilfe von 90 Millionen Schilling muß nicht zur Gänze 1996 flüssiggestellt werden und soll nach Baufortschritt zur Verfügung stehen. Entsprechend der Budgetvereinbarung vom 21. März 1996 kann das zu gewährende Förderungsdarlehen vorbehaltlich der Einräumung von Landesbedingungen auch direkt durch die Landes-Hypothekenbank mit Ausfallhaftung des Landes genehmigt werden. Bis März 1997 soll der Abschluß der ersten Baustufe mit 710 Millionen Schilling erfolgen, das bedeutet: 62 Prozent Landeszuschuß ist gleich 55 Millionen Schilling. Gleichzeitig hat Rogner ab 1997 den Weiterbau der Therme auf die Gesamtbaustufe mit Kosten von 1,16 Milliarden

Schilling angekündigt, so daß eine Teilung der Restrate von 35 Millionen Schilling auf zwei weitere Jahre denkbar ist. Entsprechend dem schriftlichen Anbot von Rogner vom 22. Februar 1996 wird die Projektförderung nach Ablauf eines Zeitraumes von 13 Jahren, somit ab dem Jahr 2010, in drei Jahresraten zurückgezahlt. Im Falle der Höchstförderung würde somit die Jahresrate 30 Millionen Schilling betragen. Über eine zusätzliche Sicherung der Investitionszuschüsse bis zum Jahr 2010 wird verhandelt. Ich gehe nicht mehr ein auf die Schüttung der Quelle, auf den Förderbarwert des Investitionszuschusses und der Infrastrukturmaßnahmen und auf andere Überlegungen, sondern bringe den Antrag zur Kenntnis. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Für die Schaffung der Infrastruktur der Therme Blumau werden die erforderlichen Mittel im maximalen Ausmaß von 212,934.000 Schilling in den Jahren 1996 bis 2000 unter denselben Rahmenbedingungen wie im Landtagsbeschluß Nr. 931 der XII. Gesetzgebungsperiode 1995 vom 21. November 1995 zur Verfügung gestellt. Dies jedoch im Hinblick auf den derzeit bereits weit fortgeschrittenen Projektdurchführungsstand, die Arbeitsmarktsituation sowie die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Gesamtprojektes, ohne daß die Voraussetzungen, daß die für die Steiermärkische Landesholding Ges. m. b. H. hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsanalyse sowie für die Fachabteilung IV b im technischen Bereich noch offenen Fragen aufgeklärt werden und dem Land Steiermark prüffähige Unterlagen über das Gesamtprojekt vorgelegt werden und die Projektkontrolle des Landesrechnungshofes unter Berücksichtigung regionalpolitischer Gesichtspunkte und unter Bedachtnahme auf die Situation der bereits bestehenden Thermen ein positives Ergebnis ergibt, gegeben sein müssen.

Zweitens: Der Firma Kurzentrum Therme Blumau Ges. m. b. H. & Co. KG. wird eine Förderung in Form einer Beihilfe in der Höhe von 90 Millionen Schilling gewährt, die nach Ablauf von drei Jahren, beginnend mit dem 1. Jänner 2010, in drei gleichlautenden Jahresraten zu je 30 Millionen Schilling dem Land Steiermark zurückgeführt werden muß. Die Förderungsmittel werden über ein Treuhandkonto entsprechend dem Baufortschritt des Gesamtprojektes Therme Blumau mit einem Volumen von 1,16 Milliarden Schilling anteilmäßig flüssiggestellt. Über allfällige Besicherungen dieser Förderung sind noch gesonderte Verhandlungen durch die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung zu führen, deren Ergebnis die Auszahlung der Beihilfe jedoch nicht beeinflusst. Die Zurverfügungstellung der 90 Millionen Schilling erfolgt im Jahr 1996 durch eine „Förderung Therme Blumau – Sonderbudgetierung“, wobei der Gesamtbetrag im Jahr 1996 fällig wird. Bewirtschafter ist die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung. Soweit sich der Landtagsbericht Nr. 931 vom 21. November 1995 auf eine Beteiligung bezieht, ist er in diesem Bereich in einem durch die nunmehrige Beihilfe aufgehoben.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die rückzahlbare Beihilfe unter der Bedingung der Unterwerfung der Gebarungsprüfung nach Paragraph 6 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes zu gewähren. Ich bitte um Annahme. (18.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichterstattung. Der erste zu Wort gemeldete Abgeordnete ist der Herr Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (18.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere Frau Landeshauptmann hat nach der Wahl zu diesem Amt ausgesagt, daß sie die Firma Steiermark effizient, sparsam, sozusagen wie ein ordentlicher Kaufmann führen wird. Frau Landeshauptmann Klasic war in ihrer vorgehenden Funktion für die Wirtschaftsabteilung zuständig. Ich kann diese Aussage in ihrem früheren Amt in keinsten Weise feststellen, sonst wäre im Grund genommen die Vorgangsweise und die Situation, wie sie in Blumau entstanden ist, nicht so abenteuerlich falsch. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und kurz über Zahlen die Entwicklung über fünf Jahre wiedergeben. Ursprünglich hat ein Unternehmen den Zuschlag bekommen, weil es ausgesagt hat, eine Therme mit einer Nutzfläche von 13.000 Quadratmeter zu errichten, eine Hotelanlage mit 2000 Betten zu errichten, und dies um 1,2 Milliarden Schilling. Jetzt, drei Jahre beziehungsweise vier Jahre später, stehen wir vor der Situation, daß eine Therme mit einer Nettonutzfläche von 8600 Quadratmeter und 500 bis 600 Betten voraussichtlich errichtet wird. So genau weiß das niemand. Und die Summe, die hierfür aufzuwenden ist, die Projektsumme ist 710 Millionen Schilling. Wenn wir die ursprüngliche Zusage des Landes, 200 Millionen Schilling in die Infrastruktur investieren zu wollen, beziehen auf die Investitionssumme von 1,2 Milliarden Schilling, wäre das vom Land Steiermark aufzuwendende Volumen 17 Prozent des Gesamtvolumens gewesen. Jetzt stehen wir bei 300 Millionen, nämlich rund 213 Millionen für die Infrastruktur, 90 Millionen Zuschuß beziehungsweise Darlehen. Das ist der stolze Betrag von 42 Prozent. Welchen Schluß läßt das zu? Das Land Steiermark hat sich einen Partner gesucht. Dieser Partner hat offensichtlich das Projekt nicht richtig eingeschätzt, und das Land Steiermark hat dem Projektwerber nicht geholfen. Es hätte mit ihm gemeinsam eine Bedarfsstudie machen müssen. Aus dieser Bedarfsstudie wäre wahrscheinlich die Größenordnung herausgekommen, wie sie jetzt ist, weil sonst wäre sie ja nicht in dieser jetzigen Größe in Ausführung. Weiters hätte die Prüfung des Zahlenwerkes erfolgen müssen, weil Experten und auch unsere hervorragend qualifizierten Beamten im Land Steiermark wissen, daß ein Hotelbett in der Drei- bis Viersternekategorie 800.000 Schilling, und nicht 400.000 Schilling kostet. (Abg. Dr. Wabl: „Hundertwasser-Betten!“)

Das ist noch teurer wahrscheinlich. Aber das wissen wir nicht, weil es kann ja sein, daß die Förderungen von 90 Millionen Schilling nicht ausreichen werden, sondern daß wir noch einmal nachlegen werden müssen. Was heißt das? Wir sollen in Zukunft aus unserem Dafürhalten nicht mehr so planlos vorgehen. Wir sollen auf unsere Beamten hören. Wir sollen unseren Rechnungshof befassen. Wir sollten ihn ernst nehmen, weil – meine Damen und Herren – wenn wir den Rechnungshof und unsere Beamten nicht befragen und nicht ernst nehmen, dann nehmen wir unser Organ, das Organ des Landtages, nicht ernst, und dann läßt dies eigentlich den Schluß zu, daß wir uns selbst nicht

ernst nehmen. Wenn das aber so sein sollte, daß wir uns selbst nicht ernst nehmen, dann kann ich den Herren Abgeordneten nur empfehlen, einen großen Beitrag zur Privilegiendiskussion zu leisten, und wir sollten in Zukunft alle zu Hause bleiben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (18.11 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich gehe davon aus, daß Sie das Programm des Liberalen Forums kennen und daher auch wissen, daß das Liberale Forum große Skepsis gegenüber manchem Engagement des Staates auf wirtschaftspolitischem Gebiet hat. Ich möchte aber festhalten, daß wir und ich uns dazu bekennen, daß der Staat eine gewisse Verantwortung dafür hat, daß wirtschaftliche Entwicklungen auf eine gute Schiene kommen und damit auch Initialzündungen aus der Sicht des Staates notwendig sind, zum Beispiel aus entwicklungspolitischen Überlegungen. Es ist notwendig, in verschiedenen unterentwickelten Regionen der Steiermark staatliche Hilfe zu leisten, so daß dort die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden kann, und in der Oststeiermark ist das notwendig. Ich komme von meinem Vater her aus der Oststeiermark, daher kenne ich ein bißchen die Gegend um Blumau. Mein Vater ist geborener Blumauer. Ich habe heute noch Verwandte dort. Und dennoch habe ich große Probleme mit dem Regierungsbeschluß und mit dem Antrag des Finanz-Ausschusses, meine Damen und Herren. Und ich habe massive Einwendungen gegen diese Vorgangsweise. Erstens, was mich stört ist, daß nach fünf Jahren – der erste Regierungsbeschluß hat am 24. September 1990 stattgefunden – immer noch nicht jene Unterlagen beigebracht werden vom Förderungswerber, die notwendig sind, daß man zum Beispiel eine Wirtschaftlichkeitsanalyse machen kann. Fünf Jahre nach der ersten Beschlußfassung in der Landesregierung liegt schlicht und einfach nicht das vor, was notwendig ist, um ein entsprechendes Urteil zu treffen. Der steirische Landesrechnungshof hat zum Beispiel in seinem Bericht, den Sie kennen, darauf hingewiesen, daß die letzte Kostenübersicht, die die Firma Rogner am 26. Jänner 1996 vorgelegt hat, eine Seite umfaßt für 297 Millionen Schilling. Also, wer eine solche Kostenübersicht in Empfang nimmt, wenn es um Millionenbeträge für Förderungen geht, der muß sich gepflanzt fühlen. Ich frage mich, was einem kleinen Häuslbauer, was dem von seiner Bank entgegnet wird, wenn er zur Bank geht und sagt, „na ja, die Kosten betragen ungefähr soviel, ich hätte gerne einen Kredit“. Der würde nicht ganz zu Unrecht von der Bank abgewiesen werden.

Sie kennen auch das, was die Fachabteilung IV b zu dieser ganzen Geschichte gesagt hat. Ich möchte ein paar Punkte daraus zitieren: „Verglichen mit ähnlichen Thermenbauvorhaben der letzten Zeit sind die Kosten, die vorgelegt werden, logisch nicht herzu-leiten“ – heißt es dort. „In einzelnen, gut nachvollziehbaren Teilbereichen, wie der Bädertechnik, ergeben sich bei der Überprüfung Differenzen zu den Erfah-

rungswerten beziehungsweise aktuellen Marktpreisen von bis zu 100 Prozent. Somit ist auch die Kostenausgabe mit insgesamt 297 Millionen Schilling hinsichtlich der Richtigkeit nicht nachvollziehbar und von der Größenordnung in Frage zu stellen.“ Und der Landesrechnungshof weist in seiner Stellungnahme darauf hin, daß er keine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellen kann, weil es eben keine exakten Angaben betreffend die Investitionssumme gibt. Es fehlen Planjahresabschlüsse, die die wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen, und, und, und.

Meine Damen und Herren, nochmals, ich frage mich, fünf Jahre nach dem ersten Regierungsbeschluß, wie ist das möglich, daß noch nicht die entsprechenden Unterlagen vorliegen, damit die entsprechenden Beurteilungen durch den Landtag und durch die Landesregierung erfolgen können? Ich frage mich, oder ich hätte Frau Landeshauptfrau Klasnic gerne gefragt, weil sie in der vorhergehenden Legislaturperiode das Wirtschaftsressort geführt hat, wie das so zustandekommen kann – fünf Jahre, ohne daß die entsprechenden Unterlagen vorhanden sind. Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen: Es gibt auch keine Kontrolle durch den Landesrechnungshof nach Paragraph 11 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes. Und es scheint mir ein System in der ganzen Geschichte zu liegen, wenn bei der Therme Blumau eine Projektabwicklungskontrolle durch den Landesrechnungshof nicht vorliegt, wenn auch beim Ö-Ring, Herr Landesrat Hirschmann ist noch immer da, das nicht durchgeführt wird, wenn das beim Präbichl-Projekt, nämlich im Sinne des Paragraphen 11, nicht durchgeführt wird, dann habe ich den Eindruck, daß hier einfach Aktivitäten gesetzt werden dahin gehend, daß diese Projekt- und Projektabwicklungskontrolle durch den Landesrechnungshof schlicht und einfach ausgeschaltet wird. Ich verweise darauf, daß es einen Landesregierungsbeschluß vom 12. Juli 1993 gibt, wo Infrastrukturmaßnahmen beschlossen werden – die Kosten diesbezüglich und der Zeitrahmen – und wo ein Grundsatzbeschluß über die Infrastrukturkosten und deren Förderung im Betrag von rund 200 Millionen Schilling gefaßt wurde – 1993. Und immer noch gibt es keine Befassung des Landesrechnungshofes. Wenn ich mir dann noch den Paragraphen 18 Absatz 4 der Landesverfassung anschau und anschau, welche Hürden dort drinnen eingebaut sind, damit Berichte des Landesrechnungshofes nicht hier in das Plenum des Landtages kommen, dann verdichtet sich einmal mehr mein Verdacht, nämlich daß ganz gezielt, ich verwende das Wort gezielt hier wirklich einmal explizit, die Kontrolle der Landesregierung durch den Landesrechnungshof und durch den Landtag ausgeschaltet werden soll. Ich frage mich zum Beispiel, warum wir die Rechtsvorschriften nicht schleunigst dahin gehend ändern, daß wir hier und heute bei dieser Frage auch über einen Bericht des Landesrechnungshofes diskutieren können, und nicht nur im Kontroll-Ausschuß. Und ich frage mich, was das für eine Kontrollsituation ist, wenn der Direktor des Landesrechnungshofes da hinten wie auf einer Armensünderbank im Zuschauerraum sitzt, und nicht hier auf der Regierungsbank, wenn es um Kontrollfragen geht. Ich habe manchesmal im Nationalrat die mangelnde Kontrolle und das mangelnde demokratisch-parlamentarische Verständnis beklagt. Ich leiste

in diesen Wochen, wo ich das erste Mal im Landtag bin, Abbitte. Da wäre es unvorstellbar, daß Rechnungshofberichte nicht ins Plenum des Nationalrates kommen, und es ist selbstverständlich, vor dem Hintergrund von Verfassung und Geschäftsordnung, daß dann, wenn Kontrollfragen diskutiert werden, der Präsident des Rechnungshofes auf der Regierungsbank sitzt und von dort aus Rede und Antwort zu stehen hat. Ein dritter Punkt: Es wird gesagt, und Herr Kollege Purr hat das schon angesprochen, es gäbe Leute im Kontroll-Ausschuß und im Finanz-Ausschuß, die so wenig wirtschaftspolitisches Verständnis hätten und wollten etwas abdrehen, was für die Wirtschaft gut sei, und Arbeitsplätze seien gefährdet, und, und, und, oder es müßte ein Baustopp verhängt werden, wenn wir hier nicht die entsprechenden Beschlüsse fassen. Meine Damen und Herren! Es ist, und ich habe mich auch in anderer Hinsicht mit Kontrollfragen beschäftigt, immer das gleiche Schema, immer der ganz gleiche Ablauf. Erste Szene des Schauspiels ist große Euphorie über ein Projekt, aber nicht die entsprechende Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes, damit alle Unterlagen zur Beurteilung eines Projektes tatsächlich vorgelegt werden. Zweite Szene dieses Schauspiels ist, es tauchen Probleme auf, und zwar sehr oft deshalb, weil man nicht die entsprechende Sorgfalt an den Tag gelegt hat, um beispielsweise alle Unterlagen zur Beurteilung eines Projektes tatsächlich zu bekommen. Dritte Szene dieses Schauspiels: Es gibt eine quasi Erpressungssituation. Die kreditgebende Bank in dem Zusammenhang sagt zum Beispiel, wenn die Steiermärkische Landesregierung, das Land Steiermark in der Causa nicht mittut, gibt es keine Kredite für die Therme Blumau – eine quasi Erpressungssituation. Ich verstehe aber schon auch, daß es jetzt nicht leicht sein kann, zu sagen nein, wir beschließen diese Förderungen nicht, wenn es darum geht, daß Arbeitsplätze gesichert und daß ein regionalpolitisch wichtiges Projekt hier verwirklicht wird. Und die vierte Szene dieses Schauspiels ist, daß dann immer weitere Gelder hineingepumpt werden müssen, denn wenn man einmal sich dieser quasi Erpressungssituation gebeugt hat, dann wird man immer wieder vor gleiche Situationen gestellt. Und ich garantiere, wenn es Schwierigkeiten geben sollte, was ich nicht hoffe, ich wünsche dem Projekt wirtschaftlich und sonst viel Erfolg, werden wir hier wieder weitere Förderungen zu beschließen haben. Ich hoffe, daß dann aber mehr als eine Seite Kostenrechnung, betreffend dieses Projekt, vorliegt.

Ich möchte nicht mißverstanden werden, Herr Kollege Purr, jede Hilfe gegenüber Unternehmungen in schwierigen Zeiten, aber die Hilfe seitens des Landes auf der Grundlage der Überlegungen eines ordentlichen Kaufmannes und rechtzeitig Kontrolle, und nicht 1993 die entsprechenden Beschlüsse fassen und heute sagen, jetzt ist alles zu spät, jetzt sind wir einfach vor vollendete Tatsachen gestellt, jetzt muß schnell beschlossen werden. Drei Jahre hätte man dafür Zeit gehabt. Ich freue mich jedenfalls über eines, daß wenigstens dieser Paragraph 6 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz in den Beschlußantrag hineingekommen ist, den ich im Kontroll- beziehungsweise Finanz-Ausschuß beantragt habe, daß wenigstens begleitend die Förderung eine Gebarungskontrolle des Förderungswerbers durch den Landesrechnungs-

hof durchgeführt wird, nicht jetzt, um einen Unternehmer zu piesacken, sondern, und so sehe ich auch die Rolle eines Landesrechnungshofes, um auch eine gewisse Hilfestellung in dieser Gebarungskontrolle dem Unternehmer gegenüber zu tätigen, damit die Geschichte nicht schief geht. Ich habe schon im Finanz-Ausschuß und im Kontroll-Ausschuß gesagt, daß die Geschichte mit den Infrastrukturmaßnahmen und mit der Abdeckung von diesen 220 Millionen Schilling für mich okay ist und daß ich dem Punkt auch zustimme, daß ich aber auf Grund dessen, was ich gesagt habe, der 90-Millionen-Förderung so lange nicht zustimmen kann, bis hinsichtlich der Kostenberechnung umfangreichere Unterlagen vorhanden sind als nur eine Seite Kostenberechnung, betreffend rund 300 Millionen Schilling. Ich möchte daher beantragen, daß getrennt über die beiden Punkte des Antrages des Finanz-Ausschusses abgestimmt wird, nämlich zunächst über den Punkt 1 des Antrages und dann über den Punkt 2 des Antrages. (18.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Er ist am Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (18.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, daß es auch wichtig ist, aus der Sicht der Opposition einiges unmißverständlich klarzustellen. Nachdem ich heute über Lautsprecher, ich war nicht im Raum, auch schon gehört habe, ich glaube, Kollege Prutsch war es, daß hier aus der Sicht der Freiheitlichen Arbeitsplätze gefährdet scheinen, da von unserer Seite das Projekt kritisch hinterfragt wird. Dazu zwei Punkte: Zunächst einmal ist es für mich absolut korrekt und notwendig, und ich freue mich darüber, daß in einem Ausschuß heute in über zwei Stunden sehr ernsthaft über das Projekt und die Entwicklung dieses Projektes gesprochen wurde. Prof. Brünner hat vieles jetzt auch hier aufgezeigt, und ich glaube schon, daß ein Abgeordneter beinahe die Verpflichtung hat, jetzt die Regierung zu fragen, das System zu fragen, ist es korrekt, wenn wir in einer doch für einen Unternehmer, in einer für einen Investor eher unerfreulichen Vorgangsweise in die Situation kommen, daß auf der einen Seite der Investor, der hier, um Zweifel gar nicht aufkommen zu lassen, ein phantastisches Projekt errichtet. Ich bin einer der wenigen Architekten, die Hundertwasser schätzen.

Ich bezeichne ihn vielleicht nicht unbedingt als Architekten, aber er ist ein Mensch mit einem irr-sinnigen Gefühl, der hier eine Ferienwelt schaffen wird, auf die wir alle stolz sein werden.

Ad 1: Da gibt es einen Investor wie den Baumeister Rogner, der im Vertrauen auf Zusagen, auf Animierung das ganze beginnt, praktisch ohne Auffangnetz. Die Zusagen hat es gegeben. Und dann vergeht eine Zeit, und jetzt sind wir in einer Situation, die sehr schwierig ist. Einerseits für den Rogner, aber andererseits auch für einen Abgeordneten, der herkommt und jetzt das vollziehen soll, was in der Regierung beschlossen wurde, vielfach zu spät. Wir sind beinahe Gefahr gelaufen, es zu Tode zu fördern. Die Gedanken und die Diskussionen, die dort eingebracht waren, waren ausschließlich im Sinne zur Erhaltung des

Projektes, in einer Sorge um die wirtschaftliche, um die Arbeitsplatzsituation. Das ist die Position. Ich glaube, daß der im Ausschuß diskutierte Vorschlag, sich der Thermenbetriebe anzunehmen, wie zum Beispiel in Loipersdorf, wo das sehr gut funktioniert, ein sehr korrekter Vorschlag ist. Der Zeitpunkt ist aller Voraussicht nach jetzt nicht der richtige, er ist zu spät. Das ist das eine. Position von uns: Herr Ing. Schreiner hat auch darauf hingewiesen, wir wünschen uns, daß dieses Projekt realisiert wird, und wir wünschen uns insbesondere, daß es so realisiert wird, daß der Betreiber, der Fantast, der die Illusionen hat, den Mut hat, auch entsprechende Erfolge erzielen kann. Wenn wir ihm dabei helfen können, dann ist es eine Verpflichtung, und vor allem im Interesse unserer Bevölkerung da draußen. Ich glaube, daß wir hier einiges gelernt haben. Der Kollege Paierl hat es sich ja auch nicht leicht gemacht und wird die Geschichte dieses Projektes in seine Entscheidungsfindung sicherlich auch einbauen.

Der zweite Punkt: Wenn es um Arbeitsplätze geht, und es sei mir gestattet, hier schon einen Quervergleich zu ziehen. Die Arbeitsplätze, die von unserer Seite hier eher geschützt als gefährdet werden sollen, Herr Kollege Prutsch, können wir relativieren. Es wird die Sozialdemokratie sein, die in den nächsten Wochen einen Antrag einbringt, wo dem Wohnbau eine dringliche zusätzliche Finanzspritze für die Wohnungsuchenden, aber natürlich auch für die Bauwirtschaft, die der Bund ja jetzt im Sparpaket sogar beschossen hat, indirekt entzogen wird. 235 Millionen Schilling, 66 Millionen wären die 10 Prozent gewesen, dem Wohnbau zu entziehen, bedeutet auf dem Arbeitsplatzsektor, und überlegt euch das noch, bevor ihr diesen Antrag einbringt, nach der steirischen Wohnbauförderung 800 Wohnungen, 1700 Arbeitsplätze, die wir nicht in der Lage sind, auf Grund der Intentionen, die der Bund hat, da hier umzusetzen. Ich nehme das auch hier zum Anlaß, in dieser Richtung nachzudenken. Wir werden aber in der Budgetdebatte noch genügend Gelegenheit haben, hier zu einer Debatte und Diskussion zu kommen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nunmehr vorläufig letzter Redner der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.27 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Kollege Schmid hat an sich den Punkt, der für uns in den letzten Wochen – und ich habe heute schon Gelegenheit gehabt, in den beiden Ausschüssen dazu ausführlich mit Ihnen zu diskutieren, zumindest mit jenen Damen und Herren, die dort vertreten waren – dieses Projekt schon auch zu einem Musterprojekt, und da sage ich dann etwas dazu auch noch, für die Investitions- und Risikofreundlichkeit und Unterstützungswürdigkeit aus der Sicht des Landes für jene Unternehmer, die in der Steiermark etwas unternehmen wollen, gesehen. Ich bitte schon hier auch den Kollegen Schreiner, den ich wirklich schätze und auch beruflich mit ihm einiges zu tun gehabt habe, ich weiß, wie schwierig es ist, hier in diesem Hause dann die Dinge so drüberzubringen, nur, da dürfen wir dann nicht widersprüchlich werden. Ich kann nicht auf der

einen Seite Investitionsfreundlichkeit, Risikoorientiertheit, Bereitschaft auch zu Investition von Unternehmertum fordern und gleichzeitig immer mehr Hürden und Barrieren aufbauen. Ich stehe dazu, das, was das Urprojekt war und was zu acht Beschlüssen in der Landesregierung und auch zu sieben unter einstimmiger Beteiligung des Kollegen Schmid geführt hat, voranzutreiben. Es ist sehr schwierig, und es gibt natürlich heterogenste Interessen. Es hat auch, das kann man in dem Hause sagen, die Nachbarschaft in den Thermenregionen nicht unbedingt eine Freude damit. Auch da gibt es das Problem, wir sind zwar jetzt in der EU, und da ist Konkurrenz und Liberalisierung das Hauptaugenmerk der Politik von Brüssel aus. Aber wenn es dann kommt, tut es weh. Da wollen wir eher dann restriktiv – ich bin auch für die Wettbewerbs-fairneß. Und ich glaube schon, Herr Kollege Schreiner, daß – wenn Sie es durchrechnen – an den Standorten Radkersburg, Loipersdorf, Waltersdorf und jetzt Blumau, wenn Sie alles bewerten und dann auch noch über die Thermen hinausgehen in Richtung der Liftstandorte, wo sich das Land Steiermark im Infrastrukturbereich beschäftigt hat, seit Jahren und seit Jahrzehnten auch entsprechend engagiert hat, daß Sie dann auf ähnliche Werte kommen. Sie müssen es nur durchrechnen. Und daß diese Investitionen letztlich die beste Wirtschaftsförderung sind, Regionalförderung sind, haben Sie gesagt, da kann ich Sie nur zitieren, und zwar nicht heute das erste Mal, sondern seit Jahren wird das hier richtigerweise behauptet. Ich bitte, hier schon auch diesen Aspekt entsprechend zu würdigen und eines nicht zu tun: Ein Projekt, das beworben wird europaweit, das auf Messen bereits verkauft wird, wo sozusagen der Standort entsprechend präsentiert wird, jetzt durch eine eher verunsichernde Diskussion in Mißkredit zu bringen. Bei all der Skepsis, die mich auch beklemmt, im Wirtschaftsleben ist das alles miteinander, wenn ich dieses System, das vor einigen Jahren einige hundert Kilometer weit östlich von uns völlig gescheitert ist, wenn ich von dem Abstand nehme, und es gibt nur mehr solche sozialen, ökologisch, nach Spielregeln aufgezo-gene Marktwirtschaften. Wenn ich dazu Ja sage, dann muß ich auch das Unternehmertum, das aus dieser Verantwortung heraus agiert, entsprechend unterstützen. Das haben wir heute hier stundenlang gesagt. Hier haben wir ein Projekt. Das ist nicht nur Überschrift, sondern das ist jetzt ein konkretes Projekt, wo wir eigentlich uns darauf besinnen müssen, welche Worthülsen zum Teil – ich schließe mich hier mit ein – und welche Überschriften wir produzieren, und wenn es darum geht, dann wieder uns sehr unsicher fühlen. Ich eingeschlossen, die Regierung eingeschlossen. Glauben Sie mir, wir haben uns in der gesamten Regierung, insbesondere mit dem Finanzreferenten, sehr intensiv mit dem Projektanten, mit der Bank – ich habe heute noch einmal mit dem Bankvorstand telefoniert, und der sagt mir eines, ich kann es nur so wiedergeben, wie er es wortwörtlich sagt. „Für Sie sind diese über 300 Millionen Schilling Engagement überhaupt nur dann vertretbar in Ihrer Vorstands-verantwortung einer großen österreichischen Bank, weil es das Konzept Rogner/Hundertwasser ist.“ Weil sie glauben, daß das dann durchdeckt. Sonst würden sie es nicht machen. Und sie würden es nicht mit jemand anderem machen, und sie würden es auch

nicht mit dem Land machen. Ich sehe auch bei uns nicht die unternehmerische Kapazität. Wenngleich ich dazusage, die Holding, die Betriebe, die hier in der Holding eingegliedert sind, Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen, sind gut geführt, haben aber auch ihre unternehmerischen Probleme. Und wir müssen immer wieder nachschießen. Jetzt wiederum in Radkersburg. Hoffen wir und reden wir es nicht herbei, daß wir noch einmal fördern müssen. Ich betone von dieser Stelle und von meiner Verantwortungsposition aus, ich möchte dort nicht mehr fördern. Das Projekt soll in der abgerundeten koordinierten Form durchgezogen werden und möge Erfolg haben auf dem sehr umkämpften Markt des Thementourismus. Sie wissen, Osten, Westen, Süden, es kommen Konkurrenzstandorte auf. Hoffen wir und verunsichern wir nicht die Region, verunsichern wir nicht auch die Kunden von dort, die Lieferanten und vor allem nicht den Projektanten mit zu großer politischer Einmischung.

Herr Prof. Brünner, ich lese Ihre Programme, ich muß sagen, bei aller Wertschätzung, Sie sind noch auf der Suche nach Ihrer Position. Wenn es vom Programm zur Realität kommt und es Realität wird, das sind die Nagelproben. Wir haben ja insgesamt Vorhaben für die nächsten fünf Jahre verabschiedet, wo wir immer wieder das haben werden und wo wir auch natürlich – deswegen bin ich ja froh, daß wir lange diskutiert haben, vor allem auch in den Ausschüssen – dieser Diskussion uns stellen müssen, aber auch der Verantwortung letztlich. Also, nicht nur reden, sondern handeln. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Abgeordnete Brünner hat gebeten, über beide Punkte extra abzustimmen. Das ist geschäftsordnungsgemäß möglich.

Ich komme zur Abstimmung des Antrages Punkt 1.

Wer dafür ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist einstimmig.

Die Damen und Herren, die dem Punkt 2 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

7. Wahlen in Landtags-Ausschüsse.

Nach Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Mir liegen nun von der Freiheitlichen Partei Österreichs folgende Wahlvorschläge vor:

Auch hier ersuche ich den Schriftführer, Abgeordneten Reinhold Purr, die Wahlvorschläge zu verlesen.

Abg. Purr: Wahlvorschlag

in den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

als Ersatzmitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Finanz-Ausschuß:

als Ersatzmitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Ausschuß für Europäische Integration:

als Ersatzmitglied: Abgeordneten Karl Wiedner anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Ausschuß für Förderalismus und Verwaltungsreform:

als Mitglied: Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Gemeinde-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneten Karl Wiedner anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des Abgeordneten Karl Wiedner;

in den Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

als Ersatzmitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Petitions-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle der Abgeordneten Mag. Beate Hartinger;

in den Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

als Mitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des Abgeordneten Karl Wiedner; als Mitglied: Abgeordneten Karl Wiedner anstelle des Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Ing.

Herbert Peinhaupt anstelle des Abgeordneten Ing. Franz Schreiner;

in den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

als Mitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner;

in den Not-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien:

als Mitglied: Abgeordneten Ing. Franz Schreiner anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Manfred Ebner; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Dipl.-Ing. German Vesko anstelle des Abgeordneten Ing. Franz Schreiner;

in den Kontroll-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneten Kurt List anstelle des Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt; als Ersatzmitglied: Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann anstelle der Abgeordneten Waltraud Dietrich.

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Verlesung und ersuche nun die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen werden.

Die Sitzung ist beendet. (18.40 Uhr.)